

1. Sitzung des Gemeindeparlamentes
Mittwoch, 20. September 2023
Stadthaus, Ratsaal
Sitzungsdauer: 19.00 Uhr – 22.00 Uhr

Anwesend sind: 37 Ratsmitglieder (von 40 Mitgliedern)

Freisinnig-demokratische Partei:

1. Simon Bloch, 2. Sandy Grieder, 3. Christian Huber, 4. Simone Sager, 5. Andrea Walder,
6. Markus Wyss, 7. Nico Zila

Sozialdemokratische Partei:

1. Dr. Christine von Arx, 2. Florian Eberhard, 3. Anna-Lea Enzler, 4. Daniela Minikus,
5. Luc Nünlist, 6. Claudia Schmid-Weber, 7. Luisa Segessenmann

Junge SP Region Olten:

1. Timo Probst, 2. Cécile Send

Die Mitte:

1. Beat Felber, 2. Muriel Jeisy, 3. Thomas Kellerhals

Evangelische Volkspartei Olten:

1. Beat Bachmann

Grünliberale Partei:

1. Manfred Schoger

Grüne Olten:

1. Gian Baumann, 2. Manuela Höfler, 3. Lukas Lütolf, 4. Martin Räber,
5. Yael Schindler Wildhaber

Schweizerische Volkspartei:

1. Matthias Borner, 2. Robin Kiefer, 3. Ursula Rüegg, 4. Philippe Ruf (bis 21.30 h),
5. Marc Winistörfer

Olten jetzt!:

1. Dr. Salome Kisker (ab 19.15 h), 2. Tobias Oetiker, 3. Laura Schöni, 4. Vivek Sharma,
5. Denise Spirig (ab 19.40 h), 6. Seu-Jhing Tang

Stadtrat: Thomas Marbet, Stadtpräsident
Nils Loeffel, Direktion Bildung und Sport
Marion Rauber, Direktion Bau
Benvenuto Savoldelli, Direktion Finanzen und Dienste
Raphael Schär-Sommer, Direktion Soziales
Markus Dietler, Stadtschreiber

Entschuldigt abwesend: Christian Ginsig
Thomas Fürst

Unentschuldigt abwesend: Heinz Eng

Ferner anwesend: Dr. Patrik Stadler, Rechtskonsulent
Kurt Schneider, Verwaltungsleiter Dir. Bau (bis 21.00 h)

Vorsitz: Yael Schindler Wildhaber

Protokollführerinnen: Andrea Baumann, Sachbearbeiterin Stadtkanzlei
Andrea von Känel Briner, Leiterin Stadtkanzlei

* * *

Geschäfte:

1. Antrittsrede der neuen Parlamentspräsidentin
2. Mitteilungen
- * 2.1 Fraktionserklärung SVP betr. Spezialkommission «Entwicklung Innenstadt»
- * 2.2 Überparteiliche dringende Interpellation betr. Schulgänzende Kinderbetreuung in Olten sicherstellen/Frage der Dringlichkeit
3. Wahlbüro, Ersatzmitglied/Ersatzwahl
4. Unerledigte parlamentarische Vorstösse/Abschreibung und Kurzberichterstattung
5. Sanierung Krematorium, Verpflichtungskredit/Variantenabstimmung
6. GEVER SaaS Stadt Olten, Zusatzkredit und laufende Kosten/Genehmigung
7. Parlamentarische Vorstösse/Begründung, Beantwortung und Weiterbehandlung
 - ** 7.1 Auftrag Cécile Send und Timo Probst (JSP) betr. Werbeverbot in der Stadt Olten
 - ** 7.2 Auftrag Timo Probst (SP/JSP) betr. Verbesserung der Sicherheit für Velofahrende an der Neuhardstrasse
 - ** 7.3 Überparteilicher Auftrag Martin Räber (GO/JGO), Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Nachhaltige Entwicklung in die Gemeindeordnung integrieren
 - ** 7.4 Überparteilicher Auftrag Martin Räber (GO/JGO), Tobias Oetiker (OJ) und MU betr. Klimaschutz in die Gemeindeordnung integrieren
 - ** 7.5 Auftrag Matthias Borner (SVP) und Nico Zila (FDP) betr. Einheitsbezug der direkten Staats- und Gemeindesteuern für die Oltnerrinnen und Oltnern
 - ** 7.6 Überparteilicher Auftrag Tobias Oetiker, Vivek Sharma (OJ) und MU betr. Velofahrbahnmarkierungen Klosterplatz bis alte Brücke
 - ** 7.7 Überparteilicher Auftrag Fraktionen SP/JSP und GO/JGO betr. Stationen fürs Pumpen, Flickern, Unterhalten und Laden von Fahrrädern im Stadtgebiet prüfen
 - ** 7.8 Auftrag Matthias Borner (SVP) und MU betr. Schutz vor Diebstählen bei der Garderobe des Leichtathletikstadions Kleinholz

- ** 7.9 Überparteilicher Auftrag Fraktionen GO/JGO, SP/JSP, OJ, Mitte/GLP/EVP betr. Mobilitätskonzept Schule für Olten
- ** 7.10 Überparteilicher Auftrag Fraktionen GO/JGO, SP/JSP betr. Stadtbäume befreien
- ** 7.11 Interpellation Manfred Schoger (Mitte/GLP/EVP) und MU betr. Grünstadt Schweiz (Label)

* Ergänzung Traktandenliste

** auf den 2. Sitzungstag verschoben

* * *

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:

Geschätzter Stadtpräsident, geschätzte Stadträtin, geschätzte Herren Stadträte, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Presse, liebe Gäste hier vor Ort und zuhause via Youtube. Ich begrüße Sie und Euch ganz herzlich zur ersten Sitzung im dritten Legislaturjahr.

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2023

Prot.-Nr. 1

Übernahme des Vorsitzes durch das neu gewählte Präsidium

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber hält folgende Antrittsrede:

Anfang Juni war in der Zeitung «Südostschweiz» in einer kleinen Randnotiz folgendes zu lesen: «Glärnerin wird höchste Oltnerin». Ich muss ehrlich sagen: Als wir vor ziemlich genau zehn Jahren nach Olten gezogen sind, hätte ich mir dies nie träumen lassen. Umso mehr fühle ich mich geehrt und dankbar über das Vertrauen, das ihr mir hier ausgesprochen habt. In erster Linie gilt der Dank meiner Fraktion, aber natürlich euch allen. Für mich ist das ein beeindruckendes Zeichen von der Offenheit und gelebten Integration hier in Olten. Es beweist, dass man nicht in Olten aufgewachsen und mit allen verwandt oder verbandelt sein muss, damit man mitreden und Verantwortung übernehmen kann. Und doch gibt es hier einen kleinen Wermutstropfen. Ein Grossteil der Oltner Bevölkerung kann weder politisch mitreden, noch politisch Verantwortung übernehmen. Das sind zum einen die ungefähr 3000 Kinder und Jugendlichen unter 18 Jahren oder knapp 15% der Bevölkerung. Sie können nicht mitbestimmen. Aber alles, das wir hier bestimmen, hat für sie sehr grosse Konsequenzen. Denn sie sind unsere Zukunft und sie müssen unser Handeln genauso wie unser Nichthandeln, ausbaden. Darum müssen wir bei unseren Entscheidungen immer auch an sie denken. Dazu kommen etwa 30% der Oltner Bevölkerung, die nicht mitbestimmen können, weil sie keinen Schweizer Pass besitzen. Sie wohnen zwar hier, arbeiten hier, bezahlen hier ihre Steuern, aber können nicht mitreden und abstimmen. Auch an sie müssen wir bei unseren Entscheidungen denken. Auch sie wollen wir hier willkommen heissen, damit ein friedliches Zusammenleben in Olten möglich ist. Es ist wohl das Ziel von uns allen: Wir möchten ein friedliches und gutes Zusammenleben in Olten. Wir möchten die Stadt weiterentwickeln, sodass wir uns darin alle wohl fühlen. Umso mehr freue ich mich, dass der Stadtrat in seiner Halbzeitbilanz der laufenden Legislaturperiode angekündigt hat, dass sie uns einen Vorschlag für den Migrationsbeirat unterbreiten werden, damit bisher ungehörte Stimmen in Zukunft auch eine Stimme erhalten. Schauen wir die Vielfalt unserer Stadt als Reichtum an. Und lasst uns diese Vielfalt nutzen, um intelligente und vorausschauende Lösungen zu finden, die unsere Stadt weiterbringen. Wenn man die heutige Traktandenliste anschaut, dann sieht man, dass es uns nicht an Ideen mangelt, wie man Olten weiterbringen könnte. Ich habe schon einige Stimmen gehört, die über diese lange Traktandenliste nicht so begeistert sind. Und auch im Büro haben wir schon diskutiert, dass wir wohl nicht darüber hinwegkommen, auch in diesem Legislaturjahr ab und zu Doppelsitzungen durchführen zu müssen. Ich selber habe etwas ambivalente Gefühle gegenüber dieser langen Traktandenliste. Einerseits bin ich auch nicht «Fan» von Doppelsitzungen. Denn es ist sonst schon schwierig genug, Job, Familie, Politik und Hobbys aneinander vorbei zu bringen. Ich glaube, ihr kennt das alle. Andererseits freue ich mich auch über die grosse Fülle von Vorstössen. Denn wir sind nicht nur hier um abzunicken, was der Stadtrat beschliesst. Wir sind hier um Ideen einzubringen, um dem Stadtrat auf die Finger zu schauen und mit ihm zusammen die Stadt weiterzuentwickeln. Dazu bitte ich euch, Aufträge möglichst überlegt und breit abgestützt einzureichen. Und wenn möglich offene Fragen bereits vorgängig mit der Stadtverwaltung abzuklären. Das ist zwar manchmal mühsam und braucht viel Zeit, aber es würde den Prozess schlussendlich beschleunigen und bei der Stadtverwaltung Kosten sparen. Im Gegenzug bitte ich den Stadtrat, die verbleibenden Anfragen aus dem Parlament gewissenhaft abzuklären und mit der erforderlichen Sorgfalt zu beantworten. Ich hatte in der Vergangenheit manchmal das Gefühl, dass dies nicht immer der Fall war. Als letztes noch ein Vorschlag, wie innerhalb unserer

Sitzungen mehr Geschäfte abgearbeitet werden können. Wenn jede und jeder seine Voten um nur einen Drittel kürzt, so könnten wir in der selben Zeit fast das Anderthalbfache an Geschäften durchbringen. Und wir alle wissen, dass die Konzentration von den Zuhörenden ziemlich schnell abnimmt. Neueste Studien sprechen sogar von einer Aufmerksamkeitszeitspanne von acht bis fünf Sekunden. Wie dem auch sei, ich hoffe, ihr konntet mir folgen, auch wenn ich nun viel länger als acht bis fünf Sekunden gesprochen habe. Ich fasse aber meine Hauptbotschaften gerne noch einmal kurz zusammen: Nehmt die Vielfalt von Olten als Chance und denkt bei den Entscheidungen auch an die Zukunft und nicht nur an die heutigen Gegebenheiten. Bringt gescheite, wohlüberlegte Ideen ein, respektiert euch gegenseitig und lasst uns gemeinsam Olten weiterbringen. Sodass sich alle Einwohnerinnen und Einwohner hier in Olten wohlfühlen. Auch in Zukunft. Ich danke euch ganz herzlich und freue mich auf das nächste gemeinsame Legislaturjahr mit euch.

Es folgt Applaus.

Mitteilungen

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber:

Totenehrung

Wir beginnen mit einer Gedenkminute für Peter Knapp. Er war der Vater von Urs Knapp und von 1971 bis 1973 Ersatzmitglied im Wahlbüro.

Die Anwesenden erheben sich zu Ehren des Verstorbenen zu einer Gedenkminute.

Referendumsvorlagen/Rechtskraft

Das Gemeindeparlament hat am **25. Mai 2023** folgender Vorlage zugestimmt:

- Hauswart/in Schulhaus Kleinholz 100% & Mitarbeiter/in Haus-/Platzwartung Sportanlagen Kleinholz 100%

Die Publikation über diese Vorlagen erfolgte am 01. Juni 2023 und die Referendumsfrist ist am 03. Juli 2023 abgelaufen.

Feststellung: Es wird festgestellt, dass das Referendum gegen die bestehende Vorlage in der festgesetzten Frist nicht ergriffen wurde und der Beschluss somit rechtskräftig ist.

Termine Parlamentssitzungen

Das Büro hat beschlossen, dass am Mittwoch 24. Januar 2024 um 19 Uhr voraussichtlich eine Zusatzsitzung stattfinden wird. Sollte die Traktandenliste dies nicht erfordern, würde sie abgesagt werden.

Angepasster Vorstosstext

- Der Vorstosstext zur Verbesserung der Sicherheit für Velofahrende wurde angepasst. Er wurde an euch alle verschickt.

Vorstösse/Eingang

- Überparteiliche dringliche Interpellation betr. Schulergänzenden Kinderbetreuung in Olten sicherstellen
- Kleine Anfrage Daniela Minikus (SP) betr. Teilrevision vom kantonalen Richtplan betr. Durchleitung des Dünner Hochwassers
- Kleine Anfrage Martin Räber (GO) und Tobias Oetiker (OJ) betr. Technische Anschlussbestimmungen für Photovoltaikanlagen bei der a.en
- Kleine Anfrage Timo Probst (JSP) betr. Nutzung des öffentlichen Grundes durch Scientology
- Überparteilicher Auftrag Nico Zila (FDP) und MU betr. Turnhallen während der Schulferien für Oltnere Sportvereine öffnen
- Interpellation Philippe Ruf (SVP) und MU betr. Immobilienmanagement Olten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2023

Prot.-Nr. 2

Fraktionserklärung SVP

Philippe Ruf: Am 15. Dezember 2022 haben wir hier den Auftrag zur Schaffung einer temporären Spezialkommission «Entwicklung Innenstadt» diskutiert. Dieser wurde damals abgelehnt mit der Argumentation vom Stadtrat, dass er selber eine Kommission einberufen möchte. Er hat damals gesagt (Thomas Marbet): «Er schlägt daher anstelle einer parlamentarischen Kommission die Schaffung einer von ihm einberufenen Begleitkommission vor, in der die im Gemeindeparlament vertretenen Fraktionen je eine Vertretung haben und die maximal zwölf Personen umfasst. Es macht aus Sicht des Stadtrates Sinn, wenn die zusätzlichen Mitglieder auf der gleichen Stufe mit den Vertretungen aus der Politik mitdiskutieren und nicht nur als Beisitzer oder Auskunftspersonen einbezogen werden.» Und so hat der Stadtrat vorgeschlagen, dass man selber eine Kommission einberuft, eine sogenannte Begleitkommission. Dann kurz darauf, am 13. Januar, hat Markus Dietler angefragt, wer in dieser Begleitkommission Einsitz nehmen möchte. Am 27. Januar hat er darauf zur Sitzung am 27. Februar eingeladen. Dort wurde anhand einer Folie präsentiert, dass dann die zweite Sitzung in 2. Quartal 2023 stattfinden wird. Nun wird bekannt, dass am 25. September das Projekt durch die Begleitkommission – also, das fertige Projekt, das sie ausgearbeitet haben – vorgestellt und im Anschluss im Gemeindeparlament vorgelegt wird. Nils Loeffel hat damals im Namen des Stadtrates auch gesagt, dass er glaube, ich zitiere: «man muss sich schon bewusst sein, dass das, was du von dieser Kommission willst, Philippe, das ist, was wir als Stadtrat auch wollen und was wir diskutiert haben. Nämlich, dass man diese Kommission immer wieder beiziehen kann. Man kann Themen diskutieren, man kann das Geschäft wieder zurücknehmen, kann es weiterentwickeln, kann wieder zurück in die Kommission und es wieder diskutieren.» Ebenfalls vom Stadtrat kam danach: «So wie ich aber eine parlamentarische Kommission gemäss den Vorgaben auffasse, sind wir als Stadtrat beauftragt, dieser parlamentarischen Kommission ein Geschäft vorzulegen, worüber diese beraten kann und danach mit Anträgen ins Parlament gehen kann.» Weiter hat der Stadtrat gesagt, dass es Sinn und Zweck sei, diese Kommission als Begleitkommission miteinzubeziehen. Wie gesagt, man hat damals Anfang Jahr diese Kommission einmal kurzfristig einberufen und legt nun, Ende September, das Konzept vor. Die SVP möchte zum Ausdruck bringen, dass einerseits dieses Treffen im 2. Quartal nicht stattgefunden hat. Bitte korrigiert mich, sollte ich etwas verpasst haben. Und andererseits wir doch entrüstet sind, wenn das Volk diesen Museumskredit doch deutlich abgelehnt hat, ihr uns dann hier verspricht, dass wir das zusammen erarbeiten werden und wir darauf eigentlich nicht wirklich begleitet haben, noch dass wir miteinbezogen wurden. So wird wahrscheinlich die Abstimmung im Parlament und dann, falls es vors Volk kommt (beim Projektierungskredit im Anschluss daran, wird dies der Fall sein) vermutlich wenig Chance haben wird. Ich habe auch insbesondere ein bisschen die Befürchtung, dass es vermutlich ein ähnlicher Antrag sein wird. (Er wird es dann vermutlich ausformulieren und sagen, ein ähnlich abgeänderter Antrag.) So fühlen wir uns - ganz ehrlich - von euch mal wieder sehr verschaukelt. Schade, habt ihr die Chance wieder nicht genutzt und habt uns hier im Parlament falsche Versprechungen gemacht. So erachten wir die Zusammenarbeit als sehr schwierig und wollten diesem Ausdruck verleihen.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2023

Prot.-Nr. 3

Überparteiliche dringliche Interpellation betr. Schulgänzende Kinderbetreuung in Olten sicherstellen/Frage der Dringlichkeit

Nico Zila, Auftraggeber: Im Namen der Fraktionen Mitte/GLP/EVP und FDP begründe ich kurz die Dringlichkeit. In den letzten Wochen sind Hortbetreiber und Eltern auf die Vertreterinnen und Vertreter der beiden Fraktionen zugekommen. Sie eint die Sorge um die Qualität und Flexibilität der schulergänzenden Kinderbetreuung in Olten. Weshalb? Die Direktion Bildung und Sport hat den Organisationen, welche heute Hortplätze anbieten, ziemlich überraschend mitgeteilt, dass sie im Schulhaus Kleinholz diese Dienstleistung in Zukunft selber erbringen möchte. Bis heute existiert aber kein politischer Grundsatzentscheid, kein fachliches Knowhow in der Direktion selber und auch kein Budgetbeschluss im Parlament zu dieser, für viele Oltnener Eltern, sehr wichtigen Frage. Es ist uns daher ein Anliegen rechtzeitig vor der Budgetdebatte bei uns hier im Rat, und insbesondere auch rechtzeitig vor der Budgetrunden der Hortbetreiber, zu wissen, was Sache ist. Die Fraktionen Mitte/GLP/EVP und FDP bitten euch, die Dringlichkeit für den Fragekatalog mit den elf Solothurner Fragen zu unterstützen.

Stadtrat Nils Loeffel: Besten Dank fürs Einreichen der Interpellation und fürs Stellen der Fragen. Bei dringlichen Interpellationen ist es immer so, dass wir diese immer bis zur Parlamentssitzung beantwortet haben muss. Wir haben sie beantwortet. Es liegt vor. Meiner Meinung nach spricht auch nichts dagegen, diese Dringlichkeit zu unterstützen. Mir ist es auch ein Anliegen, dass wir über dieses Thema diskutieren können. Grundsätzlich war vorgesehen, dass man das im Rahmen der Vorlage, die wir im November präsentieren werden, machen können. Wir können aber sehr gerne bereits heute oder morgen, je nachdem, wie es zeitlich reicht, über das Thema diskutieren. Von dem her spricht für mich nichts gegen die Dringlichkeit.

Matthias Borner, Fraktion SVP: Es geht hier um eine dringliche Interpellation über eine Vorlage, die wir nicht wirklich kennen. Aber es ist immer besser, wenn man eine bessere Grundlage hat. Daher sehe ich nichts, das dagegenspricht, diese Dringlichkeit zu unterstützen.

Beschluss

Einstimmig wird der Dringlichkeit zugestimmt.

* * *

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber: Mir wurde mitgeteilt, dass wir die Antworten heute Abend erhalten werden, damit wir Zeit haben, es zu lesen. Morgen werden wir es als erstes Traktandum behandeln.

Mitteilung an:
Stadtkanzlei

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2023

Prot.-Nr. 4

Wahlbüro, Ersatzwahl

Durch die Rochade von Sri Rasamanickam vom Ersatzmitglied zum Mitglied am 21./22. Juni 2023 blieb der Sitz eines Ersatzmitgliedes der SP/JSP frei.

Wahlbüro, Ersatzmitglied/Ersatzwahl Mit E-Mail vom 28. August 2023 schlägt die Fraktion SP/JSP Elisa Gönner, Florastrasse 56, Jahrgang 1999, zur Wahl als Ersatzmitglied des Wahlbüros vor.

Das Parlamentsbüro beantragt dem Gemeindeparlament die Wahl von Elisa Gönner als Ersatzmitglied des Wahlbüros zu genehmigen.

Beschluss

Einstimmig wird die Ersatzwahl von Elisa Gönner (SP) für die Ersatzmitgliedschaft genehmigt.

Mitteilung:
Kommissionsverzeichnis
Elisa Gönner, Olten
Präsidium Wahlbüro, Leander Knapp, Olten
Präsidium SP Olten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2023

Prot.-Nr. 5

Unerledigte parlamentarische Vorstösse/ Abschreibung und Kurzberichterstattung

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

Gemäss Art. 69bis der Geschäftsordnung des Gemeindeparlamentes hat der Stadtrat dem Gemeindeparlament alle zwei Jahre über den Stand von erheblich erklärten Motionen und Postulaten nach altem Recht Bericht zu erstatten. Dabei wird auch festgehalten, dass für Motionen, bei denen Massnahmen zur Durchführung eingeleitet sind oder der entsprechende Vorstoss sich als undurchführbar erweist, dem Gemeindeparlament ein begründeter Antrag auf Abschreibung zu unterbreiten ist. Die Abschreibung betrifft nur noch Motionen, die vor dem 31. Juli 2017 eingereicht wurden.

2. Abschreibung von parlamentarischen Vorstössen

PRÄSIDIUM

Postulat Anita Huber und Felix Wettstein (GO) und Mitunterzeichnende betr. Durchgangsverkehr im Säliquartier stoppen

Der Stadtrat wird beauftragt, dem Parlament einen Massnahmenplan vorzulegen, wie der quartierfremde Durchgangsverkehr zwischen Sälistrasse und Wilerweg bzw. in umgekehrter Richtung ferngehalten wird. Er wird beauftragt, zusammen mit den erforderlichen baulichen und/oder verkehrstechnischen Massnahmen einen Finanzplan und einen Zeitplan der Realisierung vorzulegen.

Dieser Vorstoss wurde am 17. Dezember 2009 als Motion eingereicht und vom Gemeindeparlament am 16. September 2010 mit 39:5 Stimmen als Postulat überwiesen.

Ende 2020/Anfang 2021 hat der Stadtrat von Olten wie im Postulat gefordert Massnahmen beschlossen, um den aufgrund des Fahrverbots mit Zubringerdienst unberechtigten und von Anwohnenden seit langer Zeit schon beanstandeten Schleichverkehr im Säliquartier zu reduzieren.

Vorausgegangen waren diverse neue Vorstösse im Gemeindeparlament. Am 25. Juni 2020 wurde dort ein Volksauftrag «für mehr Begegnung im Säliquartier» behandelt, der eine

flächendeckende Verkehrsberuhigung im Säliquartier verlangte, nachdem die bisher ergriffenen Massnahmen zum Schutz der Wohnquartiere nicht die erwünschten Wirkungen gezeigt hätten. Der Stadtrat hatte in seiner damaligen Beantwortung durchaus Verständnis für die Anliegen gezeigt, aber auch dargelegt, dass aus der Erfahrung vergangener Jahre ein dafür notwendiger partizipativer Prozess unter Einbezug der Quartierbevölkerung und weiteren Kreisen durchzuführen sei, um den gordischen Knoten zu lösen und zu konsensfähigen Lösungen zu gelangen. Der Sprecher zum Volksauftrag, der eine «Schliessung der Quartierautobahn mit baulichen Massnahmen» als einzige Massnahme bezeichnete, welche das Problem nachhaltig lösen würde, formulierte damals an der Parlamentssitzung unter Applaus von den Rängen, als Alternative zu weiteren Mitwirkungsverfahren «könnte man ja auch einfach damit beginnen, die Resultate der bereits abgeschlossenen Studien umzusetzen, hier und jetzt». Der Volksauftrag wurde mit 26:8 Stimmen klar erheblich erklärt.

Schon am 15. November 2020 wurde von den Initiantinnen und Initianten des Volksauftrags beim Stadtrat ein offener Brief eingereicht. Darin wurde unter anderem bemängelt, dass der Stadtrat den Anliegen der betroffenen Quartierbevölkerung wie auch dem Willen einer deutlichen Mehrheit des Parlaments, das nunmehr in mindestens drei Abstimmungen Massnahmen gegen den Ausweichverkehr gefordert habe, zu wenig Rechnung trage. Im Brief wurde der Stadtrat dazu aufgerufen, unverzüglich griffige Massnahmen gegen den Ausweichverkehr in den Quartierstrassen zu ergreifen.

Gestützt wurde dieses Anliegen durch eine dringliche Motion Ursula Rüegg (SVP) im November 2020 betreffend Verhinderung des Schleichverkehrs im Säliquartier. Auch darin wurde gefordert, dass angesichts der Verschärfung der Situation durch die Baustelle am Bahnhofquai nicht mit Massnahmen zugewartet werde. Die Dringlichkeit wurde einstimmig gutgeheissen. Mehrere Mitglieder des Gemeindeparlaments haben den Stadtrat in der Folge ermutigt, befristete und harte Massnahmen zu ergreifen. Auch dieser Vorstoss wurde mit 35:0 Stimme als Postulat erheblich erklärt.

Der Handlungsbedarf war somit offensichtlich. Eine vom Stadtrat eingesetzte verwaltungsinterne Arbeitsgruppe wurde beauftragt, Sofortmassnahmen zur Eindämmung des Umfahrungsverkehrs zu erarbeiten. Die vom Stadtrat in der Folge vorläufig für einen Versuchsbetrieb von einem Jahr beschlossenen Massnahmen umfassten je eine Barriere an der Gartenstrasse auf der Höhe des Vögelgartens und an der Riggerbachstrasse auf der Höhe des Fachhochschulgebäudes sowie eine Sperre mit Pflanzentrögen im Bereich des Maria-Felchlin-Platzes. Die unberechtigte Durchfahrt sollte zudem mit neuen Regelungen im Bereich Einbahnstrassen erschwert werden.

Vorgesehen war, die Massnahmen auf Anfang März 2021 einzuführen. Angesichts des damals geringeren Verkehrsaufkommens hatte der Stadtrat Ende Februar 2021 beschlossen, die Verkehrsmassnahmen erst dann zu vollziehen, wenn sich eine Zunahme des Verkehrs – beispielsweise durch Beendigung der Homeoffice-Pflicht – abzeichnet. Nachdem das Verkehrsvolumen in der Reiserstrasse Anfang April 2021 wieder ein Plus von rund 30% gegenüber der Zeit vor der Baustelle am Bahnhofquai angenommen hatte, wurden die Massnahmen per 26. April 2021 umgesetzt.

Per 1. August 2021 erfolgte aufgrund eines ersten Monitorings eine Anpassung der Versuchsanordnung, indem die Barriere an der Gartenstrasse temporär geöffnet bzw. nur noch von Montag bis Freitag von 6 bis 9 und 16 bis 19 Uhr geschlossen bleibt.

Im Januar 2022 führte der Stadtrat im Säliquartier eine qualitative Bevölkerungsbefragung durch, um – als weitere Grundlage neben den Verkehrsmessungen – die Meinungen im Quartier zu den bisherigen Verkehrsberuhigungsmassnahmen in Erfahrung zu bringen, bevor er über das definitive Vorgehen für eine langfristige Regelung beschliessen würde. Die Fragen betrafen die generelle Zufriedenheit mit den Verkehrsmassnahmen; es konnte aber auch zu den einzelnen Massnahmen der beiden Phasen Stellung bezogen werden.

Aus dem Quartier gingen bei der Umfrage 428 ausgefüllte Fragebogen ein. Gesamthaft wurde mehrheitlich erkannt, dass nach den Verkehrsmassnahmen eine Verkehrsberuhigung im Quartier stattgefunden hat, sowohl generell wie auch in der unmittelbaren Umgebung des jeweiligen Wohnortes. Dabei wurde der Effekt erwartungsgemäss in der ersten Phase, in welcher die Barriere an der Gartenstrasse ganztags geschlossen war, als grösser beurteilt als in der Phase mit der teilweisen Schliessung bzw. Öffnung. In den Bemerkungen, welche bei der Umfrage hinzugefügt werden konnten, betonten aber 14% der Antwortenden, dass dieser Effekt nur um den Preis von Verkehrsverlagerungen erreicht werden konnte; ebenso viele monierten, dass sie durch die Massnahmen zu Umwegfahrten gezwungen würden, die ihre Fahrzeiten verlängerten und zu Klimabelastungen führten.

Generell reichte die Kritik vom Ruf nach noch viel weitergehenden Massnahmen etwa in Form einer vollständigen Verkehrsscheide durchs Quartier bis hin zur Forderung nach einer kompletten Entfernung aller vor Jahresfrist ergriffenen Massnahmen, da die Strassen öffentlich und für Steuerzahlende frei zugänglich sein müssten und die Zufahrt zu Einkaufsangeboten erschwert sei; ebenso viele betonten jedoch, die «Umwege» seien gering im Verhältnis zum Gewinn in Sachen Wohnqualität, Lärmschutz und Sicherheit, gerade auch für die Schulkinder, und eine Rückkehr in den Zustand vor den Massnahmen wäre für sie nicht akzeptabel.

Der Stadtrat sah in der Folge die definitive Regelung weder in der Entfernung der aktuell bestehenden Massnahmen – zumal sich mit den Arbeiten auf der Kantonsstrasse zwischen Sälikreisel und Postplatz der Druck noch erhöhen dürfte – noch in einer (Wieder-) Verschärfung: Eine Totalschliessung der Gartenstrasse würde mehrheitlich nicht auf Akzeptanz stossen. Eine Schliessung über die Mittagszeit dürfte zwar für mehr Sicherheit auf dem Schulweg und eine Nachtschliessung für mehr Nachtruhe sorgen; die für Dritte schwer(er) nachvollziehbare Regelung von offenen und geschlossenen Zeiten könnte dann aber wieder zu verstärkten Wendemanövern von «anrennenden» Fahrzeuglenkenden führen. Er beschloss daher eine definitive Weiterführung der Verkehrsmassnahmen.

Im Jahr 2023 wird die Barriere an der Riggerbachstrasse durch eine Polleranlage ersetzt, wie dies im Übrigen bereits im Umfeld des Gestaltungsplans zum Sälipark 2020 vorgesehen war. Auch die Barrierenanlage an der Gartenstrasse wird durch eine definitive Einrichtung ersetzt.

Im November 2022 verabschiedete der Stadtrat als weitergehenden Schritt zudem das Konzept «Begegnungszonen in Wohnquartieren». Damit verfolgt er das Ziel, dass der Strassenraum als sicherer Aufenthaltsort wahrgenommen und genutzt wird. Zudem sollen sich keine bzw. weniger Unfälle und mit geringeren Auswirkungen dank gegenseitiger Rücksichtnahme ereignen, Lärm- und Schadstoffemissionen reduziert und der Durchgangsverkehr auf das übergeordnete Strassennetz verlagert werden. Der Anstoss für eine Begegnungszone im Wohnquartier soll von den Anwohnenden selber kommen und auch von einer klaren Mehrheit von ihnen getragen werden. Priorität für die Einführung von Begegnungszonen haben Quartierstrassen, die keine Funktion als Sammelstrassen zur Groberschliessung besitzen und wo mit wenig Aufwand für möglichst viele Einwohnerinnen und Einwohner ein Mehrwert geschaffen werden kann, indem das Wohnen in der Stadt für sie attraktiver gemacht wird. Eine Begegnungszone kann nur eingeführt werden, wenn sie in einem Fachgutachten als notwendig und zweckmässig beurteilt werden kann. Der Antrag auf Einführung einer Begegnungszone muss ferner von der zuständigen Behörde – im Falle der Stadt Olten vom Stadtrat – genehmigt werden; es besteht somit kein Anrecht der Anwohnenden auf eine Einführung. Diese ist zudem publikationspflichtig, Berechtigte können gegen den Beschluss begründete Einsprache erheben. Zudem müssen die erforderlichen Kredite vom jeweils zuständigen Organ bewilligt werden.

Der Stadtrat beantragt angesichts der getroffenen Massnahmen, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

BAU

Postulat Beate Hasspacher (Grüne) betreffend Stadtbäume Olten

Der Stadtrat wird beauftragt, die Stadtbäume in Olten besser zu schützen und nachhaltiger zu fördern und zu bewirtschaften.

Diese Motion wurde am 21. Juni 2017 eingereicht und am 25. Januar 2018 vom Gemeindeparlament als Postulat mit 23:13 Stimmen für erheblich erklärt.

Es erfolgt eine Stellungnahme zu den einzeln geforderten Massnahmen:

- *Die Ziele und Prioritäten zum Umgang mit Stadtbäumen über eine längere Periode festlegen und diese dem Parlament bis in einem Jahr vorlegen.*

Die Stadtgärtnerei, ein Bereich des Werkhofs, pflegt die inventarisierten Bäume gemäss Pflegekonzept und leitet daraus den jährlichen Pflegebedarf ab. Als Grundsatz gilt es die natürliche Wuchsform zu erhalten, den stabilen Kronenaufbau zu fördern und grosse Astabnahmen zu vermeiden. Die Bäume werden mit dem Ziel einer möglichst langen Lebensdauer und dem Erhalt der natürlichen Erscheinung gepflegt. Bei einem Abgang werden sie in der Regel mit einer standortgerechten Neupflanzung ersetzt.

Die Definition von Ziele und Prioritäten zum Umgang mit Stadtbäumen ist die Aufgabe des Stadtrates in Zusammenarbeit mit den Fachleuten in der Verwaltung. Der grundeigentümerverbindliche Schutz von wichtigen Einzelbäumen ist Gegenstand der Ortsplanung.

- *Dem Parlament ist ebenfalls bis in einem Jahr vorzulegen, über welche Bestände grosser Bäume die Stadt Olten verfügt und wie deren Schutz deutlich verbessert werden kann.*

Die Stadt Olten hat einen Baumkaster, in welchem die Bäume auf öffentlichem Grund verzeichnet sind (ca. 4'000 Bäume). Der Schutz der Bäume wird mit verschiedenen Massnahmen sichergestellt. So wird neben der regelmässigen Pflege z. B. bei baulichen Eingriffen in der Nähe oder Veranstaltungen ein Merkblatt Baumschutz und auch die erforderlichen Hilfsmittel abgegeben und die Verantwortlichen auf den richtigen Umgang mit Stadtbäumen hingewiesen. Zurzeit ist zu diesem Thema zudem ein umfassendes Baumschutzkonzept in Erarbeitung. Es besteht somit auch kein Defizit oder akuter Handlungsbedarf in Bezug auf den Baumschutz.

- *Dem Parlament ist ebenfalls zur Kenntnis zu geben, welche neuen, gut geeigneten Baumstandorte ausgeschieden werden und wie die nachhaltige Erneuerung des Bestandes an Stadtbäumen sichergestellt werden kann. Diese Standorte sollen auf nicht überbautem Boden mit einem intakten Bodenleben liegen.*

Im Rahmen von Arealentwicklungen oder Gestaltungs- und Betriebskonzepten werden situativ und ortsgerechte Anforderungen an die Bepflanzung gestellt und diese dann in den Gestaltungsplänen oder in den Strassen- und Werkleitungsbauprojekten festgehalten. Dies macht Sinn, da dies in Abstimmung mit den örtlichen Rahmenbedingungen erfolgt und auch mit diesem Vorgehen auch eine langfristige Sicherheit erlangt wird. So wurden z. B. in den Sanierungsprojekten Konrad-/Dornach-/Baslerstrasse zusätzliche Standorte für Bäume ausgeschieden. Dies auch mit dem Hintergrund zur Verbesserung von Stadtklima und Erscheinung.

- *Pflegemassnahmen sowie das Fällregime und die für eine Fällung beigezogenen Entscheidungskriterien müssen überdacht werden. Gegenüber der Bevölkerung soll mehr Transparenz geschaffen werden. Insbesondere ist das Vorgehen bei Baum-*

fällungen mit einer grösseren Vorlaufzeit als heute anzukünden und die Details sind offenzulegen.

Ein Baum auf öffentlichem Grund wird nur gefällt, wenn er krank ist und Gefahr für Dritte besteht. Die Stadt haftet für allfällige Schäden. Zudem werden Bäume gefällt, wenn übergeordnete öffentliche Interessen einem Erhalt entgegenstehen. Dies kann bei einer neuen Infrastrukturbauweise der Fall sein.

- *Die Stadt soll beratende Unterstützung für Private mit grossen Bäumen im öffentlichen Interesse anbieten.*

Diese Beratung erfolgt auf Anfrage, soweit dies zeitlich möglich ist, von Fachpersonen aus der Stadtgärtnerei. Ein solches Angebot kann nur mit zusätzlichen Ressourcen aktiv bewirtschaftet werden.

- *Bei Bauvorhaben sollen wertvolle, grosse Bäume erhalten bleiben.*

Diese Anforderungen kann gegen den Willen der privaten Eigentümer nur durchgesetzt werden, wenn der Baum geschützt ist. Ansonsten ist die Stadt auf eine Kooperation angewiesen. Bei öffentlichen Liegenschaften wird in der Regel der Erhalt von wertvollen Bäumen und Hecken vor einer Projektierung als Rahmenbedingung festgehalten (z. B. Architekturwettbewerb Schulhaus Kleinholz). Vor einer Massnahme erfolgt jeweils eine Interessenabwägung und sofern eine Fällung zwingend erforderlich ist, eine Ersatz-pflanzung. So hat die Anzahl der Stadtbäume in den letzten Jahren zugenommen.

Aufgrund der vorerwähnten Ausführungen beantragt der Stadtrat dem Gemeindeparlament, dieses Postulat abzuschreiben.

Postulat Myriam Frey und Beate Hasspacher (Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Verbesserung der Freiraumqualität in der Stadt („grüne Infrastruktur“), Massnahmen öffentliche Grundstücke

Der Stadtrat wird beauftragt, die Grün- und Freiraumqualität im öffentlichen Raum, insbesondere bei Neubauprojekten, durch geeignete Massnahmen sicherzustellen

- a) konsequent naturnahe Gestaltung und Pflege der öffentlichen Areale,*
- b) Nachweis der nötigen Grün- und Freiräume sowie von deren Vernetzung, auch im Hinblick auf künftige bauliche Verdichtungen,*
- c) Förderung und Vermittlung innovativer Projekte, Schaffung von Vorbildern auf öffentlichem Grund, Renaturierung von unbefriedigenden Flächen, Vorgaben bei Bauprojekten.*

Dieser Vorstoss wurde am 21. November 2012 als Motion eingereicht und vom Gemeindeparlament am 27. Juni 2013 als Postulat überwiesen.

Es werden laufend Massnahmen umgesetzt. Die öffentlichen Areale sind naturnah gestaltet und entsprechend gepflegt, die Mitarbeitenden laufend geschult. Der Werkhof informiert auch über den Umgang mit solchen Flächen (Führungen vom Stadtgärtner und Unterlagen unter <https://www.werkhof-olten.ch/formular-center>).

Im Rahmen der laufenden Ortsplanung wird ein Freiraum- und Naturkonzept erarbeitet. Die entsprechenden Kredite wurden vom Parlament genehmigt. Als Grundlage dafür wird aktuell das Naturinventar aktualisiert.

Der Stadtrat beantragt angesichts der bereits initiierten und laufenden Arbeiten, das Postulat als erfüllt abzuschreiben

Motion Beate Hasspacher (Fraktion Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Grün- und Freiräume Olten

Der Stadtrat wird beauftragt, ein Netz von öffentlichen Grün- und Freiräumen von hoher Aufenthaltsqualität auszuscheiden, die der Bevölkerung zur Verfügung stehen. Die Freiräume sollen gut verteilt sein und insbesondere in den dicht bewohnten Quartieren liegen. Diese Arbeiten sind eine Vorarbeit für die bald folgende Ortsplanrevision, bei der die Flächen dann gesichert werden können.

Dieser Vorstoss wurde am 21. Juni 2012 als Motion eingereicht und vom Gemeindeparlament am 23. November 2017 als Postulat überwiesen.

Öffentliche Grün- und Freiräume im Siedlungsgebiet sind wichtig für die Bewohnerinnen und Bewohner. Für die Stadt Olten muss zwischen den urbanen Gebieten der Altstadt, Innenstadt, Bifang/Hardfeld und den topografisch ansteigenden, ruhigen, begrünten Wohnquartieren unterschieden werden. Beide Gebietsarten verfügen über spezifische Qualitäten und Bedingungen. Für öffentliche Plätze, Freiräume und Strassen im urbanen Raum müssen andere Anforderungen an die Nutzung und Gestaltung als an Spielflächen oder Parkanlagen in den Wohnquartieren gelten. Entsprechende Kriterien sind im Gesamtkonzept Gestaltung Öffentlicher Raum Olten vom 8. Mai 2006 formuliert.

Freiräume in der Stadt müssen je nach Zweckbestimmung, Art und Lage vielfältigen Funktionen, namentlich der Mobilität, dem Aufenthalt, der Begegnung und Erholung oder spezifischen Zwecken (Bsp. Schulanlagen, Sport) dienen respektive mehrfach nutzbar sein, entsprechende Aufenthaltsqualitäten bieten, objektiv und subjektiv sicher und ansprechend gestaltet sein. Wenn immer möglich und sinnvoll werden vegetative Elemente eingesetzt oder versickerungsfähige Böden eingebaut. Ein geringer Teil der unbebauten Flächen im städtischen Eigentum kann auf eine konsequent naturnahe Gestaltung ausgerichtet werden. Die Nutzungsansprüche bei Sportrasen oder auch Repräsentationsgrün wie Rosenbeete und Blumenrabatten im Stadtpark haben ebenso ihren Platz.

Der Angebotsdichte, Funktion und Qualität der öffentlichen Freiräume kommt im Zuge der Innenentwicklung erhöhte Bedeutung zu. Die Erarbeitung eines Freiraumkonzepts und eines Naturkonzepts ist daher Bestandteil der laufenden Ortsplanrevision. Die dabei erarbeiteten Ergebnisse sollen Anforderungen für künftige Planungen darstellen.

Im Rahmen der laufenden Ortsplanung wird ein Freiraum- und Naturkonzept erarbeitet. Die entsprechenden Kredite wurden vom Parlament genehmigt. Als Grundlage dafür wird aktuell das Naturinventar aktualisiert.

Der Stadtrat beantragt angesichts der bereits initiierten und laufenden Arbeiten, die Motion als erfüllt abzuschreiben

BILDUNG UND SPORT

Motion Trudy Küttel (SP) und Mitunterzeichnende betr. Tagesstrukturen an den Oltnen Kindergärten und Volksschulen

Der Stadtrat wird beauftragt, möglichst bald dem Gemeindeparlament Bericht und Antrag zu unterbreiten zur Realisierung von familienergänzenden Betreuungsangeboten, Tagesstrukturen während der Schul- und Ferienzeit für die Kinder und Jugendlichen an den Oltnen Kindergärten und Volksschulen und die dafür notwendigen finanziellen Mittel zu bewilligen.

Die Motion wurde am 20. August 2005 eingereicht und vom Gemeindeparlament am 21. Mai 2006 überwiesen.

Familienergänzende Kinderbetreuung

Die familienergänzende Kinderbetreuung für Babys ab 3 Monaten und Kinder bis Ende Kindergarten wurde seit der Einreichung der Motion von damals vier auf inzwischen sieben Standorte auf- und ausgebaut. Im Oktober 2021 eröffnete die achte Kinderkrippe in Olten. Auch der Besuch auswärtige Kinderkrippen wird für in Olten wohn- und steuerpflichtige Eltern finanziell unterstützt.

Schulergänzende Kinderbetreuung

Die schulergänzende Kinderbetreuung für Kinder ab dem Kindergarten bis zum Abschluss der Primarschule konnte dank der Einführung von modularen Betreuungselementen (Module: Frühbetreuung, Mittagsbetreuung, früher und später Nachmittag) etabliert werden.

Die Direktion Bildung und Sport betreibt seit 2016 die Tagesstrukturen Olten Ost an der Engelbergstrasse 7 und 41, sowie seit Januar 2018 den Mittagstisch VENTIL. Der Stadtrat genehmigt jeweils für ein Jahr den Betrieb, den Sach- und Personalaufwand und die Preisgestaltung. Das Parlament genehmigt jeweils die Budgets dieser Betreuungsangebote auf der Funktion «2180 Tagesbetreuung».

Ferienbetreuung

Horte bieten Kinderbetreuung während der Schulzeit, aber auch in den Ferien an. Den Kinderkrippen und Horten ist gemeinsam, dass es jährlich 2-3 Wochen Betriebsferien gibt, welche die Familien in ihrer Betreuungsplanung berücksichtigen müssen. Alle Betreiber von Kinderbetreuungsstätte bemühen sich darum während den Ferien Angebote zu bieten oder ihre Kapazitäten zu erhöhen.

Finanzierung

Die Finanzierung von Kinderbetreuung wird seit 2018 mit den städtischen Betreuungsgutscheinen auf Basis eines Reglements und einer Verordnung unterstützt. Die Eltern bezahlen die vollen Kosten an die privaten Institutionen. Eltern mit einem massgebenden Einkommen von unter 160'000 Franken erhalten für die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf einen einkommensabhängigen Beitrag an die Kosten der externen Kinderbetreuung. Auch die Betreuung durch Tagesfamilien wird unterstützt.

Nachfrage

In den vergangenen 20 Jahren hat die familien- und schulergänzenden Betreuung an Bedeutung gewonnen. Ziel ist es, Familien zu unterstützen, damit sie ihre familiären Aufgaben und ihre Berufsarbeit besser vereinbaren können. Zudem sind sowohl der Staat wie auch die Wirtschaft

herausgefordert, dem akuten Fachkräftemangel entgegenzuwirken, was den Bedarf an familien- und schulergänzenden Betreuungsangeboten erhöht.

Diese Entwicklung zeigt sich nicht zuletzt in den Planungsgrundlagen verschiedener Städte und Agglomerationsgemeinden, die bis anhin mit einer Nachfrage für schulergänzende Tagesschulplätze im Umfang von 30 Prozent aller Schulkinder rechneten und neu schulergänzende Strukturen für bereits 40 Prozent aller Schulkinder schaffen.

Im Jahr 2023 leben in Olten 1'826 Kinder im Vorschul- und Primarschulalter, die als primäre Besuchergruppe von Tagesbetreuungsstätten gelten dürften. Aktuell bieten die privaten Anbieter insgesamt, das heisst für familien- und die schulergänzende Betreuung, total 337 Plätze an. Das entspricht einer maximalen Betreuungsquote von 18.4 Prozent.

Ein rechnerischer Vergleich bietet sich in Bezug auf die 1'220 Kinder, die in der Stadt Olten den Kindergarten oder die Primarschule besuchen. Bei einer im Schweizer Vergleich konservativen Berechnung von 30 Prozent Bedarf würde dies bedeuten, dass die Stadt Olten gemeinsam mit den Privatanbietern ein schulergänzendes Betreuungsangebot für 366 Kinder zur Verfügung stellen müsste.

Im August 2024 eröffnet die Stadt Olten neu die Schule Kleinholz, die für insgesamt 320 Kinder konzipiert ist. Mit dem Bau der neuen Schulanlage wurde gerade auch die Chance ergriffen, Räumlichkeiten zu schaffen, um eine schulergänzende Tagesstruktur aufzubauen. Es können damit insgesamt 40 Tagesstrukturplätze und 60 Mittagstischplätze geschaffen werden. Dies bedeutet, dass im Kleinholz ein schulergänzendes Betreuungsangebot für 12.5% der Schülerinnen und Schüler entsteht – bzw. eine Mittagsverpflegungsmöglichkeit für 18.8%.

Die Entwicklung der Nachfrage wird zusammen mit den Betreuungsinstitutionen und aufgrund von Elternrückmeldungen aufmerksam beobachtet. Bei Bedarf soll das schulergänzende Kinderbetreuungsangebot an die Nachfrage angepasst werden. Verschiedene Betreuungsanbieter planen aktuell den Ausbau ihrer Angebote.

Weiterentwicklung

Basierend auf der Situation im deutschsprachigen Raum der Schweiz, den Erfahrungswerten in Olten und auf den Umfrageergebnissen der «Elternumfrage 2022», die in Zusammenarbeit mit der FHNW durchgeführt wurde, entschied sich der Stadtrat für die Projektierung eines modularen, schulergänzenden Betreuungsangebots im Umfang von 40 Tagesstrukturplätzen in der Schulanlage Kleinholz.

Mit der Zustimmung für die neue Schulanlage Kleinholz hat die Oltner Bevölkerung gleichzeitig dem Aufbau einer Tagesstruktur Kleinholz zugestimmt. Diese wird auf das Schuljahr 2024/25 in Betrieb genommen. Das bestehende Raumangebot ermöglicht eine Ausweitung des Angebots im Bereich Mittagstisch und während der Ferien von bis zu 60 Plätzen.

Während die familienergänzende Betreuung im Kleinkindalter häufig privatwirtschaftlich organisiert wird, zeigt die Entwicklung der vergangenen Jahrzehnte, dass die schulergänzende Betreuung zunehmend staatlich organisiert und sukzessive ausgebaut wird.

Die Stadt Olten hat die schulergänzende Tagesbetreuung bis anhin privaten Anbietern überlassen. Gleichzeitig hat sie die Subjektfinanzierung mittels Betreuungsgutscheinen eingeführt, um eine gerecht organisierte Mitfinanzierung der von Eltern gewählten Betreuungsangebote sicherzustellen. Politische Vorstösse, Elterninitiativen mit über 200 Unterschriften ([Weblink](#)) sowie die Ergebnisse der Elternumfrage der Direktion Bildung und Sport aus dem Jahr 2022 ([Weblink](#)) zeigen nun aber deutlich, dass sich die Nachfrage stärker als das Angebot entwickelt.

Zusätzlich sind die Ansprüche an die Tagesbetreuung gestiegen. Die Elternschaft wünscht sich möglichst flexibel nutzbare, schulnahe, kostengünstige und professionelle Betreuungsangebote – falls privat organisiert, dann in optimaler Kooperation und Koordination mit dem Schulbetrieb.

Der Stadtrat hat die zuständige Direktion Bildung und Sport beauftragt, die Führung der Kinderbetreuung in den Räumlichkeiten des Schulhauses Kleinholz in Eigenregie der Stadt Olten zu prüfen und vorzubereiten. Die Stadt kann den Bedarf an Betreuungsplätzen jedoch nur in Zusammenarbeit mit den bewährten privaten Partnern decken. Es entsteht über die aktuelle Entwicklung kein Verdrängungskampf und keine direkte Konkurrenz. Durch ihre aktive Beteiligung am Marktgeschehen kann die Stadt wichtige Erkenntnisse für die Zukunft gewinnen und ihre koordinative Aufgabe im Bereich der Tagesstrukturen kompetenter erfüllen.

Fazit

Die Stadt Olten verfügt seit der Eingabe der Motion über ein Mehrfaches an familienergänzenden Kinderbetreuungsangeboten. Die Kosten für die Eltern werden über Betreuungsgutscheine subventioniert und in angemessenem Rahmen gehalten. Links und rechts der Aare gibt es für Schulkinder die Möglichkeit einen Mittagstisch zu besuchen. Mit dem Projekt Kinder-, Jugend- und Familienförderung verfolgt die Stadt Olten künftig einen noch ganzheitlicheren Ansatz.

Aus Sicht des Stadtrats sind die in der Motion formulierten Ziele zu wenig differenziert festgehalten und können somit gar nicht messbar erfüllt bzw. erreicht werden. Das sicherlich vorhandene Potential zur Weiterentwicklung der Tagesstrukturen in der Stadt Olten ist durch differenziertere, jüngere parlamentarische Vorstösse und die aktuelle Entwicklung in der Verwaltung und Bildung gewährleistet. Der Stadtrat beantragt daher, den Vorstoss aufgrund der nicht mehr zeitgemässen und sehr offen formulierten Anforderungen abzuschreiben.

3. Berichterstattung bezüglich Vorstössen, die noch hängig sind

PRÄSIDIUM

Motion Cyrill Jeger (GO) betr. Gestaltung Bifangplatz

Der Stadtrat wird aufgefordert, innert nützlicher Frist, dem Gemeinderat eine Vorlage betreffend weiteres Vorgehen zur konkreten Projektierung der Neugestaltung des Bifangplatzes vorzulegen.

Diese Motion wurde am 9. September 1999 eingereicht und vom Gemeindeparlament am 27. Januar 2000 überwiesen.

Im Rahmen der Entwicklungsstrategie rechtes Aareufer wurden die Leitlinien der städtebaulichen, freiräumlichen und verkehrsmässigen Entwicklung des Quartiers gelegt und die Prioritäten für Umsetzungsprojekte und Massnahmen bezeichnet. Die Strategie wurde dem Parlament im November 2013 vorgelegt. Für den Bifangplatz lag ein Gestaltungs-konzept für eine umfassende, mit der Entwicklung privater Liegenschaften zu koordinierende Aufwertung des Platzes vor. Kernelement bildete die Zone beim Hochhaus Aarauerstrasse 55, das in den letzten Jahren saniert wurde.

In der Zwischenzeit hat die geplante Erweiterung und Erneuerung des Einkaufszentrums Säliparks nicht nur eine Umsetzung verzögert, sondern auch die Voraussetzungen wesentlich verändert. Dazu wurde ein Betriebs- und Gestaltungskonzept erarbeitet, das auch eine Busführung über den Bifangplatz beinhaltet, welche die Gestaltung wesentlich beeinflussen würde. Die entsprechenden Grundlagen liegen vor; deren Umsetzung ist vom weiteren Verlauf des Projektes Sälipark 2020 abhängig, in dessen Rahmen auch Beschwerden zu den auf dem

Bifangplatz vorgesehenen Massnahmen eingegangen sind. Leider hat sich auch dieses Projekt verzögert.

Es besteht ein laufender Austausch mit dem kantonalen Amt für Tiefbau, welche Massnahmen zu einer Verbesserung der Verkehrssicherheit im Kreuzungsbereich Unterführungs-/Aarau-er-/Bifangstrasse sinnvoll sind, und mit Anwohnern, um die Situation beim Zugang Florastrasse Fussgängerunterführung zu verbessern.

Beschlussesantrag:

1. Die im Bericht unter Ziffer 2 aufgeführten Vorstösse werden im Sinne der Erwägungen beschrieben.
2. Von den Kurzbegründungen über noch nicht erledigte Vorstösse gemäss Ziffer 3 des Berichtes wird Kenntnis genommen.

- - - - -

Postulat Anita Huber und Felix Wettstein (GO) und Mitunterzeichnende betr. Durchgangsverkehr im Säliquartier stoppen

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Im Namen unserer Fraktion darf ich zum Postulat Stellung nehmen, welches unsere Fraktion vor bald 14 Jahren ins Parlament gebracht hat. Tatsächlich ist die Problematik im Bifang- bzw. Säliquartier so akut wie eh und je. Zu Gute muss man dem Stadtrat halten, dass die 2021 eingeführten Massnahmen eine spür- und messbare Wirkung zeigen und nun mit den geplanten Polleranlagen hoffentlich noch dieses Jahr endgültig eingeführt werden. Der Stadtrat hat somit bewiesen, dass auch auf den ersten Blick möglicherweise unpopuläre Massnahmen in einem partizipativen Prozess mit der Bevölkerung schliesslich in einem grossen Nutzen und einer gestiegenen Wohnqualität fürs Quartier resultieren. Trotzdem ist es nicht so – und das sieht sowohl der Stadtrat in seiner Antwort als auch ich als direkt betroffener Reisersträssler -, dass das Säliquartier kein schleichverkehrsfreies Paradies ist. Noch immer wälzen zu Schlagzeiten unzählige Autos, oft mit ausserkantonalen Kennzeichen, durchs Quartier. Angesichts der geplanten Grossbaustelle zwischen Sälikreisel und Postplatz ist in absehbarer Zeit auch nicht mit einer Entspannung zu rechnen. Das hat übrigens auch ein weiterer Anwohner gemerkt, der uns allen vor noch nicht allzu langer Zeit per Mail symbolisch ein Bild eines überfahrenen Igels an der Gartenstrasse zugeschickt hat. Aber ich will nicht polemisch werden. Die Fraktion GO/JGO ist überzeugt, dass die Problematik im Säliquartier noch nicht endgültig gelöst ist und sehen daher die Bedingungen auch nicht gegeben, dieses Postulat von Anita Huber und Felix Wettstein als erfüllt abzuschreiben. Wir bitten euch daher, dies ebenfalls nicht zu tun.

Beschluss

Mit 22 : 14 Stimmen wird das Postulat abgeschrieben.

Postulat Beate Hasspacher (Grüne) betreffend Stadtbäume Olten

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber: Möchte hierzu jemand das Wort ergreifen? Dies scheint nicht der Fall zu sein. Somit wird dieses Postulat abgeschrieben.

Postulat Myriam Frey und Beate Hasspacher (Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Verbesserung der Freiraumqualität in der Stadt („grüne Infrastruktur“), Massnahmen öffentliche Grundstücke

Manuela Höfler, Fraktion GO/JGO: Ich erlaube mir, für dieses und das nächste Postulat eine Begründung abzugeben, weshalb wir nicht abschreiben wollen. Dies im Sinne der um ein Drittel gekürzten Voten. Unsere Fraktion stellt den Antrag, dass wir das Postulat „Verbesserung der Freiraumqualität in der Stadt“ und die Motion „Grün- und Freiräume Olten“ noch nicht abschreiben. Wir anerkennen, dass einige Massnahmen zur Verbesserung der Freiraumqualität ergriffen wurden und besonders der Werkhof und die Stadtgärtnerei einen tollen Job machen, wenn es um die naturnahe Pflege der stadteigenen Grünflächen geht. Herzlichen Dank an dieser Stelle auch den zuständigen Mitarbeitenden. Der Stadtrat begründet seinen Antrag auf Abschreibung, dass im Rahmen der Ortsplanungsrevision ein Freiraum- und Naturkonzept erarbeitet werden soll und als Grundlage das Naturinventar im Moment aktualisiert wird. Das sind wichtige Grundlagen, aber das genügt noch nicht. Zum einen müssen diese Konzepte in genügender Qualität vorliegen. Zum Beispiel, weil die geforderte Vernetzung der Freiflächen wichtig ist und sicher auch eine Herausforderung werden wird. Aber auch, wenn wir jetzt sagen, darauf können wir schon vertrauen, das kommt schon gut, so sehen wir in der Antwort des Stadtrates noch nicht, dass auch weitere Massnahmen für Bauprojekte von diesen Konzepten abgeleitet werden sollen. Denn genau das wird im Postulat zur Freiraumqualität auch explizit gefordert: Massnahmen und Vorgaben für Neubau- und Bauprojekte. Wenn wir nun diese Postulate abschreiben, dann gehen wir die Gefahr ein, dass dieses Thema nicht mehr präsent ist und vergessen geht. Nicht, weil wir dann kein Freiraumkonzept machen werden – wir haben es ja eingeplant –, sondern, eines, bei dem diese Aspekte nicht genügend berücksichtigt werden und weitere Massnahmen daraus ausbleiben. Und am Schluss ist ein Konzept eben nur so viel wert, wie wir auch konkretes davon ableiten werden. Es ist uns wichtig, dass unser Antrag auch nicht als Zeichen vom Misstrauen gegenüber der Stadt gewertet wird, sondern als Reminder für alle Beteiligten, dass dieses Thema in genügender Qualität im Ortsplanungsprozess aufzunehmen ist. Die Ortsplanungsrevision ist ein komplexes Verfahren. Sie soll sehr viele Themen bearbeiten und verschiedenste Nutzeransprüche berücksichtigen. Und es ist sicher keine Übertreibung, wenn wir sagen, dass es anspruchsvoll wird. Entsprechend müssen wir Anliegen, die wir in diesem Rahmen lösen wollen, pendent halten, bis sie tatsächlich abgearbeitet sind. Vielen Dank für eure Unterstützung.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Ich möchte einfach noch etwas Grundsätzliches sagen. Wir haben ja nun einige von diesen vor uns. Das sind Postulate und wir können keine Postulate mehr machen. Die gibt es nicht mehr. Wir können heute Prüfaufträge machen. Wenn wir heute einen Prüfauftrag machen und der Stadtrat diesen bearbeitet, dann gibt es irgendwann von Stadtrat ein „Brichtli“ und that's it. Wir haben keine Möglichkeit, bei einem Prüfauftrag zu sagen: Oh, das ist gut, oder nicht, wir sind zufrieden oder nicht. Das heisst, das, was wir im Moment mit diesen Postulaten machen, ist eine Struktur von – ich glaube – 2017. Bis dann konnte man es machen. Natürlich kann man sagen, es ist nicht erfüllt. Aber ich denke, es belastet nur irgendwie das System. Da passiert nichts mehr. Wenn wir noch einmal etwas machen wollen, dann müssen wir das noch einmal bringen, noch einmal einen Vorstoss machen und das neu einspeisen. Weil das sonst einfach Ballast ist, der mitgeschleppt wird. Und ich denke, es nützt niemandem etwas, dass dieser noch da ist. Natürlich ist es ein Statement: Wir sind nicht zufrieden. Aber ich frage mich, was man dann davon hat. Denn diese Struktur gibt es eh nicht mehr. Die ist gar nicht mehr existent. Wir können das mit Aktuellen nicht machen, nur mit jenen, die noch übrig geblieben sind von damals. Von dem her möchte ich euch einladen, bei den Sachen, die es eh nicht mehr gibt: Macht doch etwas Neues, wenn

ihr findet, das Thema ist wichtig. Dann kommt es nämlich auch wirklich noch einmal beim Stadtrat vorbei. Das hier wahrscheinlich nicht.

Luc Nünlist, Fraktion SP/JSP: Ich erlaube mir kurz rückwirkend zu sagen: Es kommt aus einer anderen Zeit. Gerade du, als Exponent einer Partei, die sich manchmal auch erlaubt, ein Statement zu treffen, das nicht immer nur realpolitische Auswirkungen hat, fände ich es doch auch wichtig, ein bisschen Respekt vor der politischen Arbeit zu haben, die vor unserer Zeit, vielleicht vor eurer Zeit, geleistet wurde. Und dass wir hier auch daran denken, auch wenn es vielleicht Formen oder Worte hat, die wir heute so nicht mehr verwenden. Aber da ist ein Statement, das wir mitnehmen. Und es gibt einen Grund, weshalb wir jetzt demokratisch darüber abstimmen und sagen, wollen wir das noch mitnehmen, weil es eben noch wichtig ist. Weil es immer noch gilt. Weil wir das immer noch als unerfüllt erachten. Und hier einfach zu sagen, ja, gut, bringt es einfach noch einmal... Diese Arbeit wurde geleistet und es ist halt noch nicht erfüllt. Und ein bisschen Respekt vor der Arbeit in der Vergangenheit gehört auch dazu.

Tobias Oetiker (OJ): Ich weiss nicht... Du hast viel von Respekt gesprochen. Ob du mich diesem Anliegen gegenüber als respektlos... Ob es damit zu tun hat? Anyway, es hat für mich nichts mit Respekt zu tun, sondern damit, dass es eine Hoffnung ist, dass etwas passiert, das nicht passiert. Es wird nichts passieren. Und es ist Augenwischerei, wenn man sich sagt, hey, wir stimmen jetzt nein oder ja und haben dadurch eine Wirkung. Wir haben keine Wirkung. Es passiert nichts effektiv. Und wenn wir finden, es ist wichtig, dann müssen wir etwas machen.

Beschluss

Mit 22 : 14 Stimmen wird das Postulat abgeschrieben.

Motion Beate Hasspacher (Fraktion Grüne) und Mitunterzeichnende betr. Grün- und Freiräume Olten

Beschluss

Mit 22 : 14 Stimmen wird das Postulat abgeschrieben.

Motion Trudy Küttel (SP) und Mitunterzeichnende betr. Tagesstrukturen an den Oltner Kindergärten und Volksschulen

Anna-LeaENZler, Fraktion SP/JSP: Ich mache es kurz: Unsere Fraktion ist gegen die Abschreibung dieser Motion, und zwar, weil diese Forderungen schon ewig im Raum stehen und unseres Erachtens auch nicht erfüllt sind. Dieser Auftrag ist ja tatsächlich schon rund 20 Jahre alt. Dazu kommt, dass es sich hier nicht um „neumodisches Zeug“ handelt, sondern um eine Basisinfrastruktur, die zu einer modernen Stadt gehört. Und nur, weil gesagt wird, dass es dann schon noch gemacht wird, kann man diese Forderungen nicht einfach gehen lassen. So einfach machen wir es dem Stadtrat nicht. Und ja, Tobi, wir haben in der Zwischenzeit tatsächlich einen neuen Vorstoss dazu eingereicht. Der wurde aber noch nicht behandelt. Und so lange diese Aufträge noch in der Pipeline sind, soll es unserer Meinung nach bleiben.

Muriel Jeisy-Strub, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Auch unsere Fraktion ist hier gegen eine Abschreibung. Wir anerkennen zwar, dass doch einiges gegangen ist. Es ist, wie von Anna-Lea gesagt, bereits im 2005 eingereicht worden und darum für uns eigentlich fast ein bisschen ein Hohn, wenn man am Schluss lesen muss, er soll abgeschrieben werden, weil er nicht mehr zeitgemäss sein soll. Was ist denn hier genau nicht mehr zeitgemäss? Logisch braucht es eine Weiterentwicklung, aber leider ist wirklich nicht viel gegangen. Unseres Wissens ist nur mal ein Bericht und Antrag vors Parlament gelangt, als es um die Einführung der Betreuungsgutscheine ging. Auch sonst hat es gezeigt, dass zwar einiges im Tun ist, aber noch nicht auf Vertrauensbasis und Planungssicherheiten für mehr Plätze, wie wir uns das wünschen

würden. Darum, wenn man hier auch liest, dass kein Verdrängungskampf oder keine direkte Konkurrenz vorkommen soll, haben sich für uns doch Fragen ergeben, gerade auch im Zusammenhang mit dieser Interpellation, die heute dringlich erklärt wurde und wir uns doch auch noch einige Erkenntnisse erhoffen. Es braucht effektiv Investitionen in Plätze. Die brauchen Sicherheiten und einen Planungshorizont und Vertrauen. Nur so kann man gemeinsam in Olten auch diesen Bereich weiterentwickeln. Das ist uns ganz wichtig und muss auch glaubwürdig sein, damit wir so etwas mit gutem Gewissen abschreiben könnten.

Nico Zila, Fraktion FDP: Trudy Küttel hat sehr früh die Bedeutung von familien- und schulergänzender Kinderbetreuung erkannt. Ich gebe zu, dass meine Partei dafür ein bisschen mehr Zeit gebraucht hat. Aber die FDP setzt sich heute auch mit Nachdruck für diese Ziele ein, welche Trudy vor fast 20 Jahren - es wurde gesagt - geschrieben hat. Wir möchten das allerdings auf der Grundlage von neueren Vorstössen, neueren Erkenntnissen, neueren Vorlagen und Interpellationsantworten machen und werden darum heute der Abschreibung zustimmen.

Manuela Höfler, Fraktion GO/JGO: Wir möchten noch ganz kurz ergänzen. Die Fraktion GO/JGO wird den Antrag der SP, es nicht abzuschreiben, unterstützen. Und zwar eben, wie Anna-Lea gesagt hat, wurde ihr Vorstoss noch nicht beantwortet und soweit ich weiss, deckt er auch nicht die ganze Breite des Vorstosses von Trudy Küttel ab. Wir möchten auf den einen Aspekt eingehen, welcher der Stadtrat noch erwähnt, dass dieser Auftrag zu wenig präzise formuliert ist. Dass man eigentlich nicht genau definieren kann, wann er abzuschreiben ist. Klar, man könnte noch konkreter werden, aber wenn man die pauschale Aussage dieser Motion liest, dann würden wir sagen, dass das Thema genau dann genügend beantwortet ist, wenn jedes Kind, das in Olten in den Kindergarten kommt, einen Betreuungsplatz hat. Und zwar in Gehdistanz seiner eigenen Schule. Und wenn es nicht darauf ankommt, in welchem Quartier in Olten diese Kind wohnt und wie viel Energie die Eltern aufbringen können, das Kind täglich zu begleiten. Wenn das erfüllt ist, eine sogenannte Platzgarantie für jedes Kind, dann kann man sagen, okay, das ist alles erfüllt. Für die Bedarfsplanung kann man mittels Anmeldung frühzeitig bei den Eltern abholen, was sie brauchen. In der Regel organisieren sich ja die Eltern mit dem Übertritt der Kinder in die Schule neu und das heisst, dass mit jedem neuen Jahrgang der Bedarf ja zunehmen wird. Vorher kann man sein Kind in der Krippe an einem Tag ganztags betreuen lassen und mit dem Kindergarten beginnen, dann fangen aber in der Regel die Probleme an. Und das hängt von sehr viel verschiedenen Faktoren ab. Hat der Hort am Tag, an dem ich arbeiten gehe, Platz? Oder hat es überhaupt keinen Platz? Komme ich nur auf die Warteliste? Und so weiter. Damit wir familienfreundliche, schulergänzende Strukturen für alle Quartiere haben, glauben wir, dass wir eine solche Platzgarantie brauchen. Und wir plädieren daher dafür, diese Motion noch nicht abzuschreiben.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Hier handelt es sich um eine Motion und nicht um ein Postulat. Diese Motion war ein Auftrag an den Stadtrat und wurde nicht erfüllt. Er hätte uns einen Bericht und Antrag unterbreiten sollen, das ist nicht passiert. Und nun habe ich zuvor von Nils gehört, es sollte etwas in dieser Richtung kommen. Zumindest. Und ich habe auch von jenen gehört, welche diese dringliche Interpellation gemacht haben, dass sie finden, der Stadtrat habe gar keine Legitimation, dass er hier tätig werde. Von dem her finde ich das noch schön. Wir würden euch beliebt machen, es im Moment nicht abzuschreiben. Wir haben in zwei Jahren wieder die Gelegenheit, es abzuschreiben. Oder vielleicht ist es bis dann erfüllt.

Beschluss

Mit 24 : 12 Stimmen wird das Postulat nicht abgeschrieben.

Motion Cyrill Jeger (GO) betr. Gestaltung Bifangplatz

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber: Der Stadtrat sagt, er möchte die Motion noch nicht abschreiben. Sie ist noch hängig.

Christine von Arx, Fraktion SP/JSP: Ich möchte dazu etwas sagen. Nicht, dass ich gegen das Stehenbleiben bin. Ich werde nicht abschreiben beantragen. Es ist der älteste Ladenhüter, wenn man dem so sagen will, den wir hier haben. Wir haben an der letzten Sitzung vor Corona hier die Volljährigkeit gefeiert. Ja, es ist eine Motion und ja, man würde es heute wahrscheinlich nicht mehr so formulieren. Aber es wissen alle, worum es geht. Das Parlament möchte, dass der Bifangplatz zugunsten des Langsamverkehrs umgestaltet wird. Der Stadtrat hat das auch so verstanden, dass dies letztendlich der Auftrag ist und schiebt es nun ein bisschen auf die lange Bank mit der Begründung, dass man immer wieder ein Projekt und noch einmal ein Projekt berücksichtigen muss. Aarauerstrasse 55 ist gekommen, es ist nichts gelaufen. Der Sälipark kommt zumindest in absehbarer Zeit und es läuft trotzdem nichts. Also, so geht es nicht. Der Grundauftrag ist, dass hier eine Umgestaltung kommen muss. Die Zustände auf diesem Bifangplatz sind vor allem für Velofahrende nicht haltbar. Und hier muss die Stadt den ersten Schritt machen. Man kann nicht immer auf andere Partner oder Partnerinnen warten, wenn sich diese Projekte wieder in Luft auflösen. Also, bei dieser Motion ist immer noch nichts gegangen. Der Stadtrat hat offensichtlich immer noch keinen Plan und wartet so ein bisschen wischiwaschimässig auf den Kanton. Das neue Projekt, das es nun gibt, bei der Umgestaltung der Florastrasse mit dem Zugang zur Unterführung her, hat natürlich nichts mit dieser Motion zu tun. Denn dort ist der Bifangplatz gemeint und nicht der Unterführungsabgang bei der Florastrasse. Und dann noch eine kleine Bemerkung für jene, die das Gefühl haben, es läuft hier nichts. Wir haben im Hinblick auf den Sälipark und seine Umgestaltung und Planung einer Spezialkommission im Parlament zugestimmt, die sich mit der Gestaltung des Bifangplatzes im Zusammenhang mit diesem Projekt befassen soll. Und das wurde hier mit keinem Wort erwähnt. Ich möchte den Stadtrat einfach bitten, hier diese Berichterstattungen nicht einfach mit einem „Man macht es alle zwei Jahre und dann legt man es wieder ad acta“, sondern diese Motionen ernst zu nehmen und sie umzusetzen.

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber: Keine weiteren Voten. Wir werden nicht abstimmen. Es geht hier nur um die Kenntnisnahme der Berichterstattung und die Motion wird sowieso noch nicht abgeschrieben.

Mitteilung an:
Kanzleiakten

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2023

Prot.-Nr. 6

Sanierung Krematorium, Verpflichtungskredit für Bau/Variantenabstimmung

Die Oltner Bevölkerung sprach sich im April 2021, entgegen dem Antrag des Stadtrates und der Mehrheit des Gemeindeparlamentes, gegen eine Reglementsänderung und damit für den Weiterbetrieb des Krematoriums aus. Die Bewilligung der erforderlichen Projektierungskosten erfolgte mit dem Budget 2022. Nach Abschluss der Planung ist nun der Beschluss über den Verpflichtungskredit für die Erneuerung der Anlagen und Bauten erforderlich, damit die bauliche Umsetzung erfolgen kann. Der Kreditantrag umfasst neben der Erneuerung der Ofenlinie und dessen Infrastruktur auch die bauliche Ertüchtigung des Krematoriums und der Abdankungshalle. Der Stadtrat legt dem Parlament zwei Varianten mit und ohne Erneuerung der Ofenlinie vor und beantragt ihm, diese dem Stimmvolk in einer Variantenabstimmung zu unterbreiten. Dabei empfiehlt er die Variante A „Rückbau Ofenlinie und Instandstellung Hochbau“ zur Umsetzung.

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

Ausgangslage

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts wurde der Friedhof vom Hagberg in den Meisenhard verlegt. Die Anlage inklusive der Abdankungshalle und dem Krematorium wurde 1914 von den Oltner Architekten Real und von Arx geplant. Nach der Fertigstellung des rückseitig an die Abdankungshalle angeschlossenen Krematoriums im Jahr 1918 erfolgte am 1. August desselben Jahres die erste Einäscherung. Der Gebäudeteil wurde am Abhang situiert, so dass der Verbrennungsofen unter dem Niveau der Kapelle liegt und der Kamin unsichtbar bleibt. Die Einäscherung erfolgte bis 1968 mit Holz, bevor der in der Schweiz letzte so beheizte Ofen auf elektrischen Betrieb umgestellt wurde. In diesem Jahr erfolgte auch die letzte Renovation der Abdankungshalle. Die leicht zurückversetzten Seitenflügel wurden 1947 von Johann Schüegg erstellt und der Ostflügel 1968 um einen Winkelbau erweitert. Der gegenwärtig installierte Elektroofen aus dem Jahr 1997 wurde im Jahr 2010 überholt und mit einer Rauchgasreinigung ergänzt.

Im Herbst 2020 kamen Stadtrat und eine Mehrheit im Gemeindeparlament zum Schluss, dass es am sinnvollsten ist, den Kremationsofen im Friedhof Meisenhard stillzulegen. Dies mit dem Hintergrund, dass ein genügendes Angebot in der Umgebung (Solethurn, Langenthal, Aarau) vorhanden sei und der weitere Betrieb eine erhebliche Investition erfordere. Die Stimmbevölkerung lehnte in der Referendumsabstimmung die entsprechende Vorlage «Krematorium, Änderung Reglement infolge Stilllegung» mit 2'564 Nein-Stimmen und 2'191 Ja-Stimmen ab. Zu diesem Zeitpunkt waren nur die finanziellen Auswirkungen der technischen Ofensanierung Gegenstand der Debatte und nicht die Mittel für die bauliche Erneuerung der Baute.

Infolge dieser Verpflichtung, den Ofen ordnungsgemäss in Betrieb zu halten und die Defizite in Bezug auf Effizienz, Abläufe, Arbeitssicherheit und Bausubstanz zu beheben, ist diese Erneuerung der Anlagen und Bauten zwingend und dringend. Mit der Rechtskraft des Budgets 2022 per 1. Mai 2022 wurden die erforderlichen Mittel für die Planung bewilligt.

Als Basis für das Projekt wurden mit dem Projektteam ein Betriebskonzept und ein Raumprogramm erarbeitet. Anhand dieser Unterlagen konnten die betrieblichen und technischen Anforderungen geklärt werden.

Nach dem Abschluss der Bauprojektphase liegen nun die Baukosten in der erforderlichen Detaillierung vor. Für den nächsten Schritt ist der Beschluss des Parlamentes zum Verpflichtungskredit für den Bau der Anlagen erforderlich. Dieser Beschluss untersteht dem obligatorischen Referendum.

Projektanforderung

Die Anforderungen an das Projekt wurden wie folgt definiert:

- Erneuerung der gesamten Ofenlinie inkl. Filteranlage.
- Betrieb des Ofens mit elektrischer Energie.
- Verbesserte Emissionswerte, tiefere Unterhaltskosten.
- Ausbau der Kühllagerkapazität des Sarglagers.
- Reduktion der Aufbahrungsräume und zeitgemässe Gestaltung.
- Einhaltung von Arbeitssicherheit und Arbeitshygiene.
- Erneuerung der haustechnischen Anlagen (Heizung, Lüftung, Sanitär).
- Hindernisfreie Zugänglichkeit; gut erreichbare öffentliche WC-Anlage.
- Optimierung der Arbeitsabläufe, effizienter Betrieb.
- Anforderungen an Umweltschutz, Altlastensanierung.
- Instandstellung der Bauteile.

Bauprojekt

Projektbeschreibung

Instandstellung der Bauteile

Die Bestandsaufnahmen des Gebäudes zeigen auf, dass sich verschiedene Bauteile in einem schlechten Zustand befinden. Insbesondere die haustechnischen Anlagen, die Kanalisation und die Dachanlage weisen aufgrund ihres hohen Alters und Zustandes einen grossen Erneuerungsbedarf auf.

Gemäss Fachbericht «Elektro» vom 22. August 2022 der Firma Aare Elektroplan AG, Olten, sind die Elektroinstallationen teilweise in einem veralteten Zustand. Mit der Erneuerung sollen die Sicherheit (Brandschutz, Überspannungsschutz, Sicherheits- und Notbeleuchtung) erhöht, die Energieeffizienz verbessert (LED) und die neuen Bauteile (Ofen, Lüftung, Heizung) versorgt werden.

Gemäss Zustandsbericht zum «Dach» der Firma Holzbau Jäggi Dulliken AG vom 18. April 2023 weist die Dachhaut und die Geschossdecke Abnutzungserscheinungen auf. An den Ziegeln sind Abplatzungen zu erkennen. Verkleidungen aus Blech weisen Rostschäden auf. An mehreren Stellen wurde Marderschäden festgestellt. Die Unternehmung empfiehlt mittelfristig eine Komplettsanierung inklusive wärmetechnischen Massnahmen. Mit der Erneuerung ist auch die Erstellung einer PV-Anlage zur Speisung des Elektroofens möglich.

Neuer Ofen

Der Inspektionsbericht vom 31. Januar 2022 von der Firma Bürge Fischer AG zeigte auf, dass der Betrieb für die nächsten zwei Jahre mit entsprechend aufwändigen Reparaturen voraussichtlich gewährleistet werden kann. Sie übernimmt aber keine Garantie, da die Ofenlinie bereits ausserhalb der empfohlenen Betriebsdauer läuft.

Gemäss Zustandsbeurteilung der Firma S & A Engineering AG vom 26. Juli 2023 hat der bestehende Ofen mit seinen 25 Jahren die Lebensdauer erreicht. Für die bestehende Ofensteuerung, Sargeinfahrmaschine und Hydraulik sind keine neuen Ersatzteile mehr verfügbar. Aufgrund der Situation wird der vollständige Ersatz der bestehenden Ofentechnik durch einen neuen Elektro-Kremationsofen empfohlen.

Der bestehende Elektro-Kremationsofen Baujahr 1997 wird demontiert bzw. abgebrochen und durch einen neuen Elektro-Kremationsofen der Firma Bürge-Fischer AG ersetzt. Der bestehende Wärmetauscher wird durch einen neuen Wärmetauscher mit integrierter Abreinigung mit Druckluft und einem Anfahrbypass ersetzt. Die Sicherheitseinrichtungen im Kühlwasserkreislauf werden vollständig erneuert. Beim bestehenden Filter und Absorber werden Instandsetzungsarbeiten durchgeführt. Für den neuen Wärmetauscher muss eine Wartungsbühne gebaut werden. Die Elektro-, Mess-, Steuer-, Regel- und Leittechnik der Ofenlinie wird vollständig erneuert.

Ascheaufbereitung

Bei der bestehenden Ascheaufbereitung hat zum einen die Lebensdauer erreicht, zum anderen fehlt eine Absaugung bei der manuellen Sortierung der Asche. Im Weiteren ist die Zerkleinerung unzureichend, insbesondere für Fälle, bei denen die Asche ausgestreut werden soll. Darum wird sie ersetzt.

Raumprogramm, Optimierung Betriebsabläufe und Instandstellung Bauteile

Der Raumbedarf für den Betrieb der Anlage kann mit den bestehenden Flächen und Volumen abgedeckt werden. Die Optimierung der Arbeitsabläufe hat Auswirkungen auf die Grundrisse.

Im «Untergeschoss» befindet sich der unterste Teil des Ofens mit der Rauchgasführung in den 2010 erstellten Filterraum. Diese Anlageteile werden erneuert.

Im «Sockelgeschoss» werden eine Lüftungs- und Heizungszentrale eingebaut und die elektrischen Verteilungen in einem neuen Raum zusammengefasst. Die Sarglagerkapazität wird entsprechend der neuen Kapazität auf 26 Särge erhöht. Dieser neue Kühlraum bedingt einen Eingriff in die Tragstruktur. Im Ofenraum werden die bestehenden Anlagen ersetzt. Weiter werden die Garderoben und der Aufenthaltsraum aufgefrischt. Die Kanalisation muss ersetzt und im Trennsystem geführt werden.

Das «Erdgeschoss» wird durch einen hindernisfreien Zugang erschlossen. Dieser führt auch zu den öffentlichen Toilettenanlagen. Im öffentlichen Bereich werden die Aufbahrungsräume zeitgemäss erneuert. Für die neue Ofenanlage sind bauliche Anpassungen erforderlich. Ein Zuschauerraum ermöglicht die Teilnahme an der Kremation. Die Verbindung vom Ofen zur Abdankungshalle wird geschlossen, um die akustischen Auswirkungen vom Kremationsbetrieb während einer Abdankungszeremonie zu reduzieren. In der Abdankungshalle werden die elektrischen Installationen wie Licht und Ton ersetzt. Neue Radiatoren und die Lüftung sorgen für ein gutes Raumklima.

Pläne

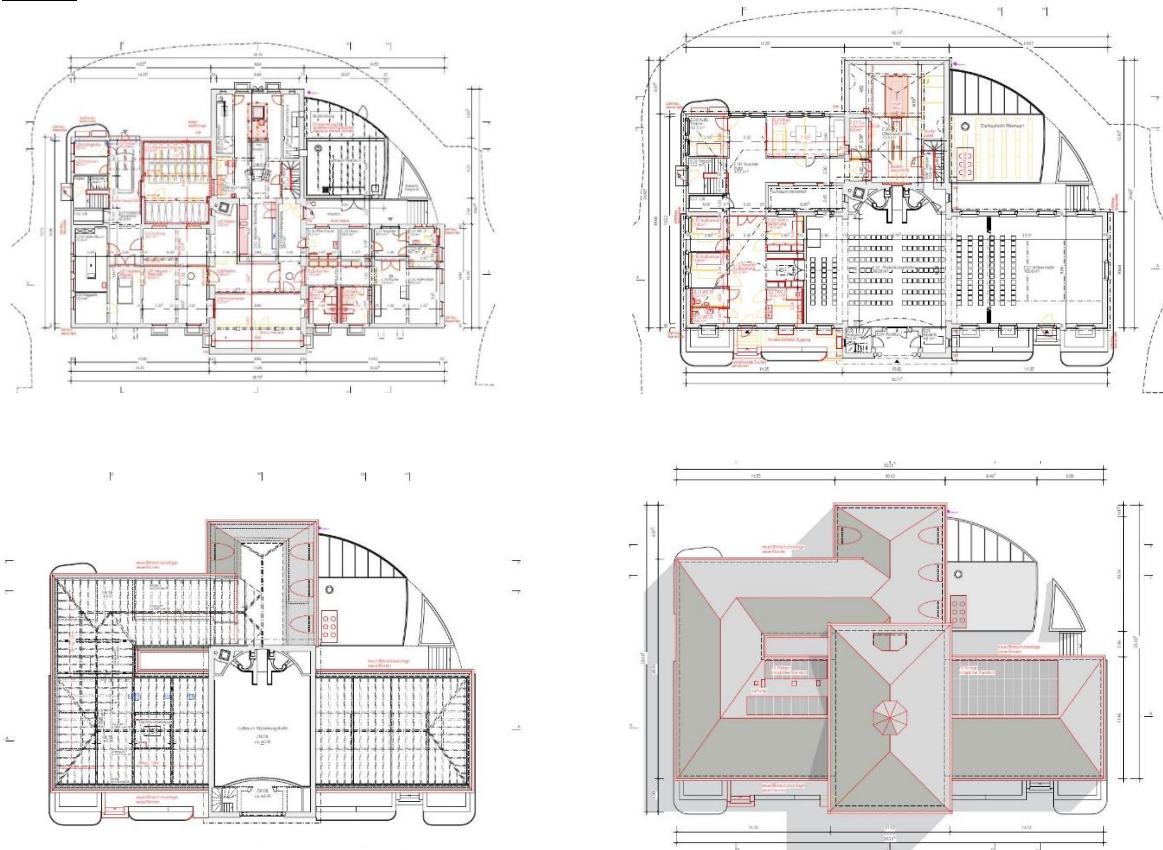


Abbildung: Sockelgeschoss, Erdgeschoss, Dachgeschoss und Dachaufsicht



Abbildung: Schnitte

Photovoltaik

Die geplante Photovoltaikanlage könnte nach einer ersten Einschätzung auf den Dächern des Krematoriums ca. 15'800 kWh/a produzieren. Die Energie wird vorrangig direkt für den Betrieb des Ofens verwendet.

Heizanlage

Die Wärmeerzeugung besteht mittels einer Spezial-Luft-Wasser-Wärmepumpe. Die Anlage ist reversibel und kann somit auch kühlen. Die Wärmerückgewinnung wird ab den Wärmetauschern des Kremationsofens und der gewerblichen Kälte abgenommen und in das Rohrleitungsnetz geführt.

Denkmalpflege, Ortsbild

Das Bauensemble steht nicht unter kantonalem Denkmalschutz. Gemäss gültigen Bauzonenplan besteht aber ein kommunaler Schutz. Alle baulichen Massnahmen werden daher von der Altstadtkommission bewilligt. Die vorgesehenen Eingriffe und die PV-Anlage sind nach Rücksprache mit der Altstadtkommission möglich.

Nachhaltigkeit

Der Nutzen entsteht aus der Steigerung der Energieeffizienz mit der neuen Ofenlinie, dem Kühlraum, der LED-Beleuchtung, der Erneuerung der Gebäudehülle und dem grösstmöglichen Erhalt des baulichen Bestandes. Zudem soll neu eine Photovoltaik ein Teil der Energiemenge decken und die Abwärme den Raum entsprechend dem Benutzeranforderungen temperieren.

Projektkosten

Investitionsplanung

Im Finanzplan 2023-2029 sind für den Ersatz der Ofenlinie folgende Mittel vorgesehen:

Jahr	Sanierung Krematorium Konto 7710.5040.005 CHF
vor 2023	400'000
2023	500'000
2024	2'200'000
Total	3'100'000

Kostenschätzung Bauprojekt

Ersatz Ofenlinie und Instandstellung Hochbau

Auf der Basis des Bauprojektes wurde von Integral Baumanagement AG, Olten, eine Kostenschätzung nach BKP erstellt (Kostengenauigkeit +/-10 %):

Bezeichnung	Total (Fr.)
Anlagekosten Sanierung Krematorium	8'878'100
Kostenaufteilung der verschiedenen Eingriffe	
Ersatz Kremationsofen (Bauliche Anpassungen, Haustechnische Anlagen, Brandschutz Ofenraum, Altlasten)	3'332'700
Ersatz Haustechnik (Neue Haustechnik, neue Kanalisation)	2'551'600

Betriebliche Einrichtungen (Neuer Kühlraum Sarglager, Katafalke, Garderoben)	580'600
Energetische Ertüchtigung (Dämmung Dach, PV-Anlage, Fenster)	434'300
Umgestaltung Erdgeschoss (Öffentliche Toilettenanlage, Umgestaltung Aufbahrungsräume, Zuschauerraum, Büroumbau, Neuer Aussenzugang)	655'300
Sicherheit und Brandschutz (Ertüchtigung Brandschutz, Zugang Turm, Anpassung Geländehöhen, Schliessanlage)	335'700
Sanierungen Dach, Fassade, Fenster, Innenräume (Neue Biberschwanzeindeckung, Fassade streichen, Auffrischung Rundbogenfenster, Natursteingewände, Deckengemälde)	987'900

Diese Baukosten wurden so berechnet, dass das Krematorium in einer Etappe umgebaut und saniert wird.

Wirtschaftlichkeit Ofenlinie und Kühlinfrastruktur

Die Investition in die Ofenlinie (Fr. 3.3327 Mio.) könnte amortisiert werden, wenn das Gebührenreglement keine Privilegien für die Bevölkerung von Olten und Starrkirch-Wil vorsieht und die Gebühren den umliegenden erneuerten Krematorien von heute Fr. 500.00, bzw. 250.00 pro Kremation für Einwohnende aus Olten und Starrkirch-Wil, auf Fr. 600.00 für alle (bei 1'000 Kremationen) angepasst werden (vgl. Beilage j). Die Investition in die Kühlinfrastruktur und Aufbahrungsräume kann je nach Gebührengestaltung nur teilweise amortisiert werden. Aus diesem Grund wird der Stadtrat dem Parlament im Falle einer Zustimmung zur Gesamtsanierung eine entsprechende Anpassung der Gebührenordnung zu einem späteren Zeitpunkt beantragen.

Prioritäten Stadtrat

Für die Nettoinvestitionen in der Planperiode 2024-2030 hatte der Stadtrat im vergangenen Frühling eine Vorgabe von 105 Mio. Franken gemacht. Die effektiven Eingaben für den Finanz- und Investitionsplan 2024-2030 lagen dann fast 30 Mio. Franken höher. Im Rahmen seiner Beratung über den Finanz- und Investitionsplan hat der Stadtrat deshalb an einem Workshop entschieden, die aufgelisteten Projekte neu in drei Prioritäten zu klassieren:

Priorität 1: Zur Umsetzung empfohlen. Kosten werden mit einem Realisierungsgrad von 80 % ins Total aufgenommen.

Priorität 2: Zur Umsetzung als Option empfohlen. Kosten werden mit einem Realisierungsgrad von 60 % ins Total aufgenommen.

Priorität 3: Als nicht prioritär beurteilt, daher nicht zur Umsetzung empfohlen. Kosten werden nicht ins Total aufgenommen.

In der Gesamtbetrachtung hat er in der Folge entschieden, nur die Instandstellung des Gebäudes in die Priorität 1 aufzunehmen und auf einen Ersatz der Ofenlinie zu verzichten (Priorität 3).

Alternative

Rückbau Ofenlinie und Instandstellung Hochbau

Bezeichnung	Total (Fr.)
Anlagekosten Sanierung Krematorium	4'812'900
Kostenaufteilung der verschiedenen Eingriffe	
Rückbau Kremationsofen (Rückbau Ofen und Rauchgasanlage, Gitterbühne Ofenraum, Ausbesserungsarbeiten)	167'400
Ersatz Haustechnik (Neue Haustechnik, neue Kanalisation)	1'977'200
Betriebliche Einrichtungen (Ertüchtigung Katafalke, Rückbau Kältetechnik Kühlraum, Aufhebung Garderoben im SG)	171'900
Energetische Ertüchtigung (Dämmung Dach, PV-Anlage, Ersatz Fenster im SG)	416'600
Umgestaltung Erdgeschoss (Öffentliche Toilettenanlage, hindernisfreier Zugang, Umgestaltung Aufbahrungsräume)	480'500
Sicherheit und Brandschutz (Ertüchtigung Brandschutz, Anpassung Geländerhöhen, Schliessanlage, Zugang Turm)	305'700
Sanierungen Dach, Fassade, Fenster, Innenräume (Neue Biberschwanzeindeckung, Fassade streichen, Auffrischung Rundbogenfenster, Natursteingewände, Deckengemälde, Altlasten, Div. Rückbauten)	1'293'600

Aufgrund des unterschiedlichen Planungsfortschritts beträgt die Kostengenauigkeit bei der Alternative +/-20 %.

Der Rückbau der Ofenlinie erfordert zwingend die vom Stimmvolk im April 2021 abgelehnte Anpassung des Friedhofsreglements, da diese den Betrieb eines Krematoriums grundsätzlich vorschreibt. In der Konsequenz können gleichzeitig die Kremationsgebühren aus der Gebührenordnung gestrichen werden:

Reglement über das Bestattungs- und Friedhofswesen:

<i>Reglement</i>	<i>Inhalt</i>	<i>Revision</i>
<i>Art. 2 Abs. 2</i>	Der Baudirektion obliegt der Betrieb und Unterhalt der Anlagen im Friedhof Meisenhard, insbesondere das Krematorium, die Abdankungshalle und der Aufbahrungsraum.	Der Baudirektion obliegt der Betrieb und Unterhalt der Anlagen im Friedhof Meisenhard, insbesondere das Krematorium , die Abdankungshalle und der Aufbahrungsraum.

Gebührenordnung der Einwohnergemeinde Olten:

<i>Reglement</i>	<i>Inhalt</i>	<i>Revision</i>
§ 41bis lit. c	c) Olten/Starrkirch-Wil Kremation Erwachsene 250.00 - 500.00 Kinder 125.00 - 250.00 Urne 15.00 - 30.00 Auswärtig Kremation Erwachsene 500.00 – 1000.00 Kinder 250.00 – 500.00 Urne 30.00 - 60.00	e) Olten/Starrkirch-Wil Kremation Erwachsene 250.00 – 500.00 Kinder 125.00 – 250.00 Urne 15.00 – 30.00 Auswärtig Kremation Erwachsene 500.00 – 1000.00 Kinder 250.00 – 500.00 Urne 30.00 – 60.00

Kreditantrag

Kostenzusammenstellung Anlagekosten

Für das Projekt ist nachstehender Finanzbedarf notwendig:

Variante A: Rückbau Ofenlinie und Instandstellung Hochbau

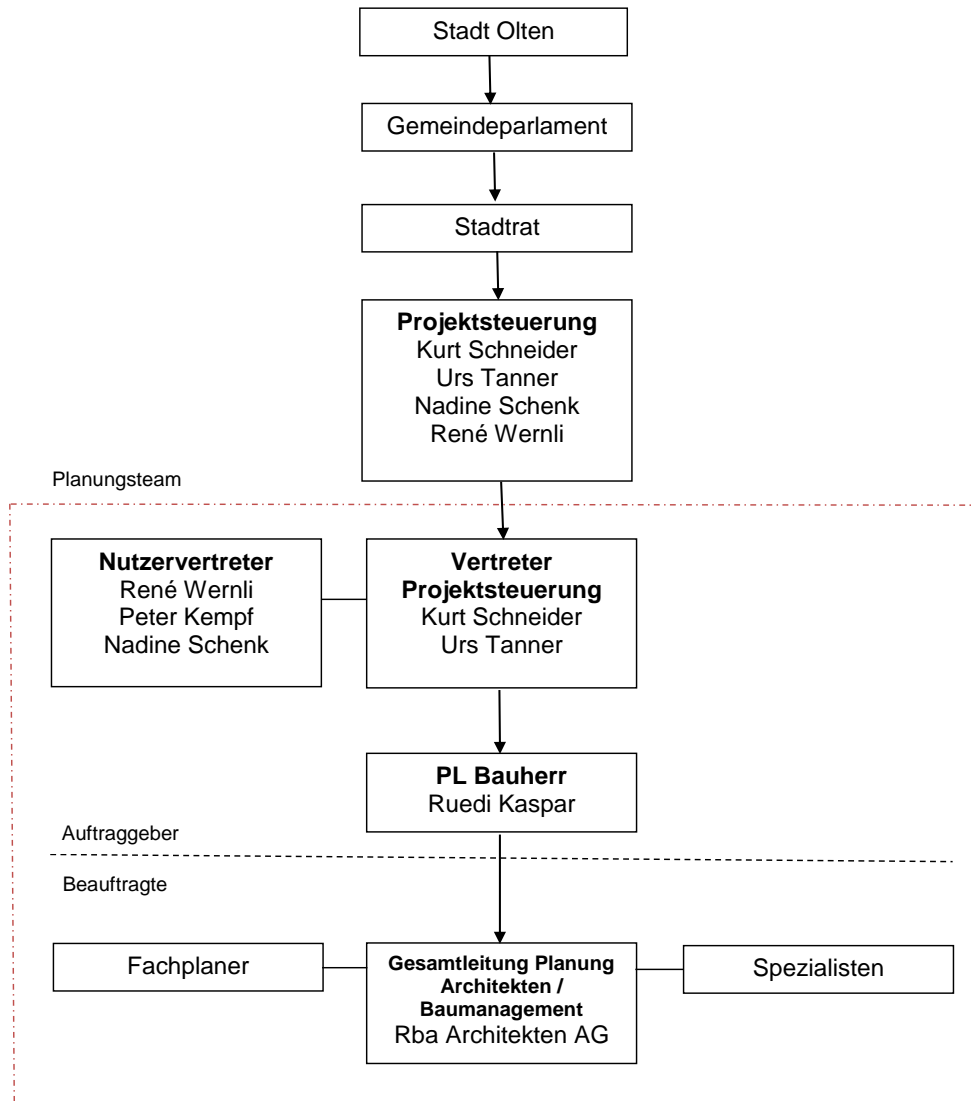
Position	Fr.
0 Grundstück	0
1 Vorbereitungsarbeiten	291'600
2 Gebäude (inkl. Honorare)	3'826'700
3 Betriebseinrichtungen	65'000
4 Umgebung	31'700
5 Baunebenkosten (inkl. 5% Reserve)	204'300
9 Ausstattung	33'000
9 Mehrwertsteuer 8.1 %	360'600
Anlagekosten inkl. Projektreserve	4'812'900
Genauigkeit Angaben (- 20 %)	4'010'750
Genauigkeit Angaben (+ 20 %)	5'775'480

Variante B: Ersatz Ofenlinie und Instandstellung Hochbau

Position	Fr.
0 Grundstück	0
1 Vorbereitungsarbeiten	382'700
2 Gebäude (inkl. Honorare)	5'287'600
3 Betriebseinrichtungen	2'021'000
4 Umgebung	31'700
5 Baunebenkosten (inkl. 5% Reserve)	408'900
9 Ausstattung	81'000
9 Mehrwertsteuer 8.1 %	665'200
Anlagekosten inkl. Projektreserve	8'878'100
Genauigkeit Angaben (- 10 %)	7'990'290
Genauigkeit Angaben (+ 10 %)	9'765'910

Projektorganisation

Das nachstehende Organigramm stellt die Ablauforganisation und die verschiedenen Steuerungsebenen dar. Dabei stellt die Projektsteuerung das strategische Gremium zum Projektcontrolling dar und der Planungskommission obliegt die Verantwortung der operativen Projektführung. Die Nutzerbedürfnisse werden in der Projektgruppe durch die Betreibervertretungen (Werkhof, Bestattungsamt) vertreten. Als verbindliches Dokument für die Ausführungsphase dient ein Betriebskonzept.



Weiteres Vorgehen, Termine

Nach der Genehmigung des Baukredits soll das Projekt innerhalb der nachstehenden Meilensteine abgewickelt werden, damit der Betrieb des Krematoriums per Ende 2024 aufgenommen werden kann:

Meilensteine (Inhalt)	Termin
Genehmigung Parlament	20./21. September 2023
Genehmigung Baukredit (Volksabstimmung)	19. November 2023
Baubewilligungsverfahren	November/Dezember 2023
Ausschreibung Aufträge Bau	Ab Januar 2024
Realisierung Bau	Ab März 2024
Bezug / Inbetriebsetzung	Ende 2024

Fazit

Der Ofen hat seine Lebensdauer überschritten, ein weiterer Betrieb ohne entsprechende Erneuerung ist aus Gründen der Sicherheit und Auswirkungen auf die Umwelt ausgeschlossen. Ohne entsprechende Investition muss die Anlage stillgelegt werden. Die Hochbaute wurde seit einigen Jahrzehnten nicht mehr erneuert. Die Instandstellung erfolgt sinnvollerweise im Rahmen der Installation einer neuen Ofenlinie oder bei deren Rückbau. Eine Verschiebung der Erneuerung der Hochbaute bringt keinen Nutzen und bedeutet, dass die Wert-erhaltung nur hinausgeschoben und schlussendlich auch teurer wird, da der Aufwand für die Instandstellung zunimmt. Zudem kann in der Zwischenzeit keine zeitgemässe Nutzung der Liegenschaft erfolgen.

Aktenverzeichnis

- a. Situationsplan
- b. Bauprojektpläne
- c. Fachbericht «Elektro» vom 22. August 2022
- d. Zustandsbericht zum «Dach» vom 18. April 2023
- e. Inspektionsbericht vom 31. Januar 2022
- f. Raumprogramm vom 31. Januar 2023
- g. Unterlagen zur Erneuerung und Instandsetzung der Ofenlinie vom 26. Juli 2023
- h. Kostenvoranschlag Variante A
- i. Kostenvoranschlag Variante B
- j. Wirtschaftlichkeitsrechnung

Beschlussesantrag:

1. Die beiden Varianten A) "Rückbau Ofenlinie und Instandstellung Hochbau mit Kosten von CHF 4'812'900.- (inkl. 8.1% MwSt., Kostenangaben +/-20%), verbunden mit der Anpassung des Reglements über das Bestattungs- und Friedhofswesen und der Gebührenordnung der Einwohnergemeinde Olten gemäss Ziff. 6, und B) «Ersatz Ofenlinie und Instandstellung Hochbau» mit Kosten von CHF 8'878'100.- (inkl. 8.1% MwSt., Kostenangaben +/-10%) werden dem Souverän zur Abstimmung unterbreitet.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Baupreisindex Hochbau, Espace Mittelland vom April 2023, Stand 113.7 Punkte / Basis Oktober 2020 des Bundesamtes für Statistik, gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen

Tobias Oetiker, GPK: Wir haben die GPK-Sitzung sehr intensiv damit verbracht, uns mit diesem Geschäft auseinanderzusetzen. Vielleicht, um die Spannung etwas zu nehmen: Die GPK hat gesagt, wir sind dafür. Einfach, dass ihr das schon mal wisst. Noch einige Details: Wir haben es von verschiedenen Seiten beleuchtet. Eine Frage, die aufkam und von Interesse war: Diese Stelle, also, falls das Krematorium nun abgelehnt würde, was wäre dann mit dieser Person, die für den Krematoriumsofen zuständig ist? Gäbe es dann eine Stellenreduktion beim Werkhof? Es gibt keine Stellenreduktion beim Werkhof. Eine weitere Frage war, ob man nicht einfach nur den Ofen erneuern kann. Das heisst, nicht das ganze Gebäude neu machen. In der GPK haben wir erfahren, dass dies nicht ginge. Denn um den Ofen aus dem Gebäude rauszuholen, muss man das Gebäude sozusagen zerlegen. Man muss das Dach wegnehmen. Und ein neuer Ofen, würde wahrscheinlich auch von dort aus eingebaut werden. Sprich, das Gebäude wird beim Einbau eines solchen neuen Ofens auch in Mitleidenschaft gezogen und dann nicht zu sanieren wäre sozusagen Geldverschwendung. Denn es hat dringenden Sanierungsbedarf. Beim dritten Punkt geht es um diese Variantenabstimmung. Warum überhaupt eine Variantenabstimmung? Es wurde vieles gesagt. Rückblickend für mich das wichtigste Element war, dass der Renovationsbedarf dieses Gebäudes im Moment, als die letzte Vorlage zu diesem Thema (das mit dem Reglement) aktuell war, der Renovationsbedarf vom Gebäude in diesem Umfang nicht bekannt war. Das heisst, jetzt, da das klar ist und auch klar ist, dass man dieses Gebäude sanieren soll, will der Stadtrat zwei Möglichkeiten bieten, wie man die ganze Geschichte machen kann. Nämlich, mit Krematoriumsofen und Gebäude. Und als Option für jene Leute, die nicht so viel Geld ausgeben möchten, auch noch anbietet, dass man nur das Gebäude sanieren könnte, denn auch ohne Krematoriumsofen braucht es im Friedhof Meisenhard einen Ort, wo sich die Leute versammeln können. Also, diese Abdankungshalle. Die GPK sagt: Annehmen.

Matthias Borner, Fraktion SVP: Wir haben einen Rückweisungsantrag gestellt und ich hätte gerne, dass wir diesen nun begründen können und danach die inhaltliche Diskussion führen, falls er abgelehnt wird.

Rückweisungsantrag SVP

Matthias Borner, Fraktion SVP: Wie ihr es bereits erhalten habt, stellen wir einen Rückweisungsantrag. Und zwar aus folgendem Grund: Der Stadtrat soll dieses Geschäft noch einmal überarbeiten können, auf der Grundlage des Volksentscheides, der kostenschonend und nachhaltig daherkommt. Und gleichzeitig den Willen der Oltnerinnen und Oltner nach einem Krematorium, wie an der Volksabstimmung vom 25. April 2021 kundgetan wurde, als Grundlage wählt. Und wir wollen das zurückweisen. Der GPK-Sprecher hat ein paar Punkte eigentlich schon genannt, die dazu geführt haben. Wir sind das Gefühl nicht losgeworden, dass der Stadtrat versucht, jene Variante, die er nach wie vor präferiert, möglichst günstig zu rechnen und die andere möglichst teuer. Er will einfach nicht und trägt so den 54%, die damals abgelehnt haben, nicht wirklich Rechnung. Und mit diesem Rückweisungsantrag soll der Stadtrat daher die Möglichkeit erhalten, dass er ein Projekt zur Sanierung des Krematoriums ausarbeiten kann, das der demokratiepolitischen Gegebenheiten adäquat Beachtung schenkt.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Ich möchte etwas zum Rückweisungsantrag sagen, bzw. etwas Verfahrenstechnisches. Unsere Fraktion ist der Meinung, dass es sehr korrekt ist, dem Stimmvolk eine Variantenabstimmung zu unterbreiten. Wir haben – Tobi hat es auch schon gesagt – entgegen der Volksabstimmung vor zwei Jahren ein konkretes Projekt vor uns. Keine reine Gebührenänderung, worüber wir befinden. Zudem ist nun klar, wie viel diese Sanierung vom Friedhofsgebäude kostet. Das wird im Abstimmungsbüchlein vor zwei Jahren zwar erwähnt, wenn auch unglücklicherweise sehr verklausuliert, aber nicht finanziell beziffert. Nun haben wir ein konkretes Bauprojekt, das deutlich über dem Betrag liegt, worüber man bei der Volksabstimmung befunden hat. Das heisst im Umkehrschluss, dass es eben sehr demokratisch ist, dem Volk die konkrete Vorlage auch mit Varianten vorzulegen. Zudem fordert der Rückweisungsantrag eigentlich nichts anderes, als einen reinen Ersatz des Ofens, ohne zusätzliche Massnahmen. Abgesehen davon, dass das bereits im B & A klar aufgezeigt ist, dass dies baulich keinen Sinn macht, hätten wir dann zwar ein top Krematorium, aber immer noch ein Friedhofsgebäude, das den heutigen Ansprüchen nicht genügt und hätten somit praktisch keinen Zusatznutzen für die trauernden Oltner/innen generiert. Wir werden daher gegen den Rückweisungsantrag der SVP stimmen.

Nico Zila, Fraktion FDP: Der FDP-Fraktion erschliesst sich nicht, was sich die Antragssteller von dieser Rückweisung erhoffen. Aus unserer Sicht hat der Stadtrat seine Hausaufgaben gemacht. Er hat Abklärungen getroffen zum Ersatz des Krematoriumsofens und auch zur in der Zwischenzeit offenbar erforderlich gewordenen (oder im Zusammenhang vor allem auch mit dem allfälligen Ersatz vom Ofen) Sanierung der Abdankungshalle. Unser Auftrag an das Parlament heute Abend besteht darin, diese Abstimmungsfrage zu formulieren und die Volksabstimmung vom 19. November 2023 vorzubereiten. Die FDP wird den Rückweisungsantrag ablehnen und wir möchten heute in die inhaltliche Diskussion einsteigen.

Muriel Jeisy-Strub, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Unsere Fraktion wird diesen Rückweisungsantrag unterstützen mangels Alternativen. Wir haben es mit einem anderen Antrag versucht, um eine andere Lösung zu finden, die wir demokratiepolitisch als korrekt empfunden hätten. Um auf das zurückzukommen, was Lukas gesagt hat: Im Normalfall finden wir es gut, wenn dem Volk Varianten unterbreitet werden, aber hier gibt es nun doch schon eine längere Vorgeschichte, bei welcher ein Volksentscheid gefallen ist, und was es in unseren Augen zu respektieren gilt. Wir haben uns bei diesem Entscheid wirklich schwergetan und waren eigentlich zuerst dagegen. Gegen eine Rückweisung. Wir haben gefunden, okay, sie haben ja immer noch diese Varianten. Bei der näheren Betrachtung mussten wir dann aber sagen, dass es schon so aussieht, dass der Stadtrat einfach quasi seine Prioritäten aufzeigen und dem Volk näherbringen will. Und nun eigentlich nicht das bringen will, was das Abstimmungsergebnis damals gezeigt hat, obwohl es weiter abgeklärt wurde. Zu diesem Schluss sind wir gekommen, obwohl wir letztes Mal dem Stadtrat eigentlich gefolgt sind. Nun haben wir aber das Gefühl, dass die Situation jetzt anders ausschaut und es wäre auch wichtig, dass wir der Bevölkerung jetzt das vorlegen, was damals verlangt wurde.

Cécile Send, Fraktion SP/JSP: Auch aus Sicht unserer Fraktion macht dieser Rückweisungsantrag nicht viel Sinn. Muriel hat es gerade eben gesagt: Mangels Alternativen ist man zum Schluss gekommen, dass man diesen Rückweisungsantrag stellen will. Ich, für mich, frage mich auch, was es für andere Alternativen gibt, als das, was uns der Stadtrat gezeigt hat. Von dem her sehe ich jetzt nicht, dass man hier zurückweisen muss, um eine neue Vorlage auszuarbeiten. Die Kosten werden transparent vorgelegt und die Bevölkerung bekommt noch einmal die Gelegenheit diesem zuzustimmen, oder dann eben anders zu entscheiden. Aus diesem Grund werden wir dem Antrag nicht folgen.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Wir möchten dem auch nicht folgen. Er erschliesst sich uns vor allem nicht, was man alles aus 54% herauslesen kann. Es ist ja schon erstaunlich. Ich weiss nicht, und von uns weiss es wohl niemand, wie ihr das macht. Aber ihr scheint das zu können, dass, wenn 54% sagen, wie wollen das Reglement nicht ändern, dann könnt ihr interpolieren, sozusagen alles, was diese Leute fühlen und denken und dass sie sich beleidigt fühlen würden, wenn man ihnen die Wahl lässt zu sagen, nein, 8 Millionen ist mir doch etwas zu teuer, aber die Abdankungshalle wäre mir schon noch wichtig. Und solche Sachen, dass ihr sagt, nein, nein, nein, das geht nicht, weil 4% über 50 «nein» gesagt haben, darum Ende Feuer, nun habt ihr gehabt. Das ist vielleicht so wie eine Art Demokratietraining für die Leute, damit sie sich besser überlegen, wie sie das erste Mal abstimmen. Dann ist es gelaufen. Man hat das ja gut gesehen. ... Ich erzähl's dann später.

Matthias Borner (SVP): Ich möchte hier schon noch rasch etwas entgegnen. Erstens, was erwarten wir? Wir erwarten eine Vorlage auf der Grundlage vom Volksentscheid, dass man diese Ofenlinie beibehält und nachher schaut, welche Varianten man dort hat, die daraus hervorgehen. Ich bin schon ein bisschen schockiert über das, was du zuvor gesagt hast, betreffend Demokratietraining. Eine Angewohnheit gebietet beim Stadtrat Einhaltung, wie beim Museum. Sie machen einen Antrag, verlieren vor dem Volk, dann kommen sie noch einmal mit dem genau gleichen Projekt. Und Demokratietraining für euch ist halt im Sinn, so lange abstimmen zu lassen, bis euer Ding durchkommt. Aber ich finde, demokratiepolitisch, das sind unser Chefs. Und wenn sie hier sagen, nein, wir wollen das beibehalten, muss man das ernst nehmen. Wenn sie sagen, nein, wir wollen dieses Museum nicht, dann muss man das ernst nehmen. Und daher sollen wir auch unsere Arbeit entsprechend gestalten. Ich finde es schon etwas krass, was ich zuvor gehört habe. Wir müssen das Volk, die Abstimmungen, respektieren. Diese 54%.

Stadträtin Marion Rauber: Ich nehme den Teil meines Votums, der zum Rückweisungsantrag passt, schon vorweg, Es ist richtig, wie mehrfach bemerkt wurde, dass im 2021 vom Stimmvolk gewünscht wurde, die städtische Dienstleistung «Kremationen in Olten» aufrecht zu erhalten. Dass nun in dieser Vorlage auch eine Variante mit dem Rückbau dieses Ofens vorkommt, gefällt spürbar sicher nicht allen. Das zeigt nun auch dieser Rückweisungsantrag der SVP-Fraktion. Bei diesen Varianten geht es aber entgegen dem Vorwurf nicht darum, den Volkswillen irgendwie zu umgehen. Im Gegenteil. Ich denke, es ist doch nicht mehr als transparent und fair, die Volksmeinung zu einem Projekt abzuholen, bei dem auch ein Preisschild bekannt ist. Das wird bei anderen Vorhaben, gerade von eurer Seite, auch immer wieder so erwartet. Und schliesslich zahlen wir es alle mit unseren Steuergeldern. Die Oltnen und Oltnenrinnen sollen doch wissen, wofür sie ihr Geld ausgeben und was es kostet. Und das liegt nun detailliert auf dem Tisch. Es ist nach Meinung des Stadtrates durchaus legitim, mit diesen finanziellen und betriebswirtschaftlichen Hintergrundinformationen diese Kremationsdiskussion hier in Olten noch einmal führen zu dürfen. Ich bitte euch, diesen Rückweisungsantrag abzulehnen.

Vivek Sharma (OJ): Vielen Dank, Frau Stadträtin Marion Rauber, für diese Antworten. Als neues Parlamentsmitglied staune ich ein bisschen. Ich erinnere mich an die Diskussion über die Abstimmung beim Schulhaus Kleinholz. Da hat man auch eine Variantenabstimmung gemacht mit Kosten für Turnhalle und ohne. Ich glaube einfach, es ist nicht nur fair, sondern es sollte normal sein, dass das Volk nicht die Katze im Sack kauft, sondern genau darüber entscheiden darf, wieviel die Katze kostet. Oder hat die SVP jetzt plötzlich Angst vor dem Volk?

Matthias Borner (SVP): Wenn man eben keine Katze bestellt hat, ist es ein bisschen blöd, wenn man zwischen zwei Katzen auswählen muss.

Muriel Jeisy-Strub (Die Mitte): Ich habe gerade zuvor den Rechtskonsulenten gefragt. Ich habe geglaubt, dass bei einem Rückweisungsantrag nur die Fraktionen reden dürfen.

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber: Ist das so? Dann habe ich das falsch verstanden. Entschuldigung. Somit kommen wir zur Abstimmung.

Beschluss

Mit 26 : 11 Stimmen wird der Rückweisungsantrag abgelehnt.

Fortsetzung ordentliche Beratung

Stadträtin Marion Rauber: Somit beginne ich noch einmal von vorne. Die Stimmbürger und Stimmbürgerinnen von Olten, ich habe es zuvor schon gesagt, haben sich 2021 an der Urne gegen eine Friedhof-Reglementsänderung ausgesprochen. Entsprechend haben wir von der Direktion Bau den Auftrag erhalten, eine Vorlage für den Weiterbetrieb des Krematoriums Olten mit einem neuen Ofen auszuarbeiten. Dafür habt ihr im Parlament im Budget 2022 den Projektierungskredit gesprochen. Das konkrete Projekt auf Basis eines Betriebskonzepts und Raumprogramms liegt nun vor. Damit wir weiterhin Kremationen auf dem Meisenhard anbieten können, haben wir auch im Rahmen unserer Werterhaltungsstrategie das bestehende Friedhofsgebäude auf Herz und Nieren geprüft. Das Ergebnis war auch für uns etwas ernüchternd. Es wundert einen aber nicht, denn seit 1968 – ihr konntet es in den Unterlagen nachlesen – hat man keine grösseren Investitionen in das Gebäude getätigt. Mit Investitionen in den Werterhalt war man in den vergangenen Zeiten in Olten relativ zurückhaltend und wie auch an anderen Orten holt uns dies eines Tages einfach ein. Es ist selbstredend, wir können keine neue Ofenlinie in eine marode und nicht intakte Infrastruktur einbauen. Ein neues Krematorium muss zwingend mit der Ertüchtigung der Gebäudehülle zusammen realisiert werden und das macht auch Sinn. Wenn wir weiterhin Kremationen anbieten wollen, müssen wir eine moderne und zeitgemässe Infrastruktur haben, um auch wettbewerbsfähig gegenüber den anderen Anbietenden zu sein. Wir haben euch mit sehr umfassenden Unterlagen bedient, damit ihr dies alles nachvollziehen könnt. Und der Stadtrat schlägt vor, dem Volk eine Variantenabstimmung vorzulegen. Über dieses Vorgehen müsst ihr heute entscheiden. Seit ich in diesem Parlament sitze, auch schon vor meiner Zeit als Exekutivmitglied, wird vom Stadtrat verlangt und erwartet, dass er Priorisierungen für die Investitionen vornimmt. Und ja, es ist so, die Mehrheit des Stadtrates ist im Sinne einer Priorisierung bei allen geplanten Projekten, die noch in der Pipeline sind, immer noch der Meinung, dass wir nicht unbedingt ein eigenes Krematorium brauchen. In Aarau, Langenthal, Burgdorf, Solothurn und Basel gibt es teilweise sogar brandneue Krematorien, die nicht voll ausgelastet sind. Unsere Bevölkerung soll auch die Frage beantworten, ob sie bereit sind für eine Infrastruktur zu zahlen, bei welcher nachgewiesen ist, dass der Nutzendenanteil – wenn man das in diesem Zusammenhang sagen darf – der Oltnen und Oltneninnen im Durchschnitt lediglich 18 Prozent ist. In diesem Zusammenhang hat die Direktion Finanzen auch eine Umfrage in einem grossen Radius gemacht. (Schade, dass Rolf dies nicht hört.) 170 Gemeinden aus den Kantonen Solothurn, Aargau und Baselland wurden angefragt, ob sie sich eine gemeinsame Kooperation mit einem neuen Krematorium in Olten vorstellen könnten. Gerade mal drei von diesem 170 haben ein scheues Interesse signalisiert. Der Rest hatte kein Interesse oder hat nicht geantwortet. 2021 haben wir über eine Reglementsänderung gesprochen, heute sprechen wir über ein konkretes Bauprojekt. Wir sprechen aber auch von einer Investition in den Werterhalt eines Gebäudes im Besitze der Stadt Olten. Mit oder ohne Ofenlinie, das soll das mündige Stimmvolk von Olten entscheiden. Der Stadtrat empfiehlt in der Abstimmungsbotschaft Variante A. Laut Wikipedia ist eine Empfehlung «eine Handlung, die darin besteht, anderen einen Vorschlag zu machen, etwas Bestimmtes zu tun oder zu unterlassen». Es ist ein Vorschlag, abstimmen kann jeder, wie er will. Und man kann sich an unseren Vorschlag halten oder nicht. So oder so, wir von

der Direktion Bau würden dieses herausfordernde und auch sehr spannende Bauprojekt natürlich extrem gerne umsetzen. Merci für eure Aufmerksamkeit.

Matthias Borner, Fraktion SVP: Wir befinden heute zum zweiten Mal innert kürzester Zeit über eine Sanierung und die Zukunft des Krematoriums in Olten. Das letzte Mal war die SVP gegen dieses Projekt mit einzelnen Stimmen von anderen Fraktionen. Die Leute in Olten wünschen eine solche Dienstleistung und haben dies auch an der Urne kundgetan. Leider wurde dieser Befund aus der Abstimmung nicht geteilt und wie schon beim Museum halten die Chefplaner im Stadthaus an ihren Visionen fest. Diese Vorlage entspricht nicht dem Volkswillen. Sie ist mit dem Ziel verfasst worden, die eigenen Visionen zu realisieren. Bitte respektiert doch die Leute. Es erscheint dabei aus demokratiepolitischer Sicht stossend, dass die Sanierung der Bauten, über welche noch nie demokratisch abgestimmt wurde, in beiden Varianten als gesetzt gilt, jedoch die Erneuerung des Ofens, welche an der Urne breiten Zuspruch erhalten hat, als optionale Variante fungiert. So steht die Äusserung des Stadtrates, er würde bei einer Variantenabstimmung diejenige ohne Erneuerung der Ofenlinie präferieren, demokratiepolitisch auf wackeligen Beinen. Wir werden diese Vorlage bekämpfen und haben bereits grossen Zuspruch erhalten von Leuten, die sagen, so nicht. Kremation war ursprünglich eine sozialdemokratische Errungenschaft, gegen welche kirchliche Kreise 1915 bis vor Bundesgericht gezogen sind, um so das Krematorium zu verhindern. Heute liegt es anscheinend an der SVP. Unsere wichtigsten Argumente: Die Grundlage der Vorlage sollte die Weiterführung der Ofenlinie sein und das sollte der Stadtrat ermöglichen. Der Kern des Projektes ist unter Punkt 2 die Erneuerung des Ofens mit verbesserten Emissionswerten. Das heisst, dass der Elektrokremationsofen ersetzt wird. Für die Umsetzung dieser beiden Hauptziele wäre einen Kredit von deutlich unter 2 Millionen nötig. Es gibt hier in der Schweiz Projekte, welche das so aufgezeigt haben. Die anderen Punkte müssen grundsätzlich auch gemacht werden, selbst wenn die Kremation künftig an einem anderen Standort erfolgen würde. Die anderen Punkte müssen grundsätzlich auch gemacht werden, selbst wenn die Kremation künftig an einem Standort erfolgt. (Da sieht man, wichtige Argumente bringt man immer zweimal.) Unseren Eindruck, dass der Stadtrat die Variante, die ihm nicht behagt, billiger rechnet und die andere teurer, konnten wir nicht verwedeln. Unter Punkt 3.6 wird das Thema Nachhaltigkeit abgehandelt. Dabei wird auf die LED-Beleuchtung etc. verwiesen. Es wird aber kein Wort darüber verloren, dass ein neuer Elektroofen, wie übrigens auch der alte, zehn Mal weniger Heizenergie als der Gasofen in Aarau benötigt. Also, an die Grünen hier im Saal und ehemals Klimabewegten: Die Delegation an das Krematorium in Aarau ist schon ein bisschen erstaunlich aus euren Kreisen. Das Heizen mit Gas braucht gut zehn Mal so viel Energie und über 80 Tonnen CO₂ mehr pro Jahr, und CO₂ aus dem Mehrverkehr vom diesem «Herumkarren» ist noch nicht einmal einberechnet. Eine Gegenüberstellung «Auswärts mit Gas, zuhause mit Wasserkraft» fehlt im Bericht der Energiestadt Olten gänzlich. Es wird auf die Photovoltaikanlage verwiesen. Diese Anlage würde man womöglich besser irgendwo anders platzieren, wo es weniger Schatten hat. Für den Betrieb einer solchen Anlage reicht der Strom bei weitem nicht und liefert den Strom zudem zur falschen Zeit. Denn der Ofen wird in der Nacht vorgeheizt, und wie wir wissen, scheint die Sonne dann nicht. Die Ascheaufbereitung hätte in der Regel eine wesentlich längere Betriebszeit und könnte gewartet werden. Der Stadtrat rechnet hier jedoch mit einer sehr tiefen. Wir haben hier mit einem Spezialisten darüber gesprochen. In Punkt 3.4 verweist der Stadtrat auf Wärme-gewinnung. Ein Spezialist in diesem Thema hat deutlich gesagt, dass dies nicht funktioniert. Man kann vom Rauchgas ein bisschen Wärme für die Heizung entnehmen, aber sinnvoll und kosteneffizient ist es bei Weitem nicht, sondern reine Geldverschwendung. Auch die Projektanforderungen wurden von Spezialisten kritisiert. Beispielsweise sei die Filteranlage nicht notwendig. Es würde reichen, einen Rauchgaskühler zu ersetzen. Im ursprünglichen Antrag wurde der Planer beauftragt, die Grundlage für einen Technologieentscheid zu erarbeiten. Weil der Gasofen eine grössere Filteranlage benötigt als ein Elektroofen, wurde für einen fairen Vergleich auch für den Elektroofen eine neue Filteranlage eingerechnet, obwohl der Planer darauf hingewiesen hat, dass dies gar nicht nötig ist. Die Kapazität auf 26 Särge zu erhöhen sei auch nicht sinnvoll. Das ist insbesondere darum stossend, weil dies ein enormer Kosten-treiber ist und eigentlich nur dann notwendig wird, wenn die Kremationen auswärts vergeben werden. Aufgeführt ist der neue Kühlraum, aber nur in der Variante mit Ofen und

macht es damit auch viel teurer. Das ist aber falsch. Dies stellt in dieser Vorlage eine Irreführung dar. Die baulichen Anpassungen können auch nicht so gross sein. Der neue Ofen ist weitgehend Einbaukompatibel. Ein Zuschauerraum sei anscheinend auch nicht Standard. Sollte es künftig wieder Aufbewahrungsräume geben? Wenn ja, wo sind dann diese Kühlräume? Wir sehen das auf den Plänen nirgends. Bei der Kostenaufteilung der verschiedenen Eingriffe hat uns der Spezialist gesagt, dass die reine Ofentechnik nur CHF 1 Mio. kostet. Und wir würden eigentlich auch gerne wissen, woher die restlichen der gesamthaften CHF 3.3 Mio. in dieser Kostenaufstellung kommen. Ein Argument, das wir auch in der letzten Vorlage immer ins Feld gebracht haben: Krematorien mit einem Marktpreis von CHF 600 arbeiten in der Schweiz erfahrungsgemäss wirtschaftlich und können sich selber finanzieren. Die steigenden Energiekosten und CO₂-Abgaben werden dazu führen, dass insbesondere das Krematorium Aarau aufgrund vom zehnfachen Energieverbrauch pro Einäscherung und der Tatsache, dass es sich dabei um CO₂-lastige Primärenergieträger Erdgas handelt, viel höher ausfallen. Also, wir werden einen Vorteil haben. Wir wünschen uns eine Vorlage, die wie folgt ausgearbeitet wird: Eine detaillierte Aufschlüsselung der Kosten nach der Optionen A «Kremation im Haus» ohne nice to have-Positionen. Und B «Kremation auswärts» dafür mit zusätzlichen Kühlräumen. Das würde in dieser Vorlage ein ganz anderes Bild geben. Diese Dienstleistung wurde auch nicht mit anderen Gemeinden besprochen. Ich habe nun aber zuvor Marion zugehört und habe erfreut zur Kenntnis genommen, dass man hier das Gespräch tatsächlich geführt hat. Aber mit Starrkirch hat man anscheinend nicht gesprochen, dann hier gibt es einen bestehenden Vertrag, der irgendwie hundertjährig ist, dass wir den Starrkircher diese Dienstleistung zum halben Preis anbieten würden. Und dann hätten wir in Zukunft den Umstand, dass diese weniger bezahlen als die Oltnen, nachdem wir es finanziert haben. Laut der Starrkircher sind die Oltnen nicht auf sie zugegangen. Also hat man vielleicht bei diesen 170 Gemeinden die Nachbargemeinde vergessen. Mir wurde auch gesagt, dass es die Möglichkeit gäbe, Geld aus Sponsoring zu bekommen. Aber das kann ich nicht beurteilen. Die Vorlage hält einer kritischen Prüfung nicht stand und hat erhebliche Mängel. Darum möchten wir den Stadtrat bitten, diese Vorlage zu ändern und in Zukunft als Chance zu verstehen, um der Stadt eine Dienstleistung anzubieten, die sie auch wünscht. Das betrifft auch Leute, die ein Leben lang in Olten Steuern bezahlt haben. Aufgrund der Tatsache, dass Aarau zehn Mal so viel Energie benötigt, sollte langfristig ein kostendeckender Betrieb in Olten möglich sein.

Stadträtin Marion Rauber: Ich denke, wir können künftig sehr viel Geld sparen, Matthias. Du kannst deine Experten beiziehen und die können für uns dann das alles ausrechnen. Nein, ich wollte nur rasch zwei Sachen sagen. Erstens, ist es nicht richtig, dass man mit Starrkirch kein Gespräch gehabt hat. Das hat der Stadtpräsident persönlich geführt. Und das zweite, das in deinen Ausführungen auch nicht ganz richtig war: Wir brauchen Kühlräume, wenn wir kremieren. Wenn wir nicht kremieren, brauchen wir praktisch keine Kühlräume mehr in Olten. Es ist jede Gemeinde verpflichtet, ihre eigenen Kühlräume zu haben. Da müssen wir nicht für die ganze Region Kühlräume erstellen. Dies einfach noch als Berichtigung. Und zu dieser Expertenmeinung äussere ich mich nicht.

Cécile Send, Fraktion SP/JSP: Die Fraktion SP/JSP befürwortet, die Variantenabstimmung dem Volk vorzulegen und stimmt dem vorliegenden Geschäft vom Stadtrat zu. Ins Krematorium und seine Infrastruktur sind seit 1968 keine werterhaltenden Investitionen getätigt worden. Eine Stilllegung oder eine Sanierung vom Krematorium und seinem Gebäude ist also unumgänglich. Die Oltnen Bevölkerung konnte aus diesem Grund über die Zukunft des Krematoriums bestimmen und hat die Weiterführung des Krematoriums befürwortet. Bei den entsprechenden Ausführungs- bzw. Planungsarbeiten hat sich nun aber herausgestellt, dass die Kosten viel höher sind, als ursprünglich angenommen. Es stellt sich also die Frage, ob man die Ofenlinie ersetzt und zusätzlich das Gebäude saniert, oder nur die Abdankungshalle renoviert und zeitgemäss ausgestaltet. Nur die Ofenlinie zu ersetzen macht wirklich keinen Sinn. Weil das Gebäude so oder so saniert werden muss, und die bestehende Anlage mit einem neuen Ofen nicht weiterbetrieben werden kann. Aus diesem Grund macht es aus Sicht der Fraktion Sinn, die Frage der Weiterführung und der transparenten Offenlegung der tatsächlichen Kosten dem Volk zum erneuten Mal zur Abstimmung vorzubringen. Sieht doch die Ausgangslage wegen der effektiven Kosten ganz anders aus. Es geht also um eine

volksabsichernde Massnahme. Man legt die Kosten offen und fragt, ob die Oltnen Bevölkerung wirklich so hohe Investitionen tätigen möchte, um das Krematorium weiterzuführen. Dass man den Willen der Oltnen Bevölkerung umgehen möchte und diese gewählte Vorgehensweise vom Stadtrat demokratiepolitisch kritisch empfindet, ist aus diesem Grund nicht ganz ersichtlich. Die Oltnen Bevölkerung kann ja der Weiterführung des Krematoriums weiterhin zustimmen, aber auch eine andere Variante annehmen. Die Fraktion ist sich nicht ganz einig, welche Variante zu bevorzugen ist. Der Stadtrat hat auch anlässlich der GPK-Sitzung bestätigt, dass die umliegenden Krematorien genügend Kapazität haben, um die Feuerbestattungen von Olten zu übernehmen. Die Möglichkeit, verstorbene Angehörige kremieren zu lassen, besteht also nach wie vor. Die Fraktion ist sich aber einig, dass Olten eine Abdankungshalle braucht. Damit erhalten Angehörige und Bekannte von Verstorbenen eine letzte Gelegenheit, sich förmlich von ihnen verabschieden zu können. Also, ein wichtiger, emotionaler Prozess. Aber lassen wir doch die Oltnen Bevölkerung über die Zukunft vom Krematorium im Friedhof Meisenhard entscheiden.

Muriel Jeisy-Strub, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Ich möchte noch einmal kurz darauf eingehen, dass wir uns gewünscht hätten, dass dem Abstimmungsergebnis nachgegangen wird, bei dem gefordert wurde, dass das Krematorium weitergeführt und der veraltete Kremationsofen ersetzt werden soll. Daher hätten wir uns auch gewünscht, dass man diesem nachkommt und dann eben ausschliesslich dieses dem Volk unterbreitet wird. Selbstverständlich, wenn man hier noch Erhebungen gemacht hat, was sonst noch alles bei diesem Gebäude dazukommt, darf dies sein, weil es zusammengehört. Und dann kann das Volk noch einmal ja und nein sagen, ohne, dass sich einzelne hintergangen fühlen müssen. Das finden wir immer schade, wenn es so weit kommt. Und das ist für uns auch nicht stimmig. Wirklich gut finden wir hingegen, was der Stadtrat nach der Abstimmung alles gemacht hat, damit der Ofen weiterhin betrieben werden konnte. Dies war ja schon damals, vor drei Jahren - genau drei Jahre ist es her, als wir im September darüber diskutiert hatten - das Thema, weil er kurz vor dem «Abliegen» wäre. Und auch dort war es weniger das Geld, als dann fast mehr der emotionale Aspekt, der zu spüren war, und auch unsere Fraktion unterschätzt hat, wie das Abstimmungsergebnis gezeigt hat. Und nun hat man diese fundierten Abklärungen gemacht, die auch uns überrascht haben. Es wurde vielleicht mal als Randnotiz erwähnt. Ich habe auch das Protokoll noch einmal durchgelesen und kaum etwas gefunden, dass dort in diesem Gebäude wirklich noch so viel Sanierungs- und Investitionsbedarf in dieser Millionenhöhe besteht. Auch in den Finanzplänen der letzten drei Jahre haben wir dazu nichts mehr gefunden. Offenbar ist das wirklich erst jetzt bei diesen Abklärungen zum Vorschein gekommen. Das finden wir persönlich nicht so ideal. Bautechnisch stellen wir den Zusammenhang aber nicht in Frage. Nach wie vor sind wir nicht glücklich mit der Situation und werden uns daher - einfach auch um unsere Unzufriedenheit mit dem Vorgehen auszudrücken – bei der Schlussabstimmung enthalten.

Andrea Walder, Fraktion FDP: Dieses Geschäft war bereits im Frühling 2021 vor dem Volk. Und zwar aufgrund eines Referendums, das dazumal gegen einen Beschluss des Parlaments ergriffen wurde. Schon damals war dies eine sehr emotionale Angelegenheit und das Volk hat mit einer Stimmbeteiligung von rund 43% mit 2564 Ja-Stimmen gegen 2191 Nein-Stimmen beschlossen, dass am Krematorium festgehalten werden soll. Heute sind wir aber nicht da, um für oder gegen das Krematorium zu sein. Unsere Aufgabe ist, die Abstimmungsfrage klar und verständlich zu definieren. Wir von der FDP wollen die Verantwortung wahrnehmen und dem Volk wiederum eine Chance geben, dass sie abstimmen können, ob der Ersatz Ofenlinie mit Instandstellung vom Hochbau, also dem Erhalt der Einäscherung in der Höhe von knapp CHF 9 Mio., erwünscht ist, oder ob man aufgrund der hohen Kosten auf die Kremationen in Olten verzichten will. Selbstverständlich kann das Volk auch beide Varianten verwerfen. Das würde dann heissen, dass neue Vorschläge ausgearbeitet werden müssen. Jeder Stimmbürger soll die Möglichkeit erhalten, sich dazu Gedanken zu machen. Darum empfehlen wir dem Parlament, beide Varianten, wie vom Stadtrat vorgeschlagen, dem Volk zu unterbreiten. Wichtig erscheint uns aber, dass dem Stimmbürger die Kosten genau aufgezeigt werden, damit auch die beiden Varianten klar verständlich sind und wir dem Volk gegenüber transparent sind. Hier besteht unserer Ansicht nach noch ein bisschen Handlungsbedarf. Aus den Unterlagen soll auch ersichtlich sein, welche Kredite zu Lasten «Spezialfinanzierung»

gehen, also Abwassergebühren, und welche Kosten sich auf die Steuern auswirken bzw. mit Steuergeldern berappt werden müssen. Bei einer Annahme der Ofenlinie als Gesamtkredit, müssen künftig Bestattungsgebühren, wie zum Beispiel die Kosten Kühlraum, Grabschulden oder auch Kremationskosten, überprüft werden. Im Vergleich mit anderen Krematorien sind unsere Gebühren von Olten relativ gering, bzw. teilweise wird eine Dienstleistung wie der Kühlraum den Angehörigen nicht in Rechnung gestellt. Das heisst, diese Kosten bezahlt vollumfänglich die Stadt Olten. Auch jene von den Einwohnern in den Nachbardörfern. Auch die Auslastung des Ofens muss man in Betracht ziehen. Ein Krematorium muss so wirtschaftlich wie möglich betrieben werden. Fraglich ist, ob allenfalls mit einem neuen Ofen effizienter gearbeitet werden und somit auch die Anzahl der Kremationen erhöht werden kann. Vergleiche habe ergeben, dass Krematorien ohne Schichtbetrieb in der Region eine grössere Auslastung haben, und es sich somit wirtschaftlich besser rechnet. Bei einer Schliessung der Einäscherung, das heisst, Wegfall von Arbeit, muss der Stellenplan überprüft werden, damit Stellenprozenze eingespart werden können. Es werden kaum mehr alle Stellenprozenze auf dem Meisenhard notwendig sein. Weiter ist wichtig, dass der Stadtrat transparent aufzeigt, wie er ein doppeltes Nein zu den Varianten interpretieren würde. Die verschiedenen Unsicherheiten bzw. Fragen müssen geklärt sein, da die Antworten sind wichtig für die kommende Abstimmung im November. Und schliesslich ist es eine Daueraufgabe vom Stadtrat den guten Kontakt zu den Nachbar-gemeinden aufrecht zu erhalten. Welche Auswirkungen die beiden Optionen auf die Einwohner von Starrkirch-Will haben, muss frühzeitig und fair kommuniziert werden. Die Gemeinde wurde letztmals direkt von der Stadtverwaltung im Sommer 2021 betreffend Krematorium informiert bzw. um Stellungnahme mit einem Fragebogen gebeten worden.

Lukas Lütolf, Fraktion GO/JGO: Unser Fraktion ist mit dem vorliegenden B & A des Stadtrates grundsätzlich zufrieden. Ganz abgesehen davon, dass wir uns dank der umfassenden Beilage alle in den technischen Details einer reibungslosen Kremation verlieren konnten, scheinen die tatsächlichen Kostenfolgen einer Sanierung des Friedhofsgebäudes und der Erneuerung des Kremationsofens nachvollziehbar und seriös ausgearbeitet. Wir können die Argumentation und Ausgabenpriorisierung des Stadtrates für die abgespeckte Variante ohne neuen Kremationsofen nachvollziehen, auch wenn sie aus unserer Sicht im Bericht zu offensiv kommuniziert wurde und teilweise mitschuldig ist an der demokratiepolitischen Diskussion heute Abend. Wir werden aber unsere offizielle Stimmempfehlung für eine Variante erst im Vorfeld der Abstimmung und nach Absprache mit unseren Parteigremien kommunizieren. Um noch auf das ehrliche Nachhaltigkeitsinteresse unserer Ratsrechten einzugehen bezüglich Gaskrematorium in Aarau: Was zählen würde, wäre die Gesamtökobilanz. Und so hast du, Matthias, zum Beispiel die ganze graue Energie für den neu gebauten Ofen ignoriert und auch die Dekarbonisierung des Verkehrs, die in den nächsten Jahren trotz vehementem SVP-Widerstand kommen wird. Was mir in dieser ganzen Emotionalität dieses Themas jedoch persönlich irgendwie noch wichtig ist zu erwähnen, ist, dass bei beiden vorliegenden Varianten die Hinterbliebenen und trauernden Menschen am Schluss profitieren werden können. Denn in beiden Fällen wird unser schönes Friedhofsgebäude inklusive Abdankungshalle, Aufbahrung, Kapelle und sanitären Anlagen zeitgemäss und respektvoll erneuert und erlaubt somit ein Abschiednehmen in einer angemessenen Umgebung. In diesem Sinn wird unsere Fraktion geschlossen den vom Stadtrat vorgeschlagenen Verpflichtungskredit inklusive Variantenabstimmung zustimmen.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Wir haben diese Vorlage vom Stadtrat wohlwollend zur Kenntnis genommen. Wir finden dieses Projekt mit beiden Varianten gut ausgearbeitet. Wir haben uns im Moment noch nicht damit auseinandergesetzt, ob wir nun für A oder für B oder für beides sind. Das werden wir später kommunizieren. Im Moment sind wir mit der Variantenabstimmung einverstanden. Wir finden es eine gute Sache, dass die Leute entscheiden können, welche Variante sie wollen und wir hoffen, dass es dann am Schluss mindestens eine der beiden gibt.

Timo Probst (JSP): Ich habe nur eine kurze Frage an Matthias Borner. Du hast erwähnt, dass ihr mit einem Spezialisten in Bezug auf Ofen und Gebäude gesprochen habt und mit

Spezialisten (Plural) bei der Filteranlage. Könntest du uns wohl im Sinne der Transparenz sagen, wer das genau war, der euch andere Fakten gegeben hat?

Matthias Borner (SVP): Nein, das mache ich nicht. Des Weiteren möchte ich noch etwas zu den Grünen entgegen: Ich finde, das, was er «rausgelassen» hat, schon sehr einfach. Ich nehme nicht an, im Namen der Grünen. Also, eine der energieintensivsten Arten von Verbrauch ist Wärme zu erzeugen. Hier haben wir etwas, bei dem man Wärme macht. Und wenn man nun hier präferiert mit Gas zu heizen, dann muss ich wohl nicht sagen, woher dieses Gas kommt. Dass ihr dies präferiert? Zehnfache Energiemenge, 80 Tonnen. Früher, ich kann mich erinnern, bevor du im Parlament warst, hast du gesagt, wir müssen jetzt mit allem aufhören, alles stehen- und liegenlassen. Ich finde es eine interessante Prioritätensetzung, dass man die CO₂-Senkung als wichtigstes Ziel anschaut und nun hätte man hier mal ein Projekt, bei dem man es konkret senken könnte und dann ergreift man das nicht aus irgendwelchen sonstigen, weil man sagt, wenn wir es hier nicht machen, dann passiert es in Aarau und dort zählt es nicht. Ich finde das eine sehr billige Argumentation. Und wenn es danach im Protokoll heisst, es gäbe einen Vogel, dann ist das nicht meiner.

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber: Es hat sich eine Fledermaus (kein Vogel) in den Saal verirrt. Ich schlage vor, wir machen jetzt Pause, in der Hoffnung, dass die Fledermaus in der Zwischenzeit den Ausgang findet.

15 Minuten Pause

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber: Das Problem mit der Fledermaus ist noch nicht gelöst, aber sie hat sich verzogen und wir hoffen, dass sie dortbleibt, bis unsere Sitzung zu Ende ist.

Christine von Arx (SP): Ich möchte euch einfach ein bisschen vor Augen führen, was ihr macht, wenn ihr diesen Beschlussesantrag annehmt. Wir hatten diese Volksabstimmung, welche man durchaus so verstehen kann, dass die Stimmberechtigten ein Krematorium wollten, auch wenn man strenggenommen eigentlich über eine Reglementsänderung abgestimmt hat. Nun kommt der Stadtrat mit zwei Varianten und das Parlament sagt, dass sie dem Volk die beiden Varianten gleichberechtigt zur Abstimmung stellen, macht damit, was ihr wollt. Damit stiehlt sich das Parlament eigentlich aus seiner eigenen Verantwortung, klare Geschäfte vorzubereiten und sich dazu zu positionieren und in einem solchen Fall auch selber zu einer Meinung kommen zu müssen, welche Variante das Parlament eigentlich vorzieht. Wir diskutieren hier zwischendurch jeweils auch, wie unsere Position gegenüber vom Stadtrat ist, und sind auch ab und zu unzufrieden mit unseren Einflussmöglichkeiten auf das politische Geschäft. Und daher finde ich es höchst problematisch, wenn man sich gerade bei einem solch wichtigen und emotionalen Thema wie einem Krematorium einfach aus der Verantwortung stiehlt und den Stimmberechtigten zwei Varianten vorlegt, ohne, dass man dazu Position bezieht. Dies einfach ein bisschen als Gedanke über die Rolle des Parlamentes in der Demokratie. Ich meine, wenn das unsere Ansicht ist, wie wir hier Politik machen, könnte man wirklich wieder eine Gemeindeversammlung einberufen.

Matthias Borner (SVP): In diesem Zusammenhang wollte ich nur rasch anfügen: Wie wollen wir es interpretieren, wenn die Vorlage abgelehnt wird? Wenn es ein Nein gibt. Was heisst das für die Zukunft des Krematoriums? Ich habe keine Ahnung. Denn das kann man in jede Richtung interpretieren.

Robin Kiefer (SVP): Einfach noch eine ganz konkrete Frage. Wie Matthias zuvor angetönt hat: Was genau passiert, wenn das Stimmvolk zweimal nein sagt. Also, zu beiden Varianten. Was ist das geplante Vorgehen?

Stadträtin Marion Rauber: Das ist eine gute Frage. Das Krematorium, es wurde heute bereits von jemandem erwähnt, ist eigentlich schon lange am Ende seines Lebenszyklus' angekommen. Wir haben das jetzt noch überbrückt. Wir mussten in der Zwischenzeit auch noch

Geld investieren, damit es läuft. Wir haben einen Grenzwert bei der Abluft, bei dem wir uns in einem Grenzbereich befinden, der nur noch toleriert wird, weil wir eine Lösung in Aussicht haben. Wir haben eine Betriebssicherheit, die nicht mehr immer gewährleistet ist. Und wir haben dort zum Teil unwürdige Arbeitsbedingungen für meine Mitarbeitenden. Also, es wird der Tag kommen, an dem wir das Krematorium stilllegen müssen, weil es nicht mehr verantwortbar ist, dass es weiterläuft. Wir haben noch ein Datum: Am 19. Januar findet noch ein Theater statt. Das heisst «Gestorben wird immer». Es gibt Aufführungen in verschiedenen Krematorien in der Schweiz, eine davon in Olten.

Nico Zila (FDP): Ich musste meine Gedanken noch ein bisschen reifen lassen zum Votum von Christine von Arx zuvor. Ich habe es bereits beim Rückweisungsantrag gesagt: Wir nehmen unsere Verantwortung als Parlament dann wahr, wenn wir inhaltlich diskutieren. Eine Rückweisung, eine Abschiebung der Arbeit zurück an den Stadtrat, ohne einen klaren Auftrag auf der einen Seite, auf der anderen Seite ist der Stadtrat ja auch nicht verpflichtet, die Aufträge einer Rückweisung 1:1 umzusetzen, erachten wir von Seiten der FDP nach wie vor für nicht sinnvoll. Wir haben mit dem Beschlussesantrag, der hier vorliegt - und ich glaube, die FDP-Fraktion ist auch nicht unter Generalverdacht in dieser Legislatur besonders stadtratnah zu sein - wirklich alle Optionen auf dem Tisch. Wer ein Krematorium will, der hat die Möglichkeit «ja» zu stimmen. Wer eine Sanierung der Abdankungshalle will, ich musste dort vor zwei Wochen an einer Veranstaltung teilnehmen, der kann sich für diese Option aussprechen. Wer zweimal «nein» stimmt, kann dies ebenfalls guten Gewissens tun. Und auch in diesem Fall ist das Reglement nach wie vor gültig. Das ist kein Bestandteil dieses Beschlusses. Nach wie vor hat die Stadt Olten auch bei einem doppelten Nein den Auftrag gemäss diesem Friedhof-Bestattungsreglement Kremationsdienstleistungen anzubieten. Und es ist dann die Aufgabe des Stadtrates aufgrund der Diskussionen von heute Abend, von den nächsten zwei Monaten, mit einer Vorlage anzukommen. So verstehe ich Demokratie. Und hier hat man eigentlich eine gute Chance. Ich möchte noch einmal sekundieren, was Andrea Walder für die FDP-Fraktion gesagt hat. Wir erwarten natürlich schon auch in der Abstimmungsbotschaft klare Aussagen zu den Fragen, die heute Abend von verschiedenen Parteien aufgeworfen wurden. Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger müssen wissen, was ein doppeltes Nein für den Stadtrat bedeutet. Da kann man dann die Antwort nicht hinauszögern. Man muss wissen, auf welchem Informationsstand die Nachbargemeinden sind und was man mit den Gebühren und dem Stellenetat gedenkt zu machen. Das sind sicher wichtige Fragen. Der Zeitplan ist sportlich und ich finde, es wurde heute viel vom Volkswillen gesprochen. Und Volkswillen heisst auch, diese Vorlage dann, wenn sie reif ist, möglichst rasch zur Abstimmung zu bringen. Eine Rückweisung heute Abend würde eine Verzögerung bedeuten. Ende 2024 bereits ein neues Krematorium zu haben, wenn man das will, ist für einmal vielleicht ein sehr ambitionierter Zeitplan des Stadtrates. Wir können dieses Vorgehen daher nur unterstützen.

Marc Winistörfer (SVP): Marion, du hast zuvor erwähnt, dass für deine Mitarbeiter, die im Krematorium arbeiten, die Arbeitsbedingungen nicht besonders gut sind. Das kann ich nicht beurteilen, aber ich glaube dir, wenn du sagst, dass dem so ist. Falls das Krematorium stillgelegt wird, was passiert dann mit diesen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die ihr dort habt?

Stadträtin Marion Rauber: Eigentlich reden wir jetzt hier über ein Investitionsvorhaben und nicht über Personalgeschäfte. Wir haben dies bei anderen, beispielsweise beim Schulhaus, auch so gehandhabt, dass wir das Investitionsvorhaben «Schulhaus» hatten, und die Personalgeschäfte, worüber ihr kürzlich befinden konntet, danach gekommen sind. Eigentlich kann man dies jetzt nicht zusammenpacken. Aber ich kann trotzdem etwas dazu sagen. Diese Frage kam nämlich bereits in der GPK auf. Es ist so: Aktuell sind wir so aufgestellt, dass wir zwei Mitarbeitende haben, die oben beim Friedhof arbeiten. Eine Person kümmert sich jeweils um die Kremationen. Es ist richtig, dass eine Stelle eigentlich dafür eingeteilt ist. Die andere Person kümmert sich um alle Abdankungen, alle Beerdigungen und das Friedhofsgebäude und den Bereich, der gerade im näheren Umkreis dieses Gebäudes liegt. Ihr wisst, unser Friedhof ist 100'000 m² gross. Es hat Wiesenflächen, Wald, Forst, Verkehrsflächen und Bestattungsflächen. Das heisst, ich liess mir das in der Vorbereitung auf dieses Geschäft noch

geben, wir haben zusätzlich zu diesen 200% noch 2845,43 Arbeitsstunden, die von den anderen Werkhofmitarbeitenden geleistet werden. Und das sind Sachen, wie zum Beispiel Unkraut jäten, das immer aufwändiger wird, da wir kein Gift mehr brauchen, der Unterhalt der Wege, aller Plätze, Pflege der Hecken und Sträucher. Es gibt zweimal pro Jahr – ich zähle absichtlich auf, damit ihr wisst, was dort alles abgeht – einen Wechselflor. Dann werden die Wiesen gemäht, es wird gewässert und die 250 Bäume werden gepflegt. Das wird (es ist eigentlich mehr als eine 100%-Stelle) aktuell vom Werkhof abgezogen, um dort oben zu helfen. Dies sind natürlich unterschiedliche Leute. Nun ist es so, dass wenn das Krematorium nicht mehr in Betrieb wäre, wir vorsähen (aber wie gesagt, das könnten wir dann in der Budgetdebatte diskutieren), dass sich diese zwei Mitarbeitenden dort oben weiterhin um den Friedhof kümmern, denn wir brauchen dort mindesten zwei Personen, welche die ganze Anlage unterhalten können. Und wir würden nicht vorsehen, dass wir eine Stellenreduktion machen. Und zwar aus dem Grund, wie ich es in der letzten Budgetdebatte schon gesagt habe, dass bei uns die Ansprüche immer mehr zunehmen, die Flächen nehmen zu, das Bevölkerungswachstum nimmt zu. Und ich wollte eigentlich bereits letztes Mal eine zusätzliche Stelle beantragen, habe dies dann im Sinne der Gesamtplanung nicht gemacht. Aber ich werde sicher auch keine Stelle abbauen, sollte es so weit kommen. Das ist meine Absicht, aber ihr habt ja dann dazu das letzte Wort. Reicht dir diese Antwort, Marc? Ich habe fast noch etwas vergessen. Etwas ganz wichtiges: Wir haben auf dem Friedhof 150 Gräber, die niemand pflegt. Zu welchen man schauen muss, weil diese sonst überwachsen und diese Pflanzen wachsen rüber zu den anderen Gräbern, welche schön gepflegt sind und diese Angehörigen hätten dann natürlich keine Freude. Also müssen meine Mitarbeiter dort noch 150 Gräber unterhalten.

Marc Winistörfer (SVP): Zu deiner Frage: Ja, es war ausführlich, vielen Dank. Aber ich sehe es politisch natürlich anders. Wenn man eine Leistung abschafft, kann man auch die Stelle abschaffen. Das ist eine politische Würdigung.

Schlussabstimmung

Mit 26 : 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen fasst das Parlament folgenden Beschluss:

1. Die beiden Varianten A) "Rückbau Ofenlinie und Instandstellung Hochbau mit Kosten von CHF 4'812'900.- (inkl. 8.1% MwSt., Kostenangaben +/-20%), verbunden mit der Anpassung des Reglements über das Bestattungs- und Friedhofswesen und der Gebührenordnung der Einwohnergemeinde Olten gemäss Ziff. 6, und B) «Ersatz Ofenlinie und Instandstellung Hochbau» mit Kosten von CHF 8'878'100.- (inkl. 8.1% MwSt., Kostenangaben +/-10%) werden dem Souverän zur Abstimmung unterbreitet.
2. Eine allfällige Bauteuerung nach dem Baupreisindex Hochbau, Espace Mittelland vom April 2023, Stand 113.7 Punkte / Basis Oktober 2020 des Bundesamtes für Statistik, gilt als mitbewilligt.
3. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Mitteilung an:
Direktionsleitende betr. Direktion(en)

AUSZUG

aus dem Protokoll
des Gemeindeparlamentes
der Stadt Olten

vom 20. September 2023

Prot.-Nr. 7

GEVER SaaS Stadt Olten, Zusatzkredit und laufende Kosten/Genehmigung

Sehr geehrte Frau Präsidentin
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Stadtrat unterbreitet Ihnen folgenden Bericht und Antrag:

1. Ausgangslage

In seinem Regierungsprogramm 2021-2025 hat der Stadtrat als Ziel festgelegt, wichtige Dienstleistungen online verfügbar und nach Möglichkeit mitverfolgbar zu machen. Eine der dazu aufgeführten Massnahmen besteht darin, bis 2025 eine Geschäftsverwaltungssoftware (GEVER) als ersten Schritt für den Prozess Stadtrats- und Parlamentsgeschäfte einzuführen (Massnahme VII.F). Beabsichtigt wird als erste Phase die Durchführung eines Pilotprojekts mit der Stadtkanzlei als Projektträgerin und dem Prozess Stadtratsgeschäfte – Parlamentsgeschäfte – Volksabstimmungen als Gegenstand, als zweite Phase dann der Rollout für die gesamte Stadtverwaltung.

Am 9. Januar 2023 wurde nach einer eingehenden Bedürfnisabklärung mit Unterstützung der Firma AWK Group AG (heute eraneos), Zürich, das Projekt GEVER SaaS (Software as a Service) Stadt Olten als webbasierte Lösung im Simap öffentlich ausgeschrieben. Aus der detaillierten Evaluation der eingegangenen fünf Angebote ging das Produkt eGeKo der Firma Ategra AG, Zürich, als Sieger hervor. Am 12. Juni 2023 erteilte ihr der Stadtrat – unter Vorbehalt der Kostengenehmigung durch die zuständigen Instanzen – den Zuschlag.

2. Projektumfang und -ablauf

Die Stadt Olten führt mit ihren rund 225 Mitarbeitenden Verwaltungsdienstleistungen in fünf Direktionen (Bau, Bildung und Sport, Finanzen und Dienste, Präsidium und Soziales) aus. Zurzeit arbeitet die Stadtverwaltung mit verschiedenen Datenablagen und Informationssystemen. Es bestehen eine neu ausgearbeitete IT-Strategie und Vorgaben zum Recordsmanagement. Die Stadt Olten hat zum Ziel, schrittweise eine verwaltungsweite elektronische Geschäftsverwaltungslösung (GEVER) als Software as a Service Lösung (GEVER SaaS) einzuführen. Durch die systematische Informationsverwaltung soll eine nachvollziehbare und transparente Geschäftstätigkeit sichergestellt und dadurch Rechtssicherheit gewährleistet werden. Die vier zentralen Anforderungen an die Aktenführung – Zuverlässigkeit, Authentizität, Integrität und Benutzbarkeit der Unterlagen – sollen durch ein benutzerfreundliches System unterstützt werden. Das GEVER-System soll den Lebenszyklus von Unterlagen gesamtheitlich abbilden.

In einer **Einführungsphase** (Grundleistungen GL1 und GL2) soll der Prozess der Stadtrats- und Parlamentsgeschäfte in einem Pilotprojekt der Stadtkanzlei ins GEVER überführt, die Sitzungs- und Protokollverwaltung für den Stadtrat übernommen und das bestehende Extranet des Stadtrates abgelöst werden. Weitere wichtige Stichwörter dieser ersten Phase sind Datenklassifizierung und Vorlagenmanagement. Beteiligt sind 25 Anwenderinnen und Anwender, neben der Projektleitung sowie der Stadtkanzlei und dem Stadtarchiv aus der

Direktion Präsidium gehören dazu auch je zwei Personen der anderen Direktionen, welche dadurch ihre Dokumente in den Prozess der Stadtrats- und Parlamentsgeschäfte einspeisen können. Die Inbetriebnahme ist bis 30.09.2024 vorgesehen; die Einführungsphase soll bis 31.12.2024 abgeschlossen sein.

In der **Ausbauphase** (OP1a, OP2a und OP2b – der ursprünglich geplante Zwischenschritt OP1b mit 200 Anwenderinnen und Anwendern wird übersprungen und ab dem Jahr 2 gleich auf 300 inkl. Parlament und Kommissionen erhöht) kommt es zum Rollout auf alle Direktionen. Zudem sind Weiterentwicklungen u.a. Richtung Sitzungs- und Protokollverwaltung für Kommissionen, Integration mit Kollaborationslösung, Datenaustauschplattform, Vertragsmanagement, digitaler Posteingang und Datenmigration geplant. Dafür muss ein neuer Vertrag unterzeichnet werden. Im Sinne der Transparenz und der Kontinuität, damit auf den Rollout nicht zu einem späteren Zeitpunkt aus Kostengründen verzichtet wird, werden die entsprechenden Kosten aber bereits zum heutigen Zeitpunkt aufgezeigt und beantragt. Da der Leistungsumfang noch nicht im Detail definiert ist, erfolgt dies mit einem Stundenpool mit entsprechendem Stundenansatz.

Die Mindestvertragsdauer für die erwähnten beiden Phasen beträgt fünf Jahre.

3. Personeller Ressourcenbedarf

Die Einführungsphase im 1. Jahr wird mit den bestehenden personellen Ressourcen innerhalb der Direktionen Präsidium (Stadtkanzlei und Stadtarchiv) und Finanzen und Dienste (Informatik) sowie mit Powerusern in allen Direktionen bewältigt. Beim Rollout auf die Gesamtverwaltung Anfang 2025 mit 300 Anwenderinnen und Anwendern genügen diese Ressourcen indessen nicht mehr, um ein einheitliches, koordiniertes Vorgehen in allen Direktionen zu gewährleisten, zumal es sich bei den Powerusern in der Regel um Personen handelt, die auch in anderen administrativen Bereichen eine zentrale Funktion ausüben. Vielmehr braucht es eine/n interne/n GEVER-Verantwortliche/n, der/die das Vorgehen koordiniert, als interne Ansprechstelle für die Userinnen und User für organisatorische, nicht informatik-spezifische Belange fungiert und für die Schulung neuer Mitarbeitender sorgt.

Aus heutiger Sicht ist vorgesehen, die GEVER-Verantwortung in der Stadtverwaltung Olten mit der Leitung Stadtarchiv zu kombinieren, die aktuell mit 40 Stellenprozenten dotiert ist und deren Stelleninhaberin die erforderlichen Kenntnisse aufweist. Dies würde zudem erlauben, in beiden Teilbereichen – Stadtarchiv und GEVER-Verantwortung – in Kombination eine hohe bzw. im Falle des Stadtarchivs höhere Präsenz zu gewährleisten. Im Erfahrungsaustausch mit der Lieferfirma konnte daher der zusätzliche Stellenbedarf für die GEVER-Verantwortung auf 40% eingegrenzt werden. In die Finanzplanung wurde dementsprechend ab 2025 ein 40%-Pensum in Lohnklasse 21 aufgenommen. Aus Transparenzgründen wird dieses dem Parlament bereits zum heutigen Zeitpunkt im Rahmen des Gesamtprojektes zum Entscheid unterbreitet. Der exakte Aufgabenbeschrieb wird unter Einbezug der Erkenntnisse aus der Einführungsphase im Laufe des kommenden Jahres definiert. Dazu gehören aus heutiger Sicht folgende Aufgaben:

- Ansprechstelle für Userinnen und User für organisatorische Belange im Zusammenhang mit GEVER SaaS Stadt Olten
- Sicherstellung des internen, einheitlichen Knowhows betreffend GEVER Saas Stadt Olten (Weiterbildung), Betreuung Poweruser
- Schulung neuer Mitarbeitender
- Initiierung und Betreuung der Weiterentwicklung in Zusammenarbeit mit Lieferfirma
- Koordination mit «Nachbarprojekten» wie Langzeitarchivierung etc.
- Berichterstattung zuhanden Direktionsleitung

4. Finanzielle Auswirkungen

Folgende Kosten fallen für den Betrieb GEVER SaaS Stadt Olten an:

a. Einmalige Kosten zulasten Investitionsrechnung (Konto 0227.5200.000):

GL 1	einmaliger Einführungsaufwand	1. Jahr	30'000.00
GL 2	Lizenzen für 25 Anw. (516.- pro Anw.)	1. Jahr	12'900.00
OP1a	einmaliger Einführungsaufwand	2. Jahr	31'000.00
OP2a	Weiterentwicklung (Pool von 600 h)	2. Jahr	95'520.00
Total exkl. Mwst.			169'420.00
Total inkl. Mwst.			183'143.00

b. Wiederkehrende jährliche Kosten zulasten Laufende Rechnung (Konten 0224.3118.00 bzw 0227.3010.00 und 0227.3930.99):

OP2b	Lizenzen für 300 Anw. (282.- pro Anw.) inkl Mwst.	Ab 2. Jahr	91'452.00
	Personalkosten 40% in LK 21		53'000.00
Total inkl. Mwst.			144'452.00

Da die Ausschreibung erst Anfang 2023 erfolgte und die Kostenfolgen somit im Zeitpunkt der Erstellung des Budgets 2023 nicht abgeschätzt werden konnten, ist ein Zusatzkredit zugunsten Konto 0227.5200.000 erforderlich, damit die Umsetzungsarbeiten umgehend nach Ablauf der Referendumsfrist beginnen können.

Beschlussesantrag:

I.

1. Für die Einführung von GEVER SaaS Stadt Olten (Phasen GL1, GL2, OP1a, OP2a und OP2b) werden ein Zusatzkredit von CHF 183'143.00 zu Gunsten Konto 0224.5200.000 IR sowie laufende Kosten von CHF 91'452.00 zu Gunsten Konto 0224.3118.00 (Lizenzen) und CHF 53'000.00 zu Gunsten Konto 0227.3010.00 und 0227.3930.99 (Personalkosten, ab 2025) genehmigt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I.1. dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

- - - -

Der vorliegende Bericht und Antrag wurde den Parlamentsmitgliedern zusammen mit der Zustimmungserklärung der Geschäftsprüfungskommission zugestellt.

Beschluss

Einstimmig wird Eintreten beschlossen

Lukas Lütolf, GPK: Die GPK war sich grundsätzlich einig, dass eine verwaltungsweite elektronische Geschäftsverwaltungslösung heutzutage Standard sein muss und steht daher

der GEVER-SaaS-Lösung offen gegenüber. Es wurden aber sowohl Unklarheiten zum Prozess als auch zu technischen Inhalten aufgeworfen. So kam auf Nachfrage heraus, dass der Verzicht der ursprünglich geplanten 200 Lizenzen in den Verhandlungen mit diversen Anbietern entstanden ist und der Preisunterschied aufgrund sinkender Lizenzpreisen bei wachsender Anzahl marginal ist. Ebenfalls diskutiert hat man, in wie fern die beantragten 40 Stellenprozent in der Stadtarchivleitung für eben diese GEVER-Verantwortung einer effektiven Effizienzsteigerung im Verwaltungsprozess gegenübersteht. Eine Mehrheit der GPK liess sich dabei jedoch von der Feststellung überzeugen, dass die erwartete Effizienzsteigerung auf die ganze Verwaltung verstreut schwer bezifferbar und möglicherweise durch neue Ansprüche von aussen kompensiert wird. Ein entsprechender Rückweisungsantrag wurde daher abgelehnt. Die GPK hat sich auch mit dem zukünftigen Nutzen von GEVER für uns hier im Parlamentsbetrieb in Form einer erleichterten Sitzungsvorbereitung, und dann auch am Sitzungsabend selbst, auseinandergesetzt. Datenschutztechnisch scheint an der Vorlage aus Sicht der GPK nichts auszusetzen zu sein, weil dieser aufgrund vieler übergeordneten Reglementen bereits in der Ausschreibung sichergestellt wurde. Als grosser Diskussionspunkt hat sich das zukünftige Format der Dateien herausgestellt, welche nicht in einem Open-Source-System laufen werden. Es wird eine starke Abhängigkeit im Fall einer Vertragsauflösung mit dem ausgewählten Anbieter befürchtet. Eine Mehrheit der GPK hat sich jedoch davon überzeugen lassen, dass im Vertrag Details über eine potentielle Ablösung genügend stark fixiert sind. Aufgrund all dieser Überlegungen empfiehlt euch daher eine Mehrheit der GPK den Antrag des Stadtrates für den Zusatzkredit für die Einführung von GEVER-SaaS zur Annahme.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Besten Dank dem GPK-Sprecher für diese ausführlichen Ausführungen zu diesem vorliegenden Geschäft. Eigentlich gibt es dazu nicht so viel zu ergänzen. Aber ich möchte trotzdem noch ein paar Punkte unterstreichen. Die Digitalisierung schreitet voran. Ja, wir haben es heute am Lehrerinnen- und Lehrertag in der Stadthalle mit 2300 Besucherinnen und Besuchern gesehen. Wir haben uns über die neuesten informatischen Mitteln, aber auch mit der Generation Z, die im Umgang sehr versiert ist, auseinandergesetzt. Und auch die Ansprüche an die Verwaltung, gerade jetzt nach der Pandemie, nach mehr Online-Dienstleistungen, nimmt zu. Und wir möchten und wollen diesem Anspruch auch gerecht werden. Es geht nicht nur um Servicequalität (das ist gegen aussen natürlich der Punkt), es ist auch Sicherheit, Transparenz und Integrität, welche wir erhöhen möchten. Heute ist es so, dass Dokumente auf dem Laufwerk überschrieben werden. Das mag bequem sein für den Benutzer und die Benutzerin, aber ist sicher sehr gefährlich, wenn man alte Dokumente im Format Word, wenn man sie denn noch überschreiben kann, in dem Sinn dann vernichtet. Die heutige Ablage in der Dateistruktur auf den Platten im Serverraum ist unsicher und wir möchten hier einen Schritt machen im Sinn einer transparenten Abwicklung auch von den Geschäftsvorfällen, die wir in der Stadtverwaltung haben. Und es sind natürlich verschiedenste Geschäftsvorfälle. Es sind Anfragen, Bewilligungen, Anträge über alle Direktionen und Abteilungen hinweg. Und wir möchten mehr Sicherheit in einem Geschäft haben und auch die Nachverfolgbarkeit gewährleisten. So, wie man es kennt, wenn man Güter zu sich nachhause bestellt. Man weiss, wann man den Bezahlungsprozess gemacht hat, man sieht, ob es parat ist, ob es unterwegs ist. Ich kann es vielleicht sogar noch steuern, wann der Brief oder das Paket ankommen soll. Dies ermöglicht die neue Geschäftsverwaltung. Die Daten werden nicht mehr hier im Haus geführt, das ist so. Aber es werden auch nicht alle Daten ausgelagert. Wenn man diesen Schnitt macht, werden neue Daten dann in dieser Cloud aufbewahrt und nicht die ganzen Bestände, die man über die letzten Jahrzehnte gehabt hat. Wir möchten euch vorschlagen, diese Kosten zu bewilligen. Das sind einerseits die einmaligen Kosten, welche in Umfang von CHF 183'000 aufgeführt sind und, wie es erwähnt wurde, gibt es auch wiederkehrende Kosten. Wir brauchen dort auch etwas Personalkostenanteil, um das ganze System zu betreuen, und auch um die entsprechenden Mitarbeiter im täglichen Umgang unterstützen zu können. Daher haben wir direkt auch aufgeführt, wie viel es ausmacht. In diesem Sinne wäre es wenig sinnvoll, einen Pilot zu machen, wenn man sagt, man will diese Kosten nicht. Wir haben es nun transparent aufgeführt. Wir möchten auch die Lizenzen in einem Schritt für alle Anwenderinnen und Anwender beschaffen. Auch für euch als Parlaments- oder Kommissionsmitglieder. Heute seid ihr noch ganz unterschiedlich unter-

wegs, sei es mit Papier, sei es mit E-Mail. Nachher gäbe es die Möglichkeit, dass ihr auch eine webbasierte Lösung habt. Dass ihr nachschauen könnt, welchen Status die Geschäfte haben und dass wir vom Papier wegkommen, so, wie es viele von euch heute schon machen. Wir sind überzeugt, dass wir mit diesem Schritt in Richtung digitale Verwaltung gehen. Es gibt noch viel zu machen. Immerhin gibt es schon den E-Umzug. Das ist etwas, das sehr geschätzt wird. Und gibt natürlich auch mehr Effizienz und Sicherheit, wenn wir hier digital unterwegs sind. Wir hatten verschiedene Unternehmungen eingeladen. Es war eine Ausschreibung im Simap. Die entsprechenden Firmen wurden begutachtet. Wir haben uns bei diesem Prozess auch extern beraten lassen. Wir würden mit dem Pilot zu Beginn mit den internen Ressourcen starten. Also, aus der Kanzlei und aus dem Stadtarchiv für die ersten 25 Anwender. Aber nachher müssten wir 300 Lizenzen haben und auch etwas Unterstützung. Es wurde gefragt, ob man das irgendwo einsparen kann. Es ist so eigentlich nicht gedacht. Es ist auch schwierig. Es gibt vielleicht bei diesen 200 bis 300 Mitarbeitenden eine Steigerung von vielleicht einem halben Prozent oder einem Prozent. Man ist in einem Bereich schneller, man ist in einem Bereich sicherer. Aber es ist nicht so, dass man sagen kann, dass diese 40%, die wir hier zusätzlich brauchen, in der Einwohnerkontrolle wegfallen, oder sie fallen im Steuerbezug weg. So kann man es nicht sehen. Aber es gibt bestimmt mehr Sicherheit, es gibt mehr Effizienz, es gibt mehr Transparenz mit diesen Kosten. Voilà, das ist das, was der Stadtpräsident zu einem solchen Projekt sagen kann. Es ist im Präsidium angesiedelt. Es ist kein IT-Projekt. Es ist ein Organisationsprojekt und daher haben wir es auch in diesem Sinn zu verantworten. Aber die zuständigen Fachleute aus der IT/Informatik waren natürlich dabei. Auch in der Evaluation der Lösung und in der Umsetzung dieses Vertragswerkes. Ich glaube, ihr habt es noch bekommen, zumindest die GPK-Mitglieder, wie die Bedingungen sind. Dann auch, was bei einem Ausstieg wäre. Wir wollen natürlich grundsätzlich erstmal einsteigen. Natürlich muss man den Ausstieg auch regeln. Aber wir möchten jetzt vor allem einsteigen und diese fünf Jahre (die es, glaube ich, sind) mit der Ategra arbeiten. Wir haben natürlich auch Referenzen eingeholt. Aarau hat ein ähnliches System eingeführt, das sich bewährt und wir sind überzeugt, dass es auch in Olten sinnvoll ist.

Timo Probst, Fraktion SP/JSP: Die Digitalisierung ist auch im Stadthaus angekommen. Als ich hier im Parlament frisch gestartet bin, habe ich mich noch gewundert, wie ich wohl zu all diesen Unterlagen komme und einen Überblick über die aktuellen Geschäfte habe. Spätestens beim ersten Transferlink auf meinem Mail, war mir das dann auch klar. So füllt sich nun meine Festplatte mit PDFs, bis sie dann wohl irgendwann voll ist. Der Stadtrat will eine Software einführen. Unsere Fraktion hat die Ausführungen zur Kenntnis genommen und stimmt diesem Anliegen grundsätzlich zu. Wir sehen den Bedarf, ein neues digitales Werkzeug anzuschaffen. Eine geordnete Dokumentenführung bringt langfristig weniger Probleme in der Versionierung und erlaubt den verantwortlichen Personen, dass sie immer über den aktuellen Stand eines Dokuments oder Geschäfts informiert sein können. Einsicht in diese Dokumente ist dann über ein zentrales System geregelt. Die Fraktion SP/JSP begrüsst weiter, dass ein Produkt eines Schweizer Unternehmens in die engere Auswahl gekommen ist, das in ähnlich grossen Gemeinden im Kanton Solothurn, zum Beispiel in der Stadt Grenchen, bereits eingesetzt wird. Konkret sind in der Fraktionssitzung zwei Sachen ein bisschen kritisch beäugt worden. Erstens wehren wir uns gegen einen Leistungsabbau im Stadtarchiv. Wir möchten nicht Kenntnis davon bekommen, dass Anfragen und Arbeiten von historisch tätigen Menschen auf die lange Bank geschoben werden müssen, weil die aktuelle Stadtarchivarin gerade First-Level-Support im GEVER-System macht. Der Stadtpräsident Thomas Marbet hat uns aber versichert, dass es dazu nicht kommen wird. Der zweite kritische Punkt ist die Frage der Datensicherheit. Das ist 2023 wichtiger denn je. Das wissen wir alle. Da haben wir aber auf Seite 9 im Ategra-Bericht gesehen, dass sich offenbar die Firma BEDAG um die Infrastruktur hinter «eGeKo» kümmert. BEDAG verfügt gemäss eigenen Informationen über zwei georedundante Rechenzentren in der Schweiz mit neuesten Sicherheitsanforderungen (dies entnahm ich der Webseite) und hat in ihrem Kundenportfolio bereits einige öffentliche Verwaltungen wie zum Beispiel der Kanton Bern. Ich danke daher, dass auch diese Bedenken unbegründet sind. Wir halten darum noch einmal fest, dass wir dem Anliegen des Stadtrates und dem entsprechenden Zusatzkredit zustimmen werden.

Rückweisungsantrag Fraktion Mitte/GLP/EVP

Thomas Kellerhals, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Die Fraktion Mitte/GLP/EVP möchte zu diesem Geschäft gerne einen Rückweisungsantrag stellen. Rückweisungsanträge eignen sich dann gut, wenn die Stossrichtung eigentlich klar ist. Das hat Lukas Lütolf schon gesagt, wie es auch in der GPK besprochen wurde. Für uns ist das auch so, aber es gibt hier noch zu viele Pferdefüsse, die wir eigentlich so nicht akzeptieren können. Hier unsere Begründung: Eine Investition ist eigentlich definiert als eine finanzielle Ausgabe, die getätigt wird, in der Hoffnung, dass man dann in der Zukunft einen grösseren Nutzen daraus hat. In dieser Vorlage werden die Kosten sehr deutlich ausgewiesen. Also, was jetzt und vor allem auch später als wiederkehrender Betrag bezahlt werden muss, aber eigentlich ohne konkreten Nutzen. Dieser bleibt für uns sehr schwammig. Irgendwo ginge es dann schon «ringer», könnte man sagen und wird auch gesagt. Eine gängige Erfahrung ist aber, dass die Einführung von solch neuen, digitalen Instrumenten nicht immer den Effekt haben, sondern unter dem Strich den Leuten manchmal sogar mehr zu tun gäben. Bei den wiederkehrenden, jährlichen Kosten macht aus unserer Sicht die geplante 40%-Stelle keinen Sinn. Natürlich braucht es einen gewissen Einführungsaufwand, aber dass dann diese 40% Fixstelle dann wahrscheinlich bis zum St. Nimmerleinstag bestehen bleibt, das stösst bei uns ehrlich gesagt auf Unverständnis. Am Anfang gibt es bestimmt etwas mehr Aufwand, bis die Leute das System begriffen haben, aber doch nicht gleichbleibend konstant eigentlich bis auf ewig. Wir könnten uns beispielsweise einen aufwandbezogenen Wartungsvertrag mit dieser Zulieferfirma vorstellen, der erst dann zum Einsatz kommt, wenn es auch wirklich nötig ist. Wenn ein neues Unterstützungssystem nicht zu einem grossen Grad selbsterklärend ist, dann ist das neue IT-System vielleicht doch nicht die ganz richtige Lösung und nicht up to date. Es sollte doch den Menschen unterstützen und nicht zusätzlich belasten. Deswegen sollte, falls diese 40%-Stelle wirklich als nötig angeschaut wird, zumindest bei einer anderen Stelle kompensiert werden. Zudem ist bei uns auch Unverständnis aufgekommen, dass diese Stelle beim Archiv angegliedert werden soll. Im Archiv, wo eigentlich Fähigkeiten von Historikern gefragt sind und nicht unbedingt IT-Schulungsfähigkeiten. Für uns passt dieser Match «Archiv – IT-Schulung» eigentlich gar nicht. Und vielleicht noch ein Vergleichswert von Kanton. Dort gibt es ja auch eine Art GEVER. Dort wird es von einer 60%-Stelle betreut und ist sicher nicht bei einem Historiker angesiedelt. Und der Kanton ist dann doch eine etwas andere Schuhnummer als unsere Gemeinde. Ein weiterer Punkt, den wir nicht verstehen: Auch bei der Anzahl der benötigten Lizenzen sind wir eigentlich nicht einverstanden. Die Anwenderzahl soll nach der Einführung bei 300 Lizenzen liegen. Thomas hat es gesagt, inklusive Parlaments- und Kommissionsmitglieder. Nun, ich weiss nicht, aber, wenn ich meine Frau zuhause fragen würde, gibst du mir CHF 282 für eine Lizenz, damit ich den Zugang zu diesem Verwaltungssystem habe, würde sie mich wohl etwas schräg anschauen und mich zuerst einmal fragen, ob ich das wirklich brauche. Ich habe sonst eine liebe Frau, die mir viele Wünsche erfüllt, aber ich bin ja selber nicht davon überzeugt, dass ich das wirklich brauche. Nun könnte man sagen, es ist ja nicht meine Frau, welche die CHF 282 für meinen Zugang bei der Stadt bezahlen müsste. Aber eigentlich ist es dasselbe. Meine Frau zahlt sicher etwas mehr als CHF 282 Steuern, aber jeder dieser Steuerfranken, der hineinfliesst, muss sie auch zuerst erarbeiten. Also, sie würde also ca. einen Tag pro Jahr für mich oder uns aller Parlamentarier arbeiten, damit einer von uns einen solchen Zugang bekäme, den wir vielleicht gar nicht wirklich brauchen. Ich glaube, das würde sie stören und sie wäre auch nicht die einzige, die das stört. Das stört auch Erwin Huber oder Rita Müller, frei erfundene Namen, sonstige Steuerzahler, die dann diese CHF 282 einmal pro Jahr für uns zahlen müssen und einmal pro Jahr, in diesem Sinne, für uns einen Tag arbeiten müssten. Man kann sagen, bei unserem Gesamtbudget ist dies eine Lappalie. Aber es bleibt dabei: Die Steuerzahler arbeiten dann für uns eine gewisse Zeit, damit wir diesen Zugang bekämen. Nun, ich habe es gesagt, gegen die Grundrichtung kann man eigentlich nicht sein. Wir sind ja auch nicht von vorgestern. Ich als ältester der Fraktion könnte man vielleicht noch als IT-Gruffti bezeichnen, aber die anderen konnten mich natürlich davon überzeugen, dass es immer wieder Veränderungen in der Technologie gibt und dass ein gutes Verwaltungssystem eigentlich nötig ist. Deswegen, wie gesagt, wollen wir den Antrag eigentlich nicht ablehnen, sondern rückweisen. Und zwar mit der Chance und mit dem Auftrag zur Bearbeitung dieser

genannten Punkte, also, vor allem im Bereich dieser wiederkehrenden Kosten. Meine Frau und andere Steuerzahler wären dankbar, wenn ihr diesem Rückweisungsantrag folgt.

Manuela Höfler, Fraktion GO/JGO: Zuerst etwas Grundsätzliches: Es wäre super, dass wenn ihr Rückweisungsanträge habt, ihr diese einige Tage vorher verschickt. Dann können sich alle eine fundierte Meinung bilden. Sonst ist es eher ein bisschen ein politisches Schaulaufen. Denn hier ist es sonst kurzfristig sehr schwierig zu entscheiden. Wenn ihr es wirklich seriös abgeklärt haben wollt und wenn ihr andere dabei haben wollt... Das ist so mein Grundsatzding. Sorry, das war jetzt nicht konkret zum Rückweisungsantrag. Aber ich finde das noch hilfreich. Nun würde ich noch für die Fraktion sprechen und nur zum Rückweisungsantrag. Wir sind nicht für den Rückweisungsantrag. Es gibt so viele Gründe, die ich jetzt aufführen könnte. Und ich frage mich jetzt ehrlich gesagt, ob ich gleich mein Fraktionsvotum halten soll. Aber einen Punkt kann ich speziell herausheben: Thomas Kellerhals, du hast gesagt, ihr seid irritiert, dass es bei der Archivstelle angesiedelt werden soll. Zufällig habe ich über zehn Jahre beim Bundesarchiv gearbeitet und kann dir sagen: Es ist eine alte Vorstellung, dass nur Historikerinnen und Historiker im Archiv arbeiten. Eigentlich sind es Aktenspezialisten. Also, wie man heute Records Management betreibt. Und es ist ganz wichtig, dass diese Leute eben in die Verwaltung gehen, und es ist super, dass ihr nun quasi versucht, dies zusammenzubringen. Denn am Schluss müssen ja diese digitalen Dokumente so vorliegen, dass man sie auch archivieren kann. Und deswegen muss man von Anfang an beim Aktenzyklus mit den Leuten der Verwaltung zusammenarbeiten, damit es in einer Struktur daherkommt, in welcher es wieder auffindbar sein wird und in einem Format ist, in welchem man es über lange Zeit archivieren kann usw. Also, das ist eigentlich etwas, das man heute so macht. Der Bund macht das so, und hoffe auch der Kanton. Wobei ich das beim Kanton Solothurn persönlich nicht weiss. Ich glaube, den Rest kann ich sonst später sagen.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Ich spreche für meine Fraktion zum Rückweisungsantrag. Es geht euch ja vor allem um diese Stelle, wenn ich es richtig verstanden habe. Ich arbeite bei einer IT-Firma. Wir haben diverse Kunden. Es gibt bei uns auch Kunden, die finden, Support brauchen wir nicht. Bzw. sie kaufen diesen Support dann bei uns ein. Das sind die einträglichsten Kunden, denn diese haben normalerweise keinen Plan und kommen wegen allem zu uns und bezahlen es viel teurer, als wenn sie intern jemanden hätten, der einerseits den Betrieb kennt und andererseits den Leuten helfen kann, die Tools, die sie haben, optimal einzusetzen. Also, Geld auszugeben für ein Tool, ohne eine entsprechend Supportstruktur zu haben, ist Geldverschwendung. Und das macht der Stadtrat aber nicht, sondern er sagt, dass es innerhalb der Stadtstruktur jemanden geben wird – und hier finde ich 40 Stellenprozente wohl eher knapp gerechnet –, der schaut, dass wir diese Software, die nicht superbillig ist, auch optimal einsetzen können. Das ist ideal investiertes Geld. Und darum nein, das müssen wir nicht zurückweisen. Es ist super, dass es so ist.

Robin Kiefer, Fraktion SVP: Die SVP-Fraktion begrüsst grundsätzlich die Idee und das Bestreben vom Stadtrat, die Digitalisierung in der Stadtverwaltung voranzutreiben und zu fördern. Gemäss den Ausführungen des Stadtrates sollte mit dieser Geschäftsverwaltungssoftware GEVER eine systematische, umfassende und transparente Informationsverwaltung dieser entsprechenden Geschäfte erreicht und sichergestellt werden. Grundsätzlich ein sehr begrüssenswertes Anliegen. Um diese Bestrebungen dann in die Tat umsetzen zu können, wie der Stadtrat im Bericht und Antrag entsprechend auflistet, werden dann Investitionen in Form eines Zusatzkredits ausserhalb des regulären Budgets notwendig. Aus unserer Sicht ist es bei solchen Investitionen in die Digitalisierung, Vereinheitlichung und Optimierung von Prozessen aber zwingend notwendig, dass am Schluss dann auch ein Output in Form von Einsparungen im Bereich Aufwände oder Kosten resultieren können. Das ist bekanntlich auch einer der Hauptgründe für die Digitalisierung, damit eben entsprechende Ressourcen eingespart oder anderweitig verwendet werden können. Leider lesen wir aber in diesem vorliegenden Bericht und Antrag wenig bis gar nichts betreffend geplanten Ressourceneinsparungen und Effizienzsteigerungen. Für uns als Fraktion wäre das aber zwingend notwendig, um beurteilen zu können, ob sich denn die ganzen Investitionskosten für dieses Projekt schlussendlich

lohnend und auszahlen. Und aus diesem Grund werden wir den Rückweisungsantrag der Fraktion Mitte/GLP/EVP unterstützen.

Nico Zila, Fraktion FDP: Die FDP-Fraktion ist betreffend diesen Rückweisungsantrag unterschiedlicher Meinung. Das darf man zwischendurch auch sein. Wir anerkennen den Bedarf einer Geschäftsverwaltungssoftware. Das ist absolut unbestritten. Es war bereits Thema. Ich erinnere mich zurück an die Zeiten als Olten SüdWest und dieser Verkaufsvorgang analysiert und aufgearbeitet wurde. Bereits vor 12 bis 13 Jahren hat man festgestellt, dass eine solche Lösung in der Stadt Olten an sich von Nöten wäre. Die FDP-Fraktion anerkennt auch im Sinn der Ausführung des Fraktionssprechers von Olten jetzt!, dass eine solche Supportstelle sicher sinnvollerweise verwaltungsintern angesiedelt wäre, wo Kenntnisse der betrieblichen Abläufe vorhanden sind, wo man die Person auch kennt und weiss, wann sie wie und wo zu erreichen ist. Ein Teil unserer Fraktion ist allerdings der Ansicht, dass es widersinnig ist, in einem Digitalisierungsprojekt nicht nur keine Effizienzgewinne zu schaffen, sondern sogar eine neue Verwaltungsstelle zu kreieren. Für andere überwiegt der Nutzen der Lösung, die der Stadtrat vorschlägt.

Timo Probst, Fraktion SP/JSP: Ich habe mein Votum ja bereits gehalten. Ich möchte einfach noch kurz festhalten, dass es einfacher gewesen wäre, sich ein Bild zu machen, wenn der Rückweisungsantrag ein bisschen früher gekommen wäre. Ich hoffe, ich kann jetzt hier für meine Fraktion sprechen, wenn ich sage, dass wir diesen Rückweisungsantrag sehr wahrscheinlich einstimmig ablehnen werden.

Beschluss

Mit 24 : 11 Stimmen bei 2 Enthaltungen wird der Rückweisungsantrag abgelehnt.

Fortsetzung ordentliche Beratung

Manuela Höfler, Fraktion GO/JGO: Wir sind froh, dass die Stadt mit diesem Geschäft vorwärtsmacht. Eine digitale Geschäftsverwaltung ist ein essentielles Element für einen einheitlichen Umgang mit Informationen und eine Grundlage für eine transparente und nachvollziehbare Verwaltungs- und Regierungsarbeit. Danken möchten wir an dieser Stelle ganz besonders der GPK, die wichtige Elemente im Vorfeld dieser Beschaffung abgeklärt hat, und für unsere Entscheidungsfindung zu diesem Geschäft zentral waren. Aus unserer Sicht hätte man diese Beschaffung schon vor Jahren tätigen sollen. Auch der Vorgänger der aktuellen Stadtarchivarin hat das Wissen dazu mitgebracht. Es ist im Jahr 2023 nicht nur ein Reputationsrisiko, wenn man als Stadt noch kein Geschäftsverwaltungssystem hat, sondern auch ein Geschäftsrisiko. Doppelspurige Aktenführung, digitale Dokumente, analoge Ablagen und am Ende des Geschäftszyklus' eine analoge Archivierung bedeuten unnötigen Mehraufwand bei der Geschäftsbearbeitung und birgt auch aufgrund der Medienbrüche das Risiko von Informationsverlusten. Der Effizienzgewinn bei der Einführung der digitalen Geschäftsverwaltung ist nicht so einfach zu beziffern, wie es manche gerne hätten. Am Anfang ist besonders bei der Umstellung erfahrungsgemäss ein Mehraufwand zu verzeichnen. Zum einen muss man aus der analogen Welt übersetzen, was man physisch mit Papier gemacht hat, hin ins digitale und man muss die Abläufe neu definieren. Zum anderen müssen die Leute das System einfach auch lernen. Nach der Einführungsphase spart man aber durch die Vermeidung von Medienbrüchen durchaus Zeit. Man muss nicht mehr ausdrucken, ablegen, Papier-dossiers kopieren, verteilen, schauen, dass jeder jeden Schnipsel hat usw. Trotzdem benötigt man – und das ist mir sehr wichtig – für eine saubere und rechtmässige Aktenführung immer einen gewissen Aufwand, egal, ob auf Papier oder digital. Der Effizienzgewinn entsteht vor allem durch das einfachere Handling online, wobei besonders die vereinfachten Schnittstellen und die schnellere Abwicklung von Amtsgeschäften ins Gewicht fallen dürften. Und im Idealfall würde die gewonnene Zeit, welcher jeder einzelne einspart, weil er eben nicht mehr ausdrucken muss und so weiter, in die Qualität der Sachbearbeitung investiert. Und das ist ja etwas, das wir uns alle wünschen würden. Wichtig für eine erfolgreiche Umstellung ist, dass diese zusätzlichen Stellenprozente vor Ort eingesetzt werden müssen. Das heisst, die zuständige Person muss Unterstützung bieten fürs Definieren dieser neuen Prozesse. Man muss

prüfen, wie die Abläufe aus dem Analogen ins Digitale übertragen werden können. Und nur, wenn man das sauber macht, spart man am Schluss tatsächlich Zeit ein. Es sind also nicht nur die technischen Schwierigkeiten, also Supportanfragen, die sich stellen werden, sondern man muss sich mit diesem Systemwechsel wirklich auseinandersetzen. Es sind Fragen rund um die Organisationskultur, die man aktiv begleiten muss. Und dazu gehört zum Beispiel, dass man sich an die grössere Transparenz auch innerhalb der Verwaltung gewöhnen muss, oder anders gesagt, es braucht eine Vertrauenskultur, damit das System von den Leuten auch umfassend genutzt wird, damit es dann am Schluss wirklich eine gewinnbringende Investition wird. Wir sehen die Beschaffung einer solchen Geschäftsverwaltungssoftware als essentiellen Schritt, um die Digitalisierung der Stadtverwaltung voranzubringen und werden daher dafür stimmen.

Philippe Ruf, Fraktion SVP: Ich weiss, ich mache das nicht zum ersten Mal. Aber jedes Mal, wenn wir die Budgetdebatte und den Finanzplan haben, versichert uns der Stadtrat, wie knapp er budgetiert hat und wie fest er sich Mühe gibt, unsere Finanzen im Lot zu halten. Wenn ihr ein Budget macht und danach mit einem Zusatzkredit über CHF 300'000 kommt und nachher noch die laufenden Kosten dazukommen, werdet ihr so die Finanzziele nicht erreichen. Und ich finde es schon im Grundsatz – entschuldigt die Ausdrucksweise – finanzpolitischer Quark. Wenn ihr Zusatzkredite in einer solchen Höhe genehmigen wollt, entfernt ihr euch in riesigen Schritten von den Finanzzielen, die ihr uns versprochen habt und ihr agieren wollt. Erstens müsstet ihr es ganz normal ins Budget aufnehmen und sicher nicht über einen solchen Zusatzkredit. Und zweitens müsste man offenlegen können, wie man diese Kosten entgegen wieder ausgleichen könnte. Und beides scheint nicht der Fall zu sein. Von dem her, an alle, die hier immer sagen, sie wollt zu unseren Finanzen Sorge tragen: Schon nur aus diesem Grundsatz müsste man dieses Geschäft ganz klar ablehnen.

Thomas Kellerhals, Fraktion Mitte/GLP/EVP: Ich habe die Argumente eigentlich schon gebracht und nun kann man sagen, was wiegt schwerer. Bei uns wird die Mehrheit unserer Fraktion in diesem Sinn diesen Antrag ablehnen. Einfach, weil die langfristigen, negativen Folgen für unser Budget jetzt stärker gewichtet werden, als der Nutzen, den wir daraus sehen.

Simone Sager-Roth, Fraktion FDP: Ich habe kein einfaches Fraktionsvotum, weil wir zu diesem Antrag wirklich eine geteilte Meinung haben. Als ich ihn gelesen hatte, musste ich sagen, wow, die Stadt Olten wagt endlich den Schritt in die Digitalisierung. Es gibt Städte im näheren Umfeld, die das schon länger haben. Vielleicht wissen es hier einige im Saal, ich arbeite bei der Stadt Aarau. Wir haben dieses System seit drei Jahren in Betrieb. Direkt vor Corona. Diese Digitalisierung hat gewisse Vorteile. Klammer geschlossen. Daher ist bei uns die Meinung nicht ganz gleich. Die Kosten sind immer ein Thema. Ich gehöre auch immer zu jenen, die sagen, wir müssen Kosten sparen, wir müssen Kosten im Griff behalten können. Aber ich kann mir vorstellen, als vor dreissig oder sogar vierzig Jahren – sagen wir vierzig Jahre – hier im Stadthaus der Entscheid gefällt wurde, von der Schreibmaschine auf den Computer umzusteigen, hat es auch geheissen, das braucht es nicht, das brauchen wird nicht. Die Digitalisierung ist und bleibt nicht günstig. Und es ist etwas, das einfach kommen wird, das früher oder später für alle einen sehr grossen Vorteil haben wird, sowohl im Haus, als auch für die Einwohner. Jetzt im Moment ist es ein extremes Konstrukt. Auch die Mitarbeiter im Stadthaus werden keine Freude haben, wenn mit diesem Prozess begonnen wird. Denn es wird eine Veränderung sein. Es wird eine «Riesenbüez» geben, die Leute in dieses Boot reinzuholen, mit diesem arbeiten zu müssen und mit der Umsetzung danach sowieso. Etwas, bei dem wir in der Fraktion wirklich nicht gleicher Meinung sind, ist diese 40%-Stelle. Ich rede nun aus meiner Sicht, es ist nicht die Fraktionsmeinung: Diese 40% werden gebraucht. So ein neues Programm kann nur funktionieren, wenn die Leute auch wissen, wie es funktioniert. Das heisst, jeder neue Mitarbeiter, der angestellt wird, muss auf diesem Programm geschult werden, denn sonst können wir uns die jährlichen Kosten von mehreren Hunderttausend Franken direkt abschreiben. Sprich, diese Person, die zu 40% angestellt wird, muss nicht nur den Support beim täglichen Anwenden gewährleisten können, sondern auch die neuen Mitarbeiter auf die Struktur schulen, auf welche man sich geeinigt hat und wie es gehen soll. Denn sonst funktioniert es nicht. Klar, es steht und fällt nachher mit jedem Mitarbeiter, jeder

Mitarbeiterin, dass man es so ablegt, wie es vorgegeben ist. Aber es ist essentiell wichtig, dass dies supportet wird. Und das kann man nicht einkaufen. Du kannst nicht sagen, wir melden uns, wenn wir Bedarf haben. Wenn ein Mitarbeiter am 1. Januar anfängt, dann muss diese Schulung in der ersten Woche stattfinden, sonst muss dieser gar nicht anfangen. Dazu kommt, wenn diese Archivierung, die angedacht ist, wirklich so vollzogen wird, werden diese 40 Stellenprozent gleichzeitig den Auftrag für die Archivierung haben. Das heisst, auch dort wird es digitalisiert. Irgendeinmal wird es die superguten Archivschachteln nicht mehr geben. Dann kann man diese wegschmeissen, denn es ist alles digital. Aber es muss in der Verantwortung von jemandem sein. Denn in den Abteilungen selber funktioniert es nicht. Das kann man vergessen. Nun kann man sagen, man kann den Abteilungen sagen, ihr müsst das machen. Geht nicht. Das muss übergeordnet organisiert sein, denn sonst funktioniert es nicht. Dazu kommt auch der Support während des Betriebes. Es ist nicht einfach ein lockeres Programm, man speichert rasch ab und das war's. Es passieren tagtäglich Fehler, bei denen man auf die Hilfe des Supporters angewiesen ist. Für mich persönlich sind diese 40% gerechtfertigt. Nun kann man auch diskutieren, ob auf Ewigkeiten. Ja, vielleicht. Aber wir bewilligen hier im Saal – und das sage ich als FDPLerin, notabene – auch Stellen, bei denen wir nicht wissen, ob es jetzt genau diese Stellenprozent braucht. Aber hier bin ich der Meinung, ja, es braucht sie. Gleichzeitig diese Stellenprozent innerhalb der Stadtverwaltung streichen zu können, um es zu kompensieren, funktioniert nicht. Es ist eine Vereinfachung der ganzen Datenbearbeitung. Das Dokument A muss der Mitarbeiter genau gleich schreiben, muss der Mitarbeiter und die Mitarbeiterin (sorry, wenn ich nicht immer gendergerecht rede) genau gleich schreiben und abspeichern. Aber der Verlauf des Dokuments, wie es danach weitergeht, ist vereinfacht und auch der Zugriff, der anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist vereinfacht und man muss nicht immer suchen. Suchen, ja, das kommt schon noch dazu, aber irgendwann hat man den Dreh raus. Ich möchte einfach auf den Punkt bringen: Das Votum, das ich jetzt gebracht habe, ist zu 90% mein persönliches und aus eigener Erfahrung. Und ich muss wirklich sagen, es ist gut. Und wenn die Stadt Olten in der Digitalisierung weitergeht, wird es auch, was das Thema Homeoffice anbelangt, eine Vereinfachung geben. Du hast immer Zugriff auf die Dokumente. Du musst nicht, weiss ich nicht, wie viele Akten mitnehmen. Und das andere ist, es kostet. Aber eben, als man von der Schreibmaschine zum PC gewechselt hat, hat es auch gekostet. Und wenn man wirklich kein Geld mehr ausgeben will, gehen wir am besten wieder zurück auf die Schreibmaschine, dann brauchen wir auch keine neuen Computer und Sachen mehr zu kaufen.

Tobias Oetiker, Fraktion OJ: Bei uns gibt es niemanden, der mit einem solchen System Erfahrung hat. Aber danke für deine Ausführungen. Das bestätigt unsere Vermutungen in dieser Hinsicht. Was ich denke, was noch eine wichtige Überlegung ist in diesem ganzen Kontext: Die Situation Olten im Moment bezüglich Records Management ist nicht gut. Wir hatten hier bereits Vorstösse, zum Beispiel von Christine: «Alle Beschlüsse online». Ich weiss nicht mehr genau, wie es geheissen hat. Wenn wir ein GEVER hätten, wäre das gar kein Problem. Es wäre wie selbstverständlich. Das wäre automatisch gegeben, dass alles online und alles verfügbar ist. Natürlich gibt es ein riesiges Backlog, das man aufarbeiten muss. Aber wir bewegen uns im Moment in einem unhaltbaren Zustand, was das Management von unseren Daten in der Stadt betrifft. Unsere Vorstösse haben einen Namen. Die haben keine Nummer. Man weiss nicht, was genau. Vor zwei Jahren ist mal ein Vorstoss aufgetaucht, der vorübergehend verloren war. Ihr könnt euch vielleicht erinnern und das kann eigentlich nicht sein. Glücklicherweise müssen wir es aber nicht neu erfinden, wir müssen nicht irgendjemanden bezahlen, der das nun für uns erfindet, sondern es gibt es schon. Es heisst GEVER. Man kann es kaufen. Man muss auch nicht alle Prozesse neu erfinden. Das haben andere Städte vor uns netterweise bereits gemacht. Es gibt sogar ganz viele Standards vom Bund, die festlegen, wie eine solche Software gemacht sein muss, welchen Bedingungen diese genügen muss, wie der Datenaustausch zwischen diesen Softwares stattfindet usw. Wir setzen bzw. wechseln hier zu einem System, das geprüft ist, das kein Experiment ist. Funktioniert es wohl? Es ist klar, dass es funktioniert. Es ist höchste Zeit, dass Olten auch in die Neuzeit wechselt, was das betrifft. Wenn ihr bei einer anderen Stadt schaut, was das Parlament in dieser Stadt so macht, findet ihr dort eine schöne Website, wo man sieht: Aha, alle Vorstösse gleich strukturiert, mit Nummern und Antworten und History. Alles schön. Aber in Olten... Wir kennen

uns auf der Website unterdessen aus, wie es funktioniert. Aber ein Normalmensch hat keine Chance. Die denken, oh, die im Stadthaus, oh... Also, go!

Matthias Borner (SVP): Ich bin nicht Fachmann und kann nicht beurteilen, ob es das richtige System ist, oder nicht. Aber ich möchte die Erfahrung aus dem Kantonsrat wiedergeben. Uns wurde vor etwa fünf Jahren ein solches System versprochen, bei welchem alles verknüpft ist und man gut suchen kann. Und deinen Befund, Tobias, kann ich also teilen: Wenn man auf der Stadt Olten etwas sucht, kommt immer der gleiche Vorstoss etwa dreissig Mal, anstatt nur einmal. Es ist relativ schwierig, etwas zu finden. Aber eben, im Kantonsrat wurde uns eine ähnliche Vorlage so verkauft. Es hat geheissen, arbeiten, Protokoll, alles, immer sofort zusammen. Dann hat man gesagt, vorübergehend arbeitet ihr nun mit inPoint, bis es läuft. Und ich arbeite heute noch mit inPoint. Und das ist eine absolute Katastrophe, also schlecht, ganz schlimm. Und wir haben es bis heute nicht eingeführt. Ich weiss nicht, vielleicht ist bei diesem hier alles viel besser und einfacher. Aber, als ich diese Vorlage gesehen habe, hatte ich eine kleine Erinnerung an damals und ich sehe, wie wir heute arbeiten müssen. Im Kantonsrat ist es bis jetzt wirklich nicht so gut herausgekommen. Aber vielleicht kommt es nun plötzlich.

Ursula Rüegg (SVP): Ich habe kein Votum, ich habe eine Verständnisfrage. Wie macht ihr das heute. Wie arbeitet ihr abteilungsübergreifend? Vielleicht habe ich das verpasst, nicht gelesen, aber es würde mich wirklich interessieren. Vielleicht kann das jemand beantworten.

Stadtpräsident Thomas Marbet: Ich weiss nicht, ob ich die richtige Person bin, um diese Frage zu beantworten. Natürlich arbeite ich auch abteilungsübergreifend. Bei mir ist es so, dass vor allem über E-Mail viel passiert. Manchmal gibt es ein gemeinsames Laufwerk. Der Bau muss sich mit Downloads behelfen. Es gibt viele Umgehungsversuche, was es ja auch anfällig macht bezüglich Sicherheit, aber auch Datenverlust. Wir arbeiten auf unterschiedlichen Wegen und nicht auf einem zentral geführten Prozess. Ich möchte mich gleich noch für die Fraktionsvoten bedanken. Da lernt man selber auch immer wieder dazu. Ja, Matthias, beim Kanton ist es eine Katastrophe. Wir machen es besser. Wir machen es ja auch besser beim Steuerbezug, aber das werden wir dann morgen diskutieren. Ja, die Vorlage ist vielleicht ein bisschen knapp, Thomas. Ich finde es ein bisschen schade, dass dieser Rückweisungsantrag gekommen ist. Das sind tempi passati. Die Aufgabe dieser Stelle haben wir auf der Seite 2 unten bereits aufgeführt. Auch die Weiterentwicklung, auch die Anwendung der Applikation ist unten aufgeführt. Der Katalog, sozusagen, ist ja auch noch in der Angebotsbeschreibung aufgeführt. Ihr findet dies unter den Grundleistungen. Dazu gehört auch das Vorlagenmanagement. Wenn ihr heute Dokumente anschaut von der Einwohnergemeinde, sehen die immer ein bisschen unterschiedlich aus. Das Logo ist mal links, rechts, Abstände und so. Man kann damit leben, mit dieser Unschärfe. Aber das Vorlagenmanagement ist auch ein Thema, welches dann mit dieser Einführung natürlich auch abgedeckt wird. Ich möchte euch empfehlen, diesen Schritt zu gehen. Ich bin überzeugt, es wird wirklich etwas bringen. Auch mit der Aussenwirkung wird man das spüren. Ich bitte euch um Zustimmung.

Tobias Oetiker (OJ): Ich möchte etwas zu dem sagen, was der Stadtpräsident zuvor ausgeführt hat. Er hat euch erklärt, wie es im Moment bei der Stadt läuft. Vielleicht ist es euch aufgefallen: Die Prozesse, also, wie ein Dokument reinkommt, wie es bearbeitet wird, an wen es alles adressiert werden muss, wie die Unterschriften gesammelt werden, Beiträge, was auch immer, das alles ist in der Erklärung von Thomas nicht vorgekommen. Und ich denke, das ist symptomatisch. Denn das fehlt. Und das ist etwas, das dank eines solchen Systems formalisiert werden kann. Das System schaut durch seine Struktur dafür, dass nichts vergessen geht. Und wenn man das nicht hat, hat man entweder einen Superkopf und denkt immer an alles und vergisst nie etwas. Oder es gehen halt Sachen verloren. Und mit einem solchen System wird die Qualität der Dienstleistung für uns alle verbessert.

Luc Nünlist (SP): Wir haben ein bisschen über die Aufgaben und Nichtaufgaben von Geschichtswissenschaftler/innen gesprochen. Vielen Dank für den Exkurs. Ich komme aus grauer Vorzeit auch ein bisschen aus diesem Feld. Ich hatte hier im Rat auch schon mal einen

Vorstoss zur Überprüfung der Ressourcen vom Stadtarchiv und vom historischen Museum eingereicht. Und aus den daraus erfolgten Abklärungen haben wir herausgefunden, dass dort die Ressourcen wirklich schon sehr knapp bemessen sind. Ich habe dann einen Budgetantrag eingereicht, welcher leider nicht durchkam. Darum sind wir meines Wissensstandes immer noch relativ knapp bemessen. Nun, diese 40% Erhöhung, worüber wir heute sprechen, da möchte ich einfach folgendes beliebt machen: Ich hoffe, diese reichen für die Aufgabe, worüber wir hier debattieren und fressen nicht in die Kernaufgaben hinein, welche eigentlich bereits gesetzlich vorgeschrieben sind, und die Ressourcen des Stadtarchivs bereits erheblich ausreizen. Also, den gesetzlich vorgeschriebenen Archivierungsressourcen nachzukommen ist nicht ganz so einfach. Vielleicht auch für die Leute, die bereits historische Forschung zur Stadt Olten machen wollten. Es ist nicht so einfach zugänglich. Das Archiv ist am Dienstag-nachmittag von 13:30 bis 17:30 Uhr geöffnet. Das ist alles. Es gibt einen Nachmittag in der Woche. Und das ist vielleicht auch einer der Gründe, weshalb, die Stadt Olten historisch nicht so gut erforscht ist und es keine riesigen Schriften gibt. Darum in diesem Sinne: Ich hoffe, diese 40% werden gutgeheissen und dass sie reichen und am Schluss nicht in andere Kernaufgaben hineinfressen, welche hoffentlich weiterhin bewirtschaftet werden können.

Simone Sager-Roth (FDP): Das Ziel dieser Einführung ist ja nachher, dass irgendwann das Papierlose entsteht. Das ist nicht heute und morgen. Das wird noch X Jahre dauern. Aber das ist auch ein Punkt. Irgendwann in das «Zeugs» auch weg, dann müssen wir nicht mehr über die Schreibmaschine sprechen. Denn bist dann hat es gar kein Papier mehr zu Verfügung. Aber das ist auch ein anderes Ziel, nämlich, dass alles, das reinkommt, digital abgelegt wird. Das hat auch eine gewisse Sicherheit. Man muss nicht immer den Teufel an die Wand malen. Aber, wenn es hier brennt, sind alle Akten weg. Andernfalls, wenn es mal digitalisiert ist, ist es noch vorhanden. Das ist jetzt einfach ein Beispiel. Aber das ist ja früher oder später irgendwann das Ziel, das es weg ist. Vielleicht kann Tobias mir helfen. Du bist hier unser EDV-Spezialist. Auch das Thema Archivierung. Dokumente, die vor 20 – 25 Jahren geschrieben wurden, kannst du heute nicht mehr öffnen. Wenn die Archivierung jetzt in diesen Programmen durchgeführt wird, ist auch die Datensicherheit vorhanden, dass wir diese Dokumente auch noch in 40 oder 50 Jahren öffnen können. Das ist ja klar, das werden sie jetzt erzählen. Aber diese Sicherheit ist auch da, dass diese Daten immer wieder geholt, angeschaut und bearbeitet werden können, weil es heute mit Daten von früher gar nicht mehr möglich ist. Und das ist auch ein Punkt. Also, bei diesem GEVER geht es nicht nur darum, den Arbeitsablauf zu vereinfachen, sondern, aus meiner Sicht, ist das Hauptargument die ganze Archivierung und der ganze Papierkram, den man irgendwann nicht mehr braucht und dann wegfällt. Das ist noch ein Input. Aber bitte, Tobi, korrigiere mich, wenn ich falsch liege.

Tobias Oetiker (OJ): Bei solchen Systemen werden normalerweise nur die Arbeitsdokumente in einem bearbeitbaren Format gespeichert. Aber für eine längerfristige Aufbewahrung gibt es Standards, welche mehr oder weniger dem PDF-Format entsprechen. Ein standardisiertes PDF-Format, damit auch klar ist, wie es aufgebaut ist, damit man es eben auch später noch lesen kann. Sogar, wenn man kein Programm hätte, könnte man ein Programm schreiben, welches dies versteht.

Sandy Grieder (FDP): Noch ein anderes Argument: Das Thema Datenschutz, das auch für so ein GEVER spricht. Ich weiss zwar nicht, war für Daten jetzt dort abgelegt werden, aber wenn ich mir vorstelle, dass da zum Beispiel Baugesuche oder Steuerdaten von Leuten auf irgendwelchen PC's jetzt «herumliegen», dann sind diese in einem solchen GEVER sicher besser geschützt und mit Zugriffsrechten beschränkt, was datenschutzrechtlich sicher besser «verhebt», als das System, das wir aktuell haben.

Andrea Walder (FDP): Ich finde das GEVER an sich auch eine ganz, ganz gute Sache. Dagegen habe ich wirklich nichts. Mir geht es mehr um die wiederkehrenden Kosten dieser 40%-Stelle, die einfach fix reinkommen. Das ist für mich zum Teil fraglich. Es mag sein, dass es am Anfang gebraucht wird. Ich glaube, wenn diese Leute mit Erfahrung arbeiten... Eben, ich kann es nicht beurteilen, aber das ist für mich eigentlich der stossende Punkt in diesem Ganzen. Das GEVER an sich, wir arbeiten auch mit GEVER, das ist eine gute Geschichte.

Aber man muss zuerst wissen, wie damit gearbeitet wird, das sehe ich auch. Aber dass diese 40% fix reinkommen, ist für mich auch ein bisschen stossend

Timo Probst (JSP): Ich möchte nur noch kurz etwas sagen. Ich danke Ursula für diese Fragen. Ich bin etwas überrascht, dass hier mit E-Mails und so und irgendwelchen gemeinsamen Shares gearbeitet wird. Vielleicht möchte ich noch rasch an die juristisch tätigen Leute appellieren: Ich meine, die Archivierung ist ja nicht einfach nur ein Ablegen im Sinn von, ja, vielleicht braucht es dann irgendwann mal ein junger Geschichtsstudi in 50 Jahren. Die Archivierung ist das Rückgrat der Rechtsstaatlichkeit. Also, jede staatliche Handlung muss sauber archiviert werden. Darauf basiert unser System. Und daher müssen wir auch entsprechend Geld ausgeben und eine entsprechende Software haben. Einfach, damit wir dies sauber haben, damit wir es an einem sauberen Ort gespeichert haben. Und nicht, dass wir es es im Mail-Konto eines Stadtpräsidenten haben, der alle acht oder zwölf Jahre wieder wechselt. Also, ich sehe hier einige Probleme und ich sehe hier auch einige Mehrkosten, wie man dann zum Beispiele diese Dokumente migriert, gerade im Falle, wenn jemand geht. Ich glaube, es ist wirklich eine sinnvolle Sache, ein solches System einzuführen.

Manfred Schoger (GLP): Ich stehen diesen 40%, die fix reinkommen sollen, auch sehr kritisch gegenüber. Ich habe schon mehrere Einführungen von verschiedenen IT-Projekten miterlebt und dort war es immer so, dass man projektspezifisch die notwendigen Ressourcen aufgebaut hat. Man hat diese Leute geschult, welche die ganze Zeit damit arbeiten und die Person, welche die Schulungen ursprünglich durchgeführt hat, wurde danach wieder abgezogen. Das war oft eine Person, die von extern gestellt wurde. Sie hat ihr ganzes Knowhow reingebracht und sobald das nicht mehr gebraucht wurde, konnte man es wieder zurückbauen. Und mir ist nicht ganz klar, weshalb das nicht funktionieren soll, obwohl man immer wieder sagt, diese Person wird später in der Stadtarchivierung gebraucht. Und das ist der Grund, weshalb ich hier gegen diese Vorlage bin, so, wie sie hier ist.

Beschluss

Mit 27 : 8 Stimmen bei 1 Enthaltung fasst das Parlament folgenden Beschluss:

I.

1. Für die Einführung von GEVER SaaS Stadt Olten (Phasen GL1, GL2, OP1a, OP2a und OP2b) werden ein Zusatzkredit von CHF 183'143.00 zu Gunsten Konto 0224.5200.000 IR sowie laufende Kosten von CHF 91'452.00 zu Gunsten Konto 0224.3118.00 (Lizenzen) und CHF 53'000.00 zu Gunsten Konto 0227.3010.00 und 0227.3930.99 (Personalkosten, ab 2025) genehmigt.
2. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.

II.

Ziff. I.1. dieses Beschlusses untersteht dem fakultativen Referendum.

Mitteilung an:
Direktionsleitende betr. Direktion(en)

Parlamentspräsidentin Yael Schindler Wildhaber: Wir schaffen fast eine Punktlandung. Es ist fünf vor zehn. Wir schliessen die Sitzung für heute und sehen uns morgen wieder.

- - - -

Parlamentspräsidentin: Yael Schindler Wildhaber

Stadtschreiber: Markus Dietler

Schriftliches Protokoll: Andrea Baumann

Verantwortliche Protokollführerin: Andrea von Känel Briner

Protokollgenehmigung:

Einsprachen sind der Stadtkanzlei zuhanden des Parlamentspräsidiums innert 10 Tagen nach der Zustellung schriftlich einzureichen.